

Bürgerinitiative
Wohnen ist Menschenrecht

**Ein erfolgreicher Bürgerentscheid
in Freiburg**

Sebastian Klus – Günter Rausch – Anne Reyers (Hrsg.)

Verlag AG SPAK

Herausgeber:

www.wohnen-ist-menschenrecht.de

Sebastian Klus, Bußstraße 20, 79012 Freiburg; sebastian.klus@web.de

Günter Rausch, Darriwald 2, 79108 Freiburg; profrausch@web.de

Anne Reyers, Egonstraße 70, 79106 Freiburg; areyers@versanet.de

Reihe Soziale Bewegungen

1. Auflage 2007

© bei den Autoren

© Karikaturen: Peter Gaymann

Die Fotografien wurden zur Verfügung gestellt von: Anita Bertolami & Shiva Grings,
Rüdiger Buhl, Nina Kuhn, Stadtteilbüro Weingarten, Ulrike Schubert, Daniela Ullrich,
Michaela Wulf-Schäfer

Satz und Konzept: Angela Herrmann und Anne Reyers

Layout und Titelgestaltung: Melanie Beck

Druck: schwarz auf weiss, Freiburg

Digitaldruck 1

erhältlich über den Buchhandel oder direkt bei

AG SPAK Bücher, Holzheimer Strasse 7, 89233 Neu-Ulm

Fax 07308/919085; E-Mail spak-buecher@leibi.de

www.leibi.de/spak-buecher

Auslieferung für den Buchhandel: SOVA, Frankfurt, Fax 069/410280

Bibliographische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie.
Detaillierte bibliographische Daten sind im Internet unter <http://dnb.de> abrufbar

ISBN 978-3-930830-95-4

„Mit mir wird es keinen Ausverkauf der Freiburger Stadtbau geben. Ich bin mir des sozialen Auftrages der Stadtbau (früher SG) sehr bewusst und verspreche Ihnen und den Mieterinnen und Mietern, diesen Auftrag zu erfüllen“... und „...dass die Stadt als Eigentümerin dieser Gesellschaft mit mehr als 9.000 Wohnungen ihren Einfluss auf das Niveau der Mieten in der Stadt insgesamt behält und auch ausübt.“

Dr. Dieter Salomon, Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, in einem Brief an Christa Donat, Vorsitzende des Mieterbeirates der Freiburger Stadtbau GmbH, am 2. April 2002

„Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann.“

Dr. Dieter Salomon, Bürgerversammlung am 4. Oktober 2006





Inhaltsverzeichnis

Seite

Erfolgsgeschichten – ein Vorwort	7
Einführung: <i>Günter Rausch</i>	9
Prolog	
Sonntag, 12. November – 18.00Uhr Rathausfoyer: <i>Ulrike Schubert</i>	18
Denkwürdige Tage: <i>Gabi Rolland</i>	21
Ein Aprilscherz...	
War das ein Aprilscherz?: <i>Walter Krögner</i>	24
Offener Brief der Architektenkammer	25
Offener Brief der Kirchengemeinden Weingartens	28
WiM – Wohnen ist Menschenrecht: <i>Heidrun Maitreau</i>	31
Die Komödie der Privatisierung: <i>Jürgen Höfflin</i>	32
Gewerkschafter von Anfang an dabei: <i>Bernd Wagner</i>	35
.... und die Folgen	
Mit Samba lautstark gegen den Wohnungsverkauf: <i>Nina Kuhn/Maren Naecker</i>	40
Ein folgenreiches Telefongespräch: <i>Anonymus</i>	42
Bürgerbegehren – ein Risiko, das sich auszahlt: <i>Hendrijk Guzzoni</i>	44
Unterschriften sammeln – ein Leichtes?: <i>Regina Theis-Schwenninger</i>	47
Eine Freiburger Gesellschaft: <i>Anne Reyers</i>	48
Von Leintüchern und Haustürgesprächen: <i>Konstanze Trandin</i>	52
Steh auf, wenn Du was ändern willst: <i>Arno Bank</i>	55
Dicke Luft in Weingarten: <i>Günter Ziegler</i>	58
24-Stunden Lauf – für die Zukunft unserer Kinder: <i>Sebastian Klus</i>	59
Wohnungsverkauf – die Begegnung zweier Welten: <i>Gerhard M.Kirk</i>	61
Pro und Contra Wohnungsverkauf: <i>Uwe Mauch und Simone Lutz</i>	63
Die „Bürger“versammlungen: <i>Elisabeth Lauck-Ndayi</i>	67
Christa Donat – ein prägendes Gesicht der BI: <i>Sebastian Klus</i>	70
1. Juli: Okay, die können das schaffen: <i>Angelo Russo</i>	70
Der Freie Bürger berichtet: <i>Martin Dörper</i>	72
Gemeinwesenarbeit muss sich einmischen –	
Bericht aus der „Keimzelle des Widerstandes“: <i>Annette Brox</i>	75
Die schwärzeste Stunde: <i>Hendrijk Guzzoni</i>	78
Zum Bild der Heuschrecke: <i>Wilhelm Schwendemann</i>	80
Acht Thesen des Freiburger Kulturrates	83
Ein heißer Herbst	
Eine Büttenrede: <i>Edda Kreutz</i>	86
Neue Straßenaktionen: <i>Elisabeth Lauck-Ndayi</i>	88
Ein Brief von Maren an Freunde und Bekannte: <i>Maren Naecker</i>	90

Solidarität zwischen Deutschen und MigrantInnen	91
im Stadtteil Brühl-Beurbarung: <i>Renate Derr</i>	
Wählen gehen! Ein Wahlaufruf des Bürgervereins Brühl-Beurbarung	92
Gemeinsam geschafft: <i>Patricia Schmitt</i>	95
Plakate für den Wahlkampf: <i>Claudia Bardelang</i>	97
Ein „Bauwagen“ in der City und die „Macherinnen“: <i>R. Theis-Schwenninger/K.-J. Schwenninger</i>	98
70.000 Zeitungen verteilen: <i>Gerhard Steinhart</i>	99
Was wird aus Rosa und ihrer Frühstücksrunde?: <i>Rafael Zimmermann</i>	102
Recht auf ein menschenwürdiges Leben: <i>Ulrich Bayer</i>	103
Freiburgs Bürgerschaft entscheidet klug!: <i>Horst Bergamelli</i>	104
Wie stimmt mein recht „grünes“ Stadtviertel ab?: <i>Heidrun Maitreau</i>	107
Eine Rede: <i>Günter Rausch</i>	108
Öffentliche Wohnungen – für die FreiburgSPD eine Frage des Grundsatzes: <i>Walter Krögner</i>	110
Bürgerentscheid – Ein Instrument der Einflussnahme auf kommunale Entscheidungen: <i>Herta König</i>	112
Neoliberale Politik gefährdet den sozialen Frieden: <i>Lothar Schuchmann</i>	113
Die Sozialcharta – Schutz oder Augenwischerei?: <i>Manfred Wolf</i>	115
Schulden machen können wir auch – BI „Ja zum Beteiligungsmodell!: <i>Wohnraum für Alle</i>	117
Die Kunstauktion – eine Säule der Finanzierung der Bürgerinitiative:	
<i>R. Theis-Schwenninger/K.-J. Schwenninger</i>	122
22.Oktober 2006: Die Auktion – ein Erlebnisbericht: <i>Atai Keller</i>	124
Clowns gegen den Wohnungsverkauf: <i>Shiva Grings</i>	125
Selbermachen ist besser: <i>Rolf Böhme</i>	128
Finale furioso	
Rezept für einen Bürgerentscheid: <i>Heidrun Maitreau</i>	132
Das letzte Bürgergespräch im Theater Freiburg: <i>C. Stephanie Rich</i>	140
Einstimmig: <i>Hendrikk Guzzoni</i>	143
Das Wunder von Weingarten: <i>Angelika Wehinger</i>	145
Hauptsache gewonnen – oder? Ein kurzer Blick auf die Statistik: <i>Sebastian Klus</i>	147
Freiburg widersteht der Spaltung: <i>Fritz Spengart</i>	151
Ein Erfolg des außerparlamentarischen Widerstandes: <i>Michael Moos</i>	153
Der Tag X und die Tage danach: <i>Heidrun Maitreau</i>	155
Epilog	
Eine besondere Erfahrung: <i>Ute Guzzoni</i>	158
Nachruf auf Babi Bank 8. März 2006: <i>Günter Rausch</i>	159
Organisierte Bürgermacht – Wider die Arroganz der Macht: <i>Günter Rausch</i>	162
Anhang	
Chronologie der Ereignisse	165
Solidaritätserklärungen	172

Vorwort

Erfolgsgeschichten

41.581 Menschen schrieben am 12. November des Jahres 2006 in Freiburg Stadtgeschichte. 70,5% der WählerInnen entschieden, dass die Freiburger Stadtbau GmbH mit ihren 7.900 Wohnungen und Grundstücken im alleinigen Besitz der Freiburger Bevölkerung bleiben soll. Die Verkaufspläne des grünen Oberbürgermeisters Dr. Salomon und der großen Gemeinderatsmehrheit von CDU/Grüne/Freie Wähler landeten im Reißwolf. Drei Jahre lang gilt dieses Votum des Bürgerentscheides. „Wohnen ist Menschenrecht“, eine spontan gegründete Bürgerinitiative, entschied mit Bravour die acht Monate lang währende, von heftigen Konfrontationen geprägte Auseinandersetzung.

Ausgerechnet im grünen Freiburg und gegen den grünen Oberbürgermeister konnte erstmals eine Bürgerbewegung die scheinbar unaufhaltbare Privatisierungswelle öffentlichen Eigentums stoppen. Die Verkaufsbefürworter brachten in keinem einzigen Stimmbezirk die Mehrheit der WählerInnen hinter sich. Weder in den Hochburgen der Grünen noch in den traditionell konservativen Revieren der CDU und Freien Wähler vermochten die Privatisierungsbetreiber die Menschen zu überzeugen. Besonders überraschte die äußerst hohe Wahlbeteiligung gerade in jenen Quartieren, in denen die WählerInnen gewöhnlich den Urnen fernbleiben. Es sind Wohngebiete mit einem beträchtlichen Anteil städtischer Wohnungen. Hier gibt es auch die höchsten prozentualen Anteile armer, benachteiligter oder von Ausgrenzung bedrohter Menschen. Vor dem 12. November 2006 bangten viele, ob diese Menschen wenigstens dieses Mal zur Wahl gingen.

Pünktlich zum ersten Jahrestag erscheint nun das Buch, nach dem so viele immer wieder fragten. In ganz Deutschland hat man diesen Erfolg im südbadischen Dreieckland mit großem Interesse verfolgt und diskutiert. Erstmals kommen nun viele Menschen zu Wort, die die Mütter und Väter dieses Erfolges sind, Menschen, die in unterschiedlichen Rollen und Positionen sich mit unglaublichem Engagement, mit beispielloser Kreativität und einer Menge Zivilcourage gegen eine vermeintliche Übermacht aus Stadtverwaltungsspitze und Gemeinderatsmehrheit zur Wehr setzten. Für viele bedeutete dies das erste politische Engagement, sie brachten wertvolle Sichtweisen und Impulse ein.

Die gesellschaftliche Breite der Bürgerbewegung war augenscheinlich ein wesentliches Erfolgsgeheimnis. Von den betroffenen MieterInnen über Kirchengemeinden, Bürgervereine und Stadtteilinitiativen bis hin zu politischen Parteien, Gewerkschaften und kulturellen Institutionen - zahlreiche Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen haben an dieser Erfolgsgeschichte mitgeschrieben.

Eine herausragende Rolle spielten die MitarbeiterInnen der Stadtbau GmbH, die einen beispiellosen Kampf für die Erhaltung ihres Unternehmens und ihrer Arbeitsplätze führten. Wer geglaubt hatte, dass gerade ihnen nach diesem grandiosen Sieg der Bürgerbewegung besondere Achtung und

Respekt entgegengebracht würde, musste bitter enttäuscht werden. Dass es nun niemand wagen wollte, namentlich an diesem Buch mitzuwirken, spricht für sich.

Auch viele andere Menschen, die in jener sieghaften Bürgerbewegung unglaubliches geleistet haben, finden sich nicht unter den Autorinnen und Autoren. Viele fühlten sich nicht zum Schreiben gedrängt oder fanden nicht die notwendige Zeit. Andere wollen überhaupt nicht gerne im Rampenlicht stehen. Dennoch ist es so, dass viele Bürgerinnen und Bürger sofort ihre Bereitschaft erklärten, an diesem Buch mitzuarbeiten, sei es, dass sie selber sich an den Computer setzten, oder dass sie ihre Gedanken auf Band sprachen oder auch Bilder und andere Dokumente beisteuerten. Ihnen allen ein herzliches Dankeschön und Kompliment. Authentizität und Aufrichtigkeit waren die Handlungsmaximen für alle Mitwirkenden an diesem Buch. Namentlich gezeichnete Beiträge sind von diesen Personen verantwortet. Die Herausgeber wollten nichts als die Sammler und Sortierer der vielen Erfolgsgeschichten sein. So ist es das Buch der Menschen geworden, die in Freiburg ein Kapitelchen für die Geschichtsbücher schrieben. Es ist aber auch ein Buch all der Menschen, die sich darüber freuen, dass es den vielen kleinen Leuten da unten gelungen ist, gegen die vermeintliche Allmacht der Herren da oben einen bedeutsamen Erfolg zu erzielen.

Das Menschenrecht auf Wohnen konnte in den Blickpunkt der Medien gestellt werden. Der soziale Auftrag kommunaler Wohnungsbauunternehmen ist ein unstrittiger Wählerauftrag für alle Politiker und Verantwortlichen in der Verwaltung. Die Stadtbau GmbH selber ist gefordert, das in sie gesetzte Vertrauen der BürgerInnen in eine besonders vorbildliche soziale Mietpolitik und soziale Unternehmensführung umzusetzen. Dafür haben 41.581 Menschen am 12. November 2006 votiert. Die Fraktionen im Freiburger Gemeinderat erhielten damit eine Vorlage, um ihr Handeln an diesem demokratischen Votum auszurichten.

*Sebastian Klus – Günter Rausch – Anne Reyers
Freiburg im Breisgau, 12. November 2007*

Einführung

Wohnen ist eine Grundform menschlichen Seins. Wir können nicht Nichtwohnen! Günter Rausch

Wohnen gehört zum Wesen des Menschen. Die Wohnung ist der Ort, der uns Geborgenheit vermittelt, vor Wind und Wetter schützt, der uns zuhause sein lässt. Hier werden die Kinder geboren, Ehen geschlossen und hier sterben die Alten, wenn der Lebenskreis sich schließt. Der Wohnort, das Wohnquartier, die Nachbarschaft, der Stadtteil, vielleicht sogar die dazugehörige Gesamtstadt bilden zusammen mit den darin lebenden Menschen den Raum, der unser alltägliches Leben birgt. Diesen Raum bewohnen wir immer auch mit anderen gemeinsam.

Wohnen bildet die Grundlagen der Lebenswelt, hier entstehen Identitäten und ein Heimatgefühl. Von hier aus erschließen sich Menschen die Welt und kehren dorthin wieder zurück. In diesem sozialen Raum des Wohnens bilden sich auch bedeutsame Ressourcen zur Bewältigung kritischer Lebensereignisse und alltäglicher Belastungen. Hier entstehen Nachbarschaftsverhältnisse, Freundschaften und solidarische Netzwerke, die uns helfen, mit anderen gemeinsam die Herausforderungen unseres Lebens anzunehmen und zu bewältigen.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Das Dach über dem Kopf, die Wohnungstüre und die bergenden Wände schützen die Privatsphäre und andere Bereiche des menschlichen Seins, nicht nur vor den Unbilden der Naturgewalten. Obdachlos zu sein ist dagegen eines der schlimmsten Widerfahrnisse menschlicher Existenz. Die Sicherung der Wohnung gehörte deshalb seit alters her zu den wesentlichen Herausforderungen der Daseinssorge. Wenn frühere Generationen auch nur ein paar Groschen hatten, so legten sie diese sofort zur Seite, um auf jeden Fall die Miete bezahlen zu können. Denn Obdachlos wollte niemand werden.

Wohnen ist schon immer eine gemeinschaftliche Aufgabe der Ortsgemeinschaften gewesen. Im Wohnen und um das Wohnen herum organisierte sich menschliches Handeln, insbesondere die Produktion von Gütern und die Herstellung von Produktionsmitteln, aber auch die Reproduktion und die Wiederherstellung der Gesundheit. Folglich war die Gewährleistung des Wohnens, auch im weitesten Sinne, eine vordringliche Aufgabe der Gemeinschaft. Notwendig musste der dafür erforderliche Grund und Boden auch gemeinschaftlich verwaltet und vor dem Zugriff privater Interessen geschützt werden. Die "Gemeine" definierte sich sehr früh gerade durch die Verfügungsgewalt über die Gemeindeflächen. Je mehr gemeinsamen Besitz die örtlichen Kommunen hatten, umso reicher und mächtiger waren die "Gemeinen". Vor diesem Hintergrund konnten sie ihre Belange regeln und ihre Strategien entfalten. Wohnen steht deshalb in der modernen Geschichte unter dem besonderen Schutze des Staates. Wohnen darf nicht der Willkür des Marktes überlassen bleiben. Wohnungen sind keine beliebige Ware!

Diese Ansicht hatte die demokratische Geschichte Deutschlands geprägt. Seit der Weimarer Republik gab es große Anstrengungen, gerade aus der Arbeiterbewegung heraus, dieses Menschenrecht auf Wohnen durch staatliche Daseinsvorsorge abzusichern.

Wohnen in Genossenschaften bedeutet eine Gegenstrategie gegen die Übermacht des großen Geldes. Gemeinsam sind wir stark. Das wenige vorhandene Geld wurde gekoppelt mit den Muskelhy-potheken und dem gemeinschaftlichen Wissen und Können. Selbstverantwortung und Selbstorgani-sation waren eine sozialpolitische Antwort des Proletariats und der bürgerlichen "Menschenfreunde" aus Kirche und Gesellschaft auf die brutale Wohnungsnot im frühen Kapitalismus. Selbsthilfe war der Rettungsanker. "Wohnraum für Alle", aber auch soziale Baugenossenschaften knüpfen heute an diese Traditionen an.

Wohnen im Sozialen Wohnungsbau bot für Millionen Menschen in Deutschland im letzten Jahrhun-dert eine "Neue Heimat". Für alle bezahlbare Wohnungen, helle, luftige und gleiche Wohneinheiten sollten soziale Gerechtigkeit und ein Wohnen auf Augenhöhe ermöglichen. Diese Form des Wohnens wurde nur möglich, weil Menschen für diese Rechte kämpften. Notwendige staatliche Interventionen begrenzten die Zugriffe des maximale Gewinne erstrebenden Kapitals und mussten zudem stets der Obrigkeit abgetrutzt werden. Und sie bedeuteten ein Zugeständnis im Sinne des "sozialen Friedens" im Wirtschaftsstandort Deutschland.

Wohnen habe seinen Preis, der soziale Wohnungsbau habe seine historische Mission erfüllt, der Markt habe nun wieder das Recht, die Dinge durch Angebot und Nachfrage zu regeln, lauteten die Grabgesänge des Sozialstaates, die mit den zwielichtigen Formeln vom "Fordern und Fördern" oder vom "aktivierenden Staat" einhergingen. Die öffentliche Hand möge sich vom Wohnungsmarkt zurück-ziehen, flöteten die Berater gerade sozial und demokratischer PolitikerInnen.

Wohnen wurde immer teurer. Die Mieter müssen inzwischen für Miet- und Nebenkosten vor allem in den Städten dreißig, vierzig und mehr Prozent ihrer Einkommen aufbringen. Währenddessen sanken die realen Einkommen. Die geringen Anhebungen der Löhne, Gehälter oder Transferleistungen wurden durch die ständigen Steigerungen der Lebenshaltungskosten rasch aufgefressen. Unter dem Strich haben die Menschen seit den achtziger Jahren immer weniger zur Verfügung, obwohl der privatisierte Reichtum exorbitant anstieg. Niemals gab es so viele Millionäre und Milliardäre wie heute!

Wohnen konnte man sich als Durchschnittsverdiener in den großen Städten im Grunde nur noch bei den städtischen Wohnbaugesellschaften oder den ihr nahe stehenden Wohnbaugenossenschaften lei-sten. Hier gab es einen gewissen Schutzraum, der freilich stets gefährdet und durch ständig neue Mie-terhöhungen bedroht war. Immerhin, gerade in Freiburg hatte die städtische Siedlungsgesellschaft, die

mittlerweile Freiburger Stadtbau GmbH heißt, dafür gesorgt, dass das gesamtstädtische Mietniveau nicht allzu sehr aus dem Lot geriet. Dafür setzten sich vor allem die Mieterinitiativen, der Mieterbeirat und der Mieterverein ein. In jahrzehntelangen Auseinandersetzungen entwickelte sich in Freiburg eine Wohnungslandschaft, die zwar nicht zufrieden stellend, aber immerhin für rund 30.000 Menschen eine weithin akzeptable Existenzgrundlage schaffte.

Wohnen wurde ein Spekulationsobjekt. Dass man mit der Not der Menschen viel Geld verdienen kann, beschreiben die Geschichtsbücher. Dass man aus Wohnungsnot ungeniert Profit zieht, ist eine legalisierte Grausamkeit unserer Gesellschaftsform. Wer fremd in eine Stadt kommt, wer zu den AußenseiterInnen gehört, oder wer nicht über das nötige Wissen und die Beziehungen verfügt, wurde schon immer von Wohnungshaien ausgenommen wie eine Weihnachtsgans. Dass man aber ganze Wohnungsgesellschaften oder sogar den gesamten städtischen Wohnbesitz aufkauft, um mit einer zeitweiligen, gewinnmaximierenden Bewirtschaftung und dem folgenden bestmöglichen Weiterverkauf Superrenditen auch an der Börse erzielen könnte, haben sich die Vorgängergenerationen nie träumen lassen. Dazu mussten im 21. Jahrhundert erst neue rechtliche Grundlagen und ökonomische Modelle entwickelt werden. „Finanzinvestoren“ sagen die einen, „Heuschrecken“ die anderen.

Wohnen ist eine Zukunftsfrage und betrifft die Nachhaltigkeit; „was Du ererbst von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu vermehren“. Städtischer Besitz gründet sich auf jahrhundertealten Traditionen, auf den Fleiß und die vorausschauende Haushaltung der Stadtväter und -mütter. Er ist die Grundlage kommunaler Macht und Gestaltungskraft. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden wird durch Verfügungsgewalt über eigenes Vermögen realisiert. Zukunftsgestaltung und Stadtentwicklung bedürfen dieses Unterpfands, um gerade gegenüber den immer mächtiger werdenden Kräften des organisierten Privatkapitals soziale Gerechtigkeit noch durchsetzen und gemeinschaftliche Lebensvorstellungen unterstützen zu können.

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis. Es ist eines der wichtigsten Grundaufgaben der Gemeinden, diese existentiellen Bedürfnisse und Grundrechte der Menschen zu schützen. Dazu braucht die Kommune unabdingbar einen beträchtlichen Grundbesitz ebenso wie einen ernst zunehmenden Anteil am gesamten Wohnungsbestand. Gerade in den Städten scheitern immer mehr Menschen an den Dynamiken des so genannten Marktes. In Freiburg gab es 2006 mehr Obdachlose als je zuvor in der Geschichte!

„Wohnen ist Menschenrecht“ war von daher eine spontane und unglaublich zutreffende Zauberformel für die Gegenwehr der Freiburger Bürgerschaft, als sich an jenem 1. April 2006 der grüne Oberbürgermeister weit aus dem Fenster lehnte, um „sich am eigenen Schopfe aus dem Sumpf zu ziehen“. „Wohnen ist Menschenrecht“ verwies auf die vielfältigen Risiken und Gefahren für viele tausend Menschen und für das gesamte Gemeinwesen.

„Wohnen ist Menschenrecht“ bot einen breiten Mantel unter dem sich zigtausend Freiburger Frauen und Männer, denen das Gemeine, die Errungenschaften der vorausgegangenen Generationen, die Lebensinteressen der hier und heute lebenden Bobbele und anderer FreiburgerInnen sowie das Schicksal der zukünftigen Einwohnerschaft wichtiger waren, als ein vorübergehender „Geldsegen“, dem alsbald ein langer Kater und ein Schrecken ohne Ende folgen würden.

„Wohnen ist Menschenrecht“ blieb auch nach dem 12. November 2006 hellwach und engagiert. Die Sorgen und Nöte der MieterInnen, insbesondere angesichts neuer drastischer Mieterhöhungen, gerade durch die Parteien, die zuvor vehement den Ausverkauf der städtischen Wohnungen betrieben hatten, werden auch weiterhin aufgegriffen und mit den bescheidenen Mitteln einer Bürgerinitiative unterstützt. Wenn nunmehr Freiburg erstmals einen Bürgerhaushalt einführt, so ist auch dies – zweifelsfrei – ein Erfolg des sensationellen Bürgerentscheides 2006. Denn „Wohnen ist Menschenrecht“ hatte immer gefordert, das Wissen und Können der BürgerInnen gerade in Haushaltsfragen unmittelbar einzubeziehen. Allerdings gingen und gehen auch hier die Vorstellungen von kommunaler Demokratie zwischen Bürgerbewegung und Bürgermeistern weit auseinander.

Wohnen hat in Freiburg durch die Bürgermacht eine neue Chance erhalten. Der städtische Wohnbesitz konnte vor dem Zugriff privatwirtschaftlicher Profitinteressen geschützt werden. Nicht zu verhindern war bislang, dass gerade die „Grünen“ sich – im Bündnis mit CDU und Freien Wählern – zu einer unglaublichen Retourkutsche an die MieterInnen hinreißen ließen, die zum Teil mit über 90 Prozent der Stimmen gegen den Verkauf stimmten. Mieterhöhungen bis zu 20 Prozent hageln seit Monaten über die städtischen MieterInnen – quer durch das ganze Stadtgebiet. Ein neuer dubioser neuer Mietpiegel ermutigt auch andere private VermieterInnen bis an die Grenzen der Legalität zu gehen. Das Menschenrecht auf Wohnen wird weiterhin von oben mit Füßen getreten.

Wohnen leidet somit in Freiburg erneut unter Not. Die „Plagegeister“ sind dieselben: GRÜNE, CDU und OB Salomon haben aus der Lektion des Bürgerentscheides nicht wirklich gelernt. Die nächsten Wochen, Monate und vermutlich Jahre zeigen uns, ob das Menschenrecht auf Wohnen in den Mauern der „freien Burg“ am Fuße des Schwarzwaldes eine Heimat für immer findet.

**Ziele der Bürgerinitiative
„Wohnen ist Menschenrecht“ –
beschlossen auf der Mitgliederversammlung
am 4. Mai 2006**

- Bewahrung des städtischen Wohnungsbestandes
- Sicherung bezahlbarer Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung
- Erhaltung sozialpolitischer Steuerungsinstrumente der Stadt
- Sicherung der bedrohten Arbeitsplätze in der Stadt und in der Region
- Förderung des Freiburger Handwerks und der Kleinbetriebe durch angemessene Instandsetzungsmaßnahmen
- Schaffung einer sozial nachhaltigen Stadtentwicklung für die Zukunft



Prolog





Im Spiegel der Presse

Bürger stoppen Wohnungsverkauf

Entscheid aufgrund hoher Beteiligung bindend/Pleite für OB

Badische Zeitung, 13. November 2006

Wendepunkt am Wohnungsmarkt

Freiburger Bürger stimmen gegen Privatisierung von städtischen Wohnungen. Der Entscheid schmälert die Chancen für weitere Verkäufe.

Die Welt, 14. November 2006

Schlappe für Freiburger OB

Stadt darf Wohnungseigentum nach Bürgervotum nicht verkaufen

Frankfurter Rundschau, 14. November 2006

Stadt ohne Heuschrecken

Freiburg in Baden-Württemberg entscheidet sich mit überwältigender Mehrheit gegen den Sanierungskurs des grünen Oberbürgermeisters

Die ZEIT, 16. November 2006

Alle Brutalitäten verbinden sich mit dem Namen Salomon

Nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid verschiebt Freiburg die Einbringung des Haushaltsentwurfes

Stuttgarter Zeitung, 14.11.2006

Sonntag, 12. November – 18.00 Uhr Rathausfoyer

Ulrike Schubert, Stadträtin Unabhängige Listen / Linke Liste

Die Presse steht zahlreich parat, mit Mikros, Handys und Kameras – alles aufgebaut. Ja, offensichtlich ein bundesweit gespannter Blick auf dieses Freiburg im Südwesten der Republik: Wird das städtische Wohnungsunternehmen dort von Grün-Schwarz meistbietend an „global players“ im Immobilienhandel verkauft, Börsenspekulation inklusive oder ...?

Eine Riesenleinwand vergrößert die Ergebnisse der Wahlcomputer - für alle bestens sichtbar bis hinten zum Eingang – der zur Zeit eher einem Taubenschlag gleicht. GemeinderätInnen aller Fraktionen, Gegner eines Erhalts der Wohnungen in städtischer Hand – die Freiburger grün-schwarze „Allianz“, die „Nein-Sager“ und ein buntes Gemisch von GemeinderätInnen von SPD, FDP, Unabhängigen Listen - ein guter Teil mit durchgestrichenen Heuschrecken am Revers oder auf den T-Shirts, UnterstützerInnen der WIM: die „JA-Sager“!

Im Alltag einer Gemeinderätin der Unabhängigen Liste gilt es ja in vielen Entscheidungen des Gemeinderates „doge zu halte“ und „Nein“ zu sagen, aber heute gilt ein eindeutiges JA! Erfreulich viele interessierte Bürger tauschen miteinander Hochrechnungen, Hoffnungen, heimliche Befürchtungen aus. Der Saal füllt sich – so langsam wird's richtig eng – vor lauter Hochspannung scheint die Luft zu flirren.

Jetzt läuft die Auszählung der einzelnen Wahlbezirke an. Schon kurz nach 18.00 Uhr bestätigen die Chefstatistiker Peter Höfflin und Thomas Willmann eine außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung vonseiten der Freiburger BürgerInnen. Die großen Hoffnungen bei der Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ werden eindeutig gestärkt und - gleich wieder gedämpft durch Befürchtungen, dass es mit dem Quorum von 25% Zustimmung, wohlgemerkt aller Wahlberechtigten, es sehr, sehr knapp werden könnte und – wie die drei Bürgerentscheide der letzten 20 Jahre in Freiburg - eventuell zu guter Letzt nach Wochen breiter Bürgerbeteiligung in Innenstadt und Stadtteilen doch verloren geht.

Nach und nach erscheinen die Ergebnisse der einzelnen Wahlbezirke auf der Leinwand. Je nach Seite der Verkaufsbefürworter oder -gegner sehe ich ungläubig enttäuschte, fast entsetzte Gesichter und dann genauso ungläubig – aber freudige, immer mehr siegesgewisse Gesichter. Aktuellste Trends per Handy oder Mundpropaganda verlassen das Rathaus.

Und was für ein Ergebnis! 39,9% der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab! Und in den Hochburgen von CDU und Grünen?? Unglaublich, kein einziger Bezirk ging an die Verkaufsbefürworter, an die „Nein-Sager“!

Im Vauban, wo die Grünen normalerweise satte 60% einfahren, fiel die Zustimmung zur Politik des grünen Oberbürgermeisters auf magere 17%. Dort stimmten 73% eindeutig mit JA für den Erhalt städtischen Wohnraums und das bei erstaunlichen 57% Wahlbeteiligung! Und die CDU-Bezirke? Auch die BürgerInnen in Waltershofen stimmten mit 56 zu 44 % gegen die Verkaufsabsichten der CDU-Fraktion. Die Auszählung geht viel länger als geplant und die Spannung bleibt, bis endlich die letzten Wahlbezirksergebnisse ganz offiziell vorliegen. Die Weingartener BürgerInnen übertreffen alles! 91% zu 9% stimmten mit JA.

94 Wahlbezirke – und alle, unglaublich – alle stimmen mehrheitlich mit JA!! Ob Ost oder West – das Ergebnis ist völlig eindeutig. Um 19.08 Uhr genau wird die magische Grenze der 37.078 Stimmen überschritten und übersteigt sogar noch die 40.000!! Altstadt Mitte, Herdern-Süd, Brühl-Industriegebiet, Stühlinger, Mooswald, Betzenhausen, Weingarten – alle 70% und mehr, bis hin zu den sagenhaften 90% in Weingarten. Jubel! In die Arme fallen. Kein einziger Bezirk, nicht einmal als Trostpreis, ging an die Verkaufsbefürworter – unglaublich. Der geplante Verkauf der Freiburger Stadtbau GmbH ist gestoppt!

70,5% der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab für ein klares JA – den Verbleib der 7.900 Städtischen Wohnungen im Besitz der Stadt und ihrer Bürger. Das Quorum von 25% wird erstmals klar überschritten. 28% der Wahlberechtigten stimmen für den Erhalt der kommunalen Wohnungsgesellschaft als städtisches Unternehmen.

Nach drei verlorenen Bürgerentscheiden seit 1988 z. B. gegen den Bau der KTS (mit dem heute gültigen Quorum hätte die BI damals gewonnen!) – heute der erste gewonnene Bürgerentscheid in der Geschichte Freiburgs.

Gewonnen wurde er gegen die Absicht, öffentlich geschaffener Werte zu privatisieren – drei Jahre lang ist auf jeden Fall der Verkauf untersagt. Dennoch, ein bisschen historisch irgendwie....! Oberbürgermeister Salomon zieht sich – nicht sehr souverän - zurück in die Gerichtslaube und prophezeit der Presse den nun „steinigen Weg des Sparens“ – ich frage mich, für welche Seite der Bürgerschaft dieser Stadt denn städtische Kürzungen steinig werden könnten.

„Abends feiern alle Gewinner“ dieses Tages in der Gaststätte „Sternen“ in der Beurbarung - der reservierte Nebenraum platzt aus allen Nähten und letztendlich ist die gesamte Gastwirtschaft bis spät in die Nacht dabei: BürgerInnen aus vielen Stadtteilen, viele aus Weingarten und direkt aus der Beurbarung, Bürgervereinsvorsitzende, GewerkschafterInnen, GemeinderätInnen von SPD und Unabhängigen Listen, Presse. Und natürlich all die anderen AktivistInnen von WiM. Hier und da ist – schon zukunftsplanend - von Beteiligungsmodellen, Beteiligungshaushalt und Genossenschaften die Sprache...

Als Gemeinderätin, endlich ein Gläschen Rotwein in der Hand, bestätigt dieses Wahlergebnis, dass die überzeugten, kenntnisreichen und unglaublich vielfältigen Aktivitäten so vieler BürgerInnen in Stadtteilen und Innenstadt ein Ausdruck echter Beteiligung der BürgerInnen am politischen Leben ihrer Stadt sind.



12. November 2006: Gewonnen! Feier im Gasthaus „Goldener Stern“

Denkwürdige Tage

Gabi Rolland, SPD-Stadträtin

Samstagmorgen, gegen halb acht. Ich wache auf und denke: Wochen-ende. Langsam den Tag angehen mit einem gemütlichen Frühstück – Café au lait und die Zeitung. Wie immer zu erst der Freiburger Teil. Ich staune nicht schlecht über die Schlagzeile: „Vor dem Befreiungsschlag? Rathaus-spitze denkt über den Verkauf städtischer Wohnungen nach, um schuldenfrei zu werden“. Ich schlucke. Schau auf das Datum: 1. April. Blöder Aprilscherz. Ich schlucke noch mal, die Kaffeetasse fällt mir aus der Hand: Das kann ja wohl nicht wahr sein, mit so was macht man doch keine Scherze, denke ich. Aber das kann doch nicht ernst gemeint sein, oder? Ich schaue auf die Uhr – noch keine acht – Samstagmorgen, wen kann ich da anrufen und nachfragen? Wir diskutieren zu Hause darüber – gehen einkaufen. Auf unserer Runde im Stühlinger stoßen wir auf Verwunderung, Fragen werden gestellt, wann sich der Gemeinderat so etwas überlegt habe, etc. Ich sage den Leuten, dass ich genauso überrascht sei und überhaupt nicht weiß, was das soll. Es folgen viele Telefonate und eine Entscheidung. Eine schriftliche Anfrage in der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am darauf folgenden Montag. Der Oberbürgermeister räumt ein, über einen Verkauf nachzudenken. Ein Zug wurde ins Rollen gebracht und nahm Fahrt auf. Unzählige Gespräche, Besprechungen, Anfragen, Veranstaltungen, Konzepte und Informationsstände. Bürgerbegehren, Wahlkampf und ein Bürgerentscheid.

11. November, Samstagabend vor dem Bürgerentscheid: Harte und anstrengende Wochen liegen hinter uns. Die Atmosphäre zwischen Verkaufsbefürwortern und Gegnern ist frostig geworden. Es hat sich ein tiefer, fast schon unüberwindbarer Graben zwischen den Fraktionen aufgetan. Die Leichtigkeit des politischen Gestaltens in unserer Stadt ist nicht mehr vorhanden.

Ich nehme einen Repräsentationstermin für den Oberbürgermeister wahr. Man sitzt am Tisch mit Journalisten, Politikern und Verwaltungsleuten. Ein Thema beherrscht den Abend: Wie geht der Bürgerentscheid morgen aus? Es werden Prognosen abgegeben. Alle glauben, dass die „Ja-Sager“ die Mehrheit haben, aber das Quorum auf keinen Fall erreicht würde. Es bliebe also bei der Entscheidung des Gemeinderates. Mit flauem Gefühl im Bauch gehe ich nach Hause. Morgen ist der Tag der Entscheidung.

Sonntagmorgen: Frühstück, joggen und zur Mittagszeit wählen gehen. Freunde haben Wahl-dienst und berichten, dass einige Straßenzüge aus dem Stadtteil bereits die Stimme abgegeben haben. Wahlberechtigte, die sonst nicht kommen. Spannung erfüllt mich. In meinem Bauch wird es immer flauer. Mit der Familie gehen wir zum SC und schauen uns das Spiel gegen Köln an. Endstand 0:0 – kein wirklich tolles Erlebnis. In meinem Bauch kribbelt es immer mehr. Wir fahren nach Hause, gehen in ein Café. Um halb sechs brechen wir auf, und mein Mann meint: „Gabi, du kannst ja gleich ins Rathaus gehen“. Ab 18.00 Uhr werden dort die Ergebnisse aus den Wahllokalen eingehen. Eigentlich habe ich

keine große Lust – zu Hause am Computer kann ich das Ergebnis auch verfolgen. Ich gehe trotzdem. Am Bahnhof treffe ich eine Freundin, sie will mich auch nicht begleiten. Mir wird es ganz schwer ums Herz. Im Rathaus gehe ich erst in unser Fraktionszimmer und nehme unseren Geschäftsführer mit. Jetzt muss ich nicht mehr allein in die Höhle des Löwen. Gespannt erwarten wir die Ergebnisse. Ich traue meinen Augen und Ohren nicht. Fast in jedem Wahlbezirk liegt eine deutliche Mehrheit bei den Ja-Stimmen und das Quorum ist erreicht. Es ist unfassbar. Ich kann es kaum glauben, frage immer wieder nach, ob die Zahlen auch stimmen. Nach Zweidrittel der ausgezählten Stimmen wagt der Statistiker die Aussage, dass davon auszugehen ist, dass der Bürgerentscheid Bestand hat.

Es wird ein wunderschöner Abend. Die Demokratie hat gesiegt. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt haben die Verantwortung um die Zukunft der Stadt selbst in die Hand genommen. Ich bin trunken vor Glück und Freude.

Ein Aprilscherz...



War das ein Aprilscherz?

Walter Krögner, SPD-Stadtrat

Ich traute meinen Augen nicht. Immer am ersten Samstag im Monat führt der SPD-Ortsverein Littenweiler-Ebnet seinen Flohmarkt auf dem PH-Parkplatz durch. Als ich nach dem Aufbau nach Hause kam, springt mir aus dem Freiburg-Teil der Badischen Zeitung die Schlagzeile entgegen: „Salomon will die Stadtbau und alle städtischen Wohnungen verscherbeln“.

Gerade noch drei Wochen zuvor, zwei Wochen vor der Landtagswahl, hatte die Vorsitzende der CDU-Gemeinderatsfraktion geäußert, dass sie sich ein ähnliches Vorgehen wie in Dresden (dort waren kurz zuvor sämtliche städtischen Wohnungen an ein „Heuschrecken“- Unternehmen verkauft worden) auch für Freiburg vorstellen könne. Flugs hatten wir eine Wahlkampfanzeige geschaltet, dass es mit der SPD keinen Ausverkauf öffentlicher Wohnungen geben werde.

Ein Telefongespräch mit meinem Nachbarortsvereinsvorsitzenden Martin Dold, der ebenso aufgeschreckt die Zeitungsmeldung über Salomons Ansinnen gelesen hatte, ließ uns zweifeln, ob die Meldung tatsächlich ernst zu nehmen sei. Immerhin war es die 1.-April-Ausgabe. Aber mit so etwas macht man keine Scherze. Und schließlich war klar: Die Meldung trifft zu. Der diesjährige BZ-Aprilscherz fand sich an anderer Stelle. Als böser Scherz sollte sich die Absicht, die Stadtbau und die städtischen Wohnungen meistbietend zu veräußern, letztendlich aber für OB Salomon und seine so genannte Allianz der Gemeinderatsfraktionen von Junges Freiburg/Grüne, CDU und Freien Wählern erweisen.

Mobilfunk sei Dank, konnten wir die ersten Abwehrpläne schon fernmündlich schmieden. „Alte Kämpfer“ früherer wohnungspolitischer Diskussionen waren schnell bereit, ihre Erfahrung in diesem Kampf um alles oder nichts einzubringen. Und schon am folgenden Montag, es war der 3. April und die Verwaltung musste über ihre Pläne im gemeinderätlichen Hauptausschuss informieren, fanden sich alte und neue KämpferInnen im Bursen-Cafe und kamen überein, eine breit angelegte Bürgerinitiative zu gründen. Der Zufall wollte es, dass im Schaufenster des Cafes ausgerechnet aus Holz gefertigte Dekorations-Heuschrecken ausgestellt waren, und die Entwicklung des „AK Heuschrecke“ nahm ihren Lauf.

Offener Brief
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Dieter Salomon
Rathausplatz
79098 Freiburg

**Architektenkammer
Baden-Württemberg**
Kammergruppe
Freiburg-Stadt
Emmy-Noether-Str. 2
79110 Freiburg

Vorsitzender
Meinhard Hansen
Dipl.-Ing. (FH)
Architekt

13. April 2006

Ausverkauf der städtischen Wohnungen

Telefon 0761 / 888 79 30
Telefax 0761 / 888 79 59
kg-tf@akbw.de

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit großer Besorgnis und Bestürzung haben die Freiburger Architekten und Ingenieure von den Plänen der Stadtverwaltung zum Ausverkauf der städtischen Wohnungen und der Freiburger Stadtbau zwischenzeitlich auch aus der bundesweiten Presse Kenntnis nehmen müssen..

Bei allem Verständnis für die äußerst schwierige Haushaltslage der Stadt möchten wir dringend davor warnen, der „Dresdener Verlockung“ zu folgen und jetzt einen nicht wieder gut zu machenden Fehler zu begehen, der die Stadt Freiburg in ihrer städtebaulichen und strukturellen Entwicklung auf Dauer schaden würde. Der kommunale Wohnungsbestand Freiburgs ist Zeugnis für den Wiederaufbau und den Zusammenhalt der Generationen. Er bietet bezahlbaren Wohnraum und Geborgenheit für zehntausende Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und trägt zur notwendigen Balance des sozialen Friedens bei. Diese Errungenschaften dürfen nicht zum Wohle einer Gewinnmaximierung fremden Kapitals geopfert werden.

Die gravierenden Folgen und negativen Auswirkungen eines Ausverkaufs sind bereits jetzt vorhersehbar:

- Trotz „Sozialcharta“ werden über kurz oder lang die Mieten steigen. Ebenso selbst aufkommen zu können. Diese Bürgerinnen und Bürger werden als Bedürftige wieder auf Wohngeld und andere finanzielle Hilfeeinstellungen der Stadt angewiesen sein und somit den städtischen Haushalt erneut und zusätzlich belasten.

- Für einen Großinvestor ist ein Kauf nur dann wirtschaftlich attraktiv, wenn entsprechende Renditen und Gewinne erzielt werden können. Dieses Gewinne würden dann nicht mehr in den Freiburger Wohnungsbau investiert werden, wie dies die Freiburger Stadtbau in den letzten Jahren getan hat.
- Die zahlreichen qualitativen Stadtentwicklungsprojekte der Freiburger Stadtbau konnten nur Dank des umfangreichen eigenen Wohnungsbestandes erfolgreich realisiert werden. Die im neuen Flächennutzungsplan vorgesehene Innenentwicklung wird sich nur noch bedingt umsetzen lassen, da die Stadt ohne Grundstücksflächen keinen unmittelbaren Einfluss mehr ausüben kann.
- Die Freiburger Stadtbau ist in unserer Region neben dem Universitätsbauamt einer der größten Auftraggeber für Planungs- und Bauleistungen. Es ist zu befürchten, dass derartige Aufträge in diesem Umfang nicht mehr an örtliche Unternehmen vergeben werden. Die bereits heute schon bestehenden Existenzschwierigkeiten werden drastisch zunehmen und führt zu einer weiteren Schwächung des Freiburger Mittelstandes.

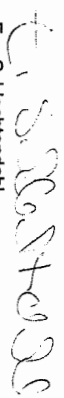
Die Freiburger Stadtbau ist ein gesundes Unternehmen, das jährlich mehrere Millionen Euro an Gewinn erwirtschaftet. Diese Gewinne wurden trotz eines hohen sozialen Anspruchs erzielt. Sollten verstärkt finanzielle Aspekte der Stadt eine Rolle spielen, könnte die Stadtbau z.B. einen Teil ihres Wohnungsbestandes in Eigentumswohnungen umwandeln und den Mieterinnen und Mietern die Wohnungen direkt zum Kauf anbieten. Weiterhin könnte die Stadtbau städtische Erbbaugrundstücke und Bauwartungsstand erwerben und somit ebenfalls zu einer Konsolidierung des städtischen Haushalts beitragen.

Wir appellieren deshalb an Sie und den Freiburger Gemeinderat keinen Ausverkauf des kommunalen Wohnungsbestandes zu beschließen. Es ist stattdessen an der Zeit, aus der Not eine Tugend zu machen. Freiburg hat sich in der vergangenen Zeit in vielen Bereichen der Bau- und Stadtentwicklung durch Ideenreichtum und Innovation ausgezeichnet und hat nachahmenswerte Beispiele für andere Städte entwickelt. Wir möchten in diesem Zusammenhang nur auf die Freiburger Baugruppenprojekte hinweisen, die mittlerweile als erfolgreiche Alternative auch an anderen Orten umgesetzt werden.

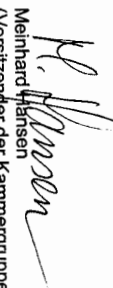
Nach den Ereignissen in Dresden schauen die deutschen Städte auf Freiburg. Man wird gespannt sein, wie eine begehrte Stadt, die aufgrund von Zuwanderungen eine Ausnahme im Kreis der deutschen Großstädte darstellt, die aufgezeigte Problematik meistern wird. Wir sollten dies als Herausforderung verstehen und gemeinsam ein „Freiburger Wohnungsmodell“ als Antwort auf die Dresdener Lösung entwickeln.

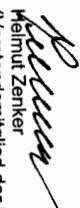
Die Freiburger Architekten und Ingenieure bieten Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, hierzu die aktive Mitwirkung an.

Mit freundlichen Grüßen

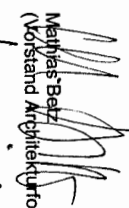

Eva Schlechendahl
(Vizepräsidentin der Architektenkammer BW)

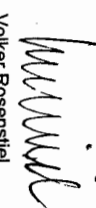

Eckhard Bull
(Vorsitzender des Kammerbezirks Südbaden der Architektenkammer BW)

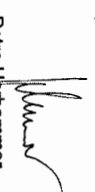

Meinhard Hansen
(Vorsitzender der Kammergruppe Freiburg der Architektenkammer)

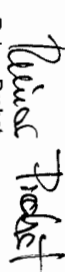

Meinut Zenker
(Vorstandsmitglied der Ingenieurkammer BW
und Präsident des BDB Baden-Württemberg)


Detlef Sacker
(Vorsitzender Bund Deutscher Architekten, Kreisgruppe Freiburg)


Matthias Belz
(Vorstand Architekturforum Freiburg)


Volker Rosenstiel
(sachkundiger Bürger im städtischen Bauausschuss)


Petra Harhammer
(Vorstandsmitglied des Deutschen Werkbundes BW)


Reiner Probst
(stellvertretender Sprecher des Planungsbeirats)



Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde Evangelisches Pfarramt-Gruppenamt

Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde · Buginger Straße 44 · 79114 Freiburg
Telefon 07 61 / 4 79 42-0/Telefax 07 61 / 4 79 42-29



**KATHOLISCHE KIRCHENGEMEINDE
ST. ANDREAS FREIBURG-WEINGARTEN**
79114 Freiburg · Sulzburger Str. 18 · Tel.: 0761/490780

Herrn Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon
Herrn Bürgermeister Neideck
Herrn Bürgermeister von Kirchbach
Fraktionen im Freiburger Gemeinderat
Badische Zeitung

Freiburg, 13.04.2006

Möglicher Verkauf städtischer Wohnungen Offener Brief

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Sorge verfolgen wir die Vorgänge um den möglichen Verkauf städtischer Wohnungen. Dies betrifft uns auch in unserem Stadtteil Weingarten.

Wir sind von diesen Plänen überrascht. Wir bitten Sie eine längere Beratungsphase in dieser Sache vorzusehen. In dieser derart wichtigen Frage, der Veräußerung städtischer Wohnungen und der damit möglicherweise mittelfristig einhergehenden Preisgabe kommunaler Belegungsrechte und wohnungspolitischer Steuerungsinstrumente, ist aus unserer Sicht eine verbesserte Informationspolitik notwendig. Auch müssen die Bewohnerinnen und Bewohner der betroffenen Wohnungen in diese Überlegungen mit einbezogen werden.

Dies halten wir um des hohen Gutes sozialen Friedens in Weingarten und der gesamten Stadt willen für unerlässlich.

Wir sehen auch unser Engagement für ein friedliches Miteinander im Stadtteil durch die Vorgehensweise der Stadt Freiburg stark beschädigt. Wir arbeiten zusammen mit Ihnen und den Weingartner Bürgerinnen und Bürgern und den unterschiedlichen Einrichtungen konstruktiv an Lösungen für unseren Stadtteil. Wir sehen, dass sich ein großer Vertrauensverlust gegenüber Ihnen, dem Gemeinderat und der Verwaltung andeutet.

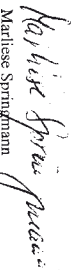
Da wir in unserer Arbeit in engem Kontakt zu den Menschen im Stadtteil stehen, wissen wir, wie wichtig bezahlbarer Wohnraum für viele Menschen in dieser Stadt ist. Darum bitten wir Sie, weiterhin dafür Sorge zu tragen, dass solcher Wohnraum langfristig in unserem Stadtteil zur Verfügung gestellt werden kann.

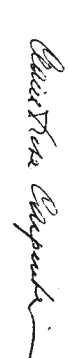
Wir bitten Sie, den sozialen Auftrag der Stadt Freiburg auch in Zukunft nachzukommen.

Mit freundlichen Grüßen

für die Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde:

für die St. Andreaskirche:

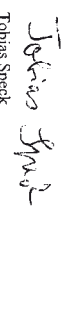

Mariäse Springmann
(Vorsitzende des Altkreisrates)


Dr. Claus Dieter Carpenter
(Vorsitzender der des Pfarrgemeinderates)


Wolfgang Stahlberg
(Sozialarbeiter)


Heinz Vogel
(Pfarrer)


Dirk Schmidt-Hornisch
(Pfarrer)


Tobias Speck
(Pastoralreferent – Arbeitsbereich Soziales)



Mietter sind keine Spekulations Objekte

W i M – Wohnen ist Menschenrecht

Heidrun Maitreau

Ob dieser Name was taugt für eine solche Aktion?
Ist der Begriff „Menschenrecht“ nicht nur blah blah? Nichts als eine leere Phrase?
Mir wär' was Konkretes lieber gewesen .



Aber was? Kurz und knackig sollte es schon sein! Leider fiel mir nichts ein. Inzwischen habe ich meine Meinung geändert.

„Menschenrecht“ ist radikal, knapp und ein viel zu wichtiger Wert , als dass man ihn an Haifische oder Heuschrecken verfüttern darf. Das Logo mit der durchgestrichenen Heuschrecke dagegen hat mich sofort überzeugt. An eine klare, natürliche, deutliche und zugleich erschreckende Realität wird erinnert: Wo Heuschrecken eingefallen sind, bleibt nichts mehr übrig. Es liegt einfach in ihrer Natur. Ob amerikanische oder badische Heuschrecken, wenn es nichts mehr zu holen gibt, ziehen sie weiter.

Möglichst mit Steuerbegünstigung und Zinsbonus. Von religions-geschichtlich begründeten Bedenken gegen das Heuschreckensymbol wusste ich nichts.

Die Komödie der Privatisierung

Jürgen Höfflin, Vorsitzender DGB-Region Südbaden-Hochrhein

Wir dürfen nicht nur über Heuschrecken lamentieren, wir müssen auch etwas gegen sie unternehmen (M. Sommer, DGB-Vorsitzender¹)

Pünktlich zum 1. April 2006 erlebte „die Komödie der Privatisierung“ in Freiburg eine Neuauflage. Welchen Verlauf das Schauspiel nehmen wird, konnte zu Beginn der Aufführung aber noch nicht gesagt werden. Klar war aber von Anfang an, dass die Befürworter des Verkaufs der Freiburger Stadtbau GmbH eine Solidarisierung zwischen den Beschäftigten der Stadtbau, der Stadtverwaltung, der sozialen Einrichtungen und den Kulturschaffenden verhindern wollten.

Mit einer ersten öffentlichen Stellungnahme reagierte die DGB-Region Südbaden-Hochrhein am 13. April 2006. Die hierin geäußerte Kritik basierte einerseits auf der Einschätzung, dass mit dem Verkauf der Stadtbau nur ein Einmaleffekt erzielt werden kann und das strukturelle Haushaltsdefizit der Stadt Freiburg nicht gelöst wird. Andererseits wurde darauf hingewiesen, dass mit einem solchen Schritt die Stadt Freiburg ihre Gestaltungsmöglichkeit auf dem Wohnungsmarkt fahrlässig aus der Hand gibt. Da in der Stadt Freiburg – die im übrigen ein Bevölkerungswachstum hat – eine angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt vorherrscht und immer noch herrscht, wurde die Befürchtung geäußert, dass private Investoren nach dem Kauf der Wohnungen die Mieten steigen lassen werden. Für die Stadt hätte dies wiederum zur Folge, dass sie sich selber ein Bein gestellt hätte, da für sie die zu zahlenden Kosten der Unterkunft im Bereich der Sozialleistungen ebenfalls steigen würden. Aus Sicht der DGB-Region Südbaden-Hochrhein würde also die „Komödie der Privatisierung“ darin enden, dass weder der Personalabbau im öffentlichen, sozialen und kulturellen Bereich verhindert würde, noch eine langfristige Haushaltssanierung erfolgte.

Beim traditionellen Arbeitnehmerempfang der Stadt Freiburg, im Vorfeld des 1. Mai, fielen deutliche Worte von Oberbürgermeister Dieter Salomon in Richtung des DGB. Mit dem Hinweis, dass erst vor kurzem der DGB ebenfalls Wohnungen an Heuschrecken verkauft habe, versuchte er die DGB-Region Südbaden-Hochrhein zu disqualifizieren. Da der Arbeitnehmerempfang eigentlich die Bühne dafür sein soll, um die Arbeitnehmerinnen und ihre Organisationen zu würdigen, erfolgte das gewerkschaftliche Echo erst bei der 1. Mai-Veranstaltung. Wie seit langem geplant und trotz der schwierigen Zeiten und dem lautstarken Widerspruch in Sachen Wohnungsverkauf, hielt Oberbürgermeister Dieter Salomon am 1. Mai das Grußwort der Stadt Freiburg. Positiv ist ihm dies anzurechnen, da er sich somit der öffentlichen und gewerkschaftlichen Diskussion stellte und die Erwiderung auf seine Rede vom Arbeitnehmerempfang hören konnte. Vom DGB-Regionsvorsitzenden Jürgen Höfflin wurde er darauf hingewiesen, dass die Gewerkschaften eine andere Aufgabe als die öffentliche Hand haben. Zudem

treffe die DGB-Region Südbaden-Hochrhein ihre politischen Entscheidungen eigenständig und sei nicht in Sippenhaft für die Entscheidungen des DGB-Bundesvorstandes zu nehmen. Beendet wurde dieser Akt am 1. Mai vom DGB-Regionsvorsitzenden Jürgen Höfflin mit der Empfehlung an Oberbürgermeister Dieter Salomon, „mach nicht die gleichen Fehler wie wir, wie du siehst, rächt sich dies politisch. Vom DGB lernen heißt siegen lernen“.

Nach diesem kurzen Akt in der Öffentlichkeit war allen klar, dass die DGB-Region nicht nur in der Rolle der Kritikerin auftritt, sondern auch hinter den Kulissen dazu beiträgt, dass die Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ ihr Standing entwickeln kann. Neben eigenen Aktionen und um eine inhaltliche Einbindung zu gewährleisten, vertrat der Vorsitzende des DGB-Ortsverbandes Freiburg Dr. Bernd Wagner die DGB-Region in der Bürgerinitiative. Eine Unterstützung der Bürgerinitiative bei organisatorischen Fragen wurde ebenfalls gewährleistet.

Mit dem gewonnenen Bürgerentscheid gegen den Verkauf der Freiburger Stadtbau GmbH ist zwar vorerst in Freiburg ein Vorhang gefallen, die grundsätzliche Auseinandersetzung über Heuschrecken und den Verkauf von öffentlichem Wohnraum geht aber weiter. Bereits 1959 griff Dr. Kurt Hirche in seinem Buch „Die Komödie der Privatisierung“² die Bestrebungen zur Privatisierung des sozialen Wohnungsvermögens auf. Hieran ist ersichtlich, dass je nach politischer Großwetterlage dieses Schauspiel wieder aufgeführt wird. Wir tun also gut daran, einige grundsätzliche Überlegungen für die nächste Aufführung zu bewahren.

Nach Auffassung der DGB-Region Südbaden-Hochrhein ist es selbstverständlich, dass sie sich in die politische Diskussion über den sozialen Wohnungsbau einbringt. Geschuldet ist dies dem Wissen, dass wegen der unterschiedlichen Einkommensverhältnisse öffentliche Güter für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Solange ein Gesellschaftssystem es zulässt, dass große Bevölkerungsgruppen ihre Grundbedürfnisse nicht über das Einkommen bestreiten können, solange wird sich hieran auch nichts ändern. Damit die soziale Ungleichheit halbwegs ausgeglichen werden kann, dürfen deshalb nicht alle Lebensbereiche den Marktgesetzen unterworfen werden. Hierunter fällt auch der öffentliche Wohnraum. Den Marktgesetzen folgend versuchen Finanzinvestoren ihre Renditevorstellungen durchzusetzen. Billigend nehmen sie hierbei in Kauf, dass dies in der Regel zu Lasten der Arbeitnehmer geht. Nicht mehr der Mensch steht im Vordergrund des wirtschaftlichen Handelns, sondern der Profit. Eine Privatisierung des öffentlichen Wohnraumes birgt somit die Gefahr, dass hier das gleiche Marktprinzip Einzug hält und die Renditevorstellungen zu Lasten der Mieter durchgesetzt werden. Wir sind der festen Überzeugung, dass die öffentliche Hand wirtschaftlich handelt. Sie darf aber nicht die Gewinnmaximierung verfolgen, sondern hat der sozialen Verantwortung unserer Gesellschaft gerecht zu werden. Damit nicht nur die Reichen die soziale Frage beantworten, dürfen wir diesen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess nicht dem Markt übertragen.

Unsere Demokratie darf nicht zu einem Marktplatz verkommen, auf dem der bestimmt, der den größten Geldbeutel hat. Nur so können wir sicherstellen, dass aus der Komödie der Privatisierung kein gesellschaftliches Drama wird.



1. Mai 2006 Demonstrationszug



Demonstration 1. Mai 2006, Stühlinger Kirchplatz

¹ Michael Sommer, Grundsatzrede am 18. Ordentlichen DGB-Bundeskongress, Berlin 2006

² Dr. Kurt Hirche, Die Komödie der Privatisierung, Bund-Verlag, Köln-Deutz 1959

Gewerkschafter von Anfang an dabei

Bernd Wagner, DGB Ortsverband Freiburg

„Die sollen mal ganz still sein, die haben doch auch die Neue Heimat an Heuschrecken verkauft“, hörte man zuweilen durchaus giftig und hämisch von Befürwortern des Häuserverkaufs in Freiburg. Zum Glück hat das die Freiburger Gewerkschafter nicht sonderlich beeindruckt.

So war es auch nicht mehr als konsequent, dass sich beispielsweise der ver.di Ortsverein Freiburg bald nach Ankündigung der Verkaufspläne mit einer Resolution für den Verbleib der Wohnungen in der Hand der Stadt stark machte. „Durch den geplanten Verkauf der Wohnungen der Freiburger Stadtbau GmbH wird nicht nur der Handlungsspielraum der Stadt Freiburg noch weiter verringert, sondern die Mieter der Sozialwohnungen - alleine in Freiburg gibt es 8.000 ‚Bedarfsgemeinschaften‘ mit 12.000 Erwerbslosen, die auf Sozialwohnungen angewiesen sind - werden durch steigende Mieten die Rendite der Groß-Anleger bezahlen“, stellt in der Erklärung der Vorsitzende des ver.di Ortsvorstandes, Thomas Vitallowitz, fest. Auch der ver.di Geschäftsführer Südbaden, Reiner Geis, erhielt viel Beifall, als er auf einer Protestveranstaltung der Beschäftigten der FSB am Europaplatz im Mai 2006 den Anwesenden zurief: „Die Arbeitsplätze in Freiburg dürfen nicht den Spekulationsinteressen von Kapitalgesellschaften geopfert werden!“.

Nachdem die Bürgerinitiative den Beschluss zu einem Bürgerbegehren gefasst hatte, begrüßte der DGB diesen Plan und kündigte in einer Presseerklärung am 08.05.06 an, seine Mitglieder für dieses Vorhaben gewinnen zu wollen. Der Vorsitzende des DGB Ortsverbandes forderte, „dass sich Freiburg in Solidarität mit dem Deutschen Städtetag für eine stärkere Beteiligung von Bund und Ländern an den Finanzbelastungen der Kommunen einsetzt. Dem Ausbluten der Öffentlichen Hand, wie es von den vergangenen und der jetzigen Bundesregierung durch eine Steuerpolitik zugunsten der Reichen und der global agierenden Großunternehmen betrieben worden sei, muss von den Gemeinden und den Bürgern ein Riegel vorgeschoben werden.“

In Freiburg gibt es eine lange Tradition des Zusammenwirkens des DGB mit nichtgewerkschaftlichen Organisationen und Initiativen. Das geht zurück in die 70er Jahre, als der in der Nähe von Freiburg in Wyhl geplante Bau eines Kernkraftwerkes verhindert werden konnte. Ein anderer Höhepunkt waren in den 80er Jahren die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche, bei der viele Freiburger Organisationen und Institutionen ihre Solidarität mit den kämpfenden Metallern bekundeten. Stellvertretend für vielfältige Aktionen der letzten Jahre möchte ich hier noch an die Verhinderung eines NPD-Aufmarsches in Freiburg im Jahre 2002 erinnern. Damals hatte der DGB eine führende Rolle bei der Initiierung und Organisation des Widerstandes gegen diese Provokation in der Stadt übernommen. So konnten dann am Tage des geplanten Aufmarsches über 20.000 Bürgerinnen und Bürger die Neonazis

mit bunten, friedlichen aber standhaften Auftritten am Verlassen des Bahnhofes hindern, so dass sie unverrichteter Dinge wieder von dannen ziehen mussten.

Bei der traditionellen Demonstration zum 1. Mai tauchte neben den bunten Gewerkschaftsfahnen und -transparenten in erheblicher Zahl das „Logo“ der Bürgerinitiative auf, die durchgestrichene Heuschrecke. Ein Sprecher der Bürgerinitiative (Stadtrat Hendrijk Guzzoni) machte den Demonstrations-Teilnehmern und Bewohnern Mut zu ihrem Kampf für ihre Wohnungen. Auch viele Beschäftigte der Stadtbau waren an diesem Tage dabei und machten mit einem Transparent klar: „Wir lassen uns nicht verkaufen“.

Ein Wermutstropfen darf allerdings in dieser Darstellung nicht fehlen. Mit der Argumentation, dass die Stadtkasse leer sei und nur ein Wohnungsverkauf Abhilfe schaffen könne, wurden nicht nur viele Verantwortliche in den sozialen und kulturellen freien Initiativen in Freiburg verunsichert. Auch bei manchen Beschäftigten der Stadtverwaltung und der städtischen Betriebe, die nicht unmittelbar durch den geplanten Verkauf der FSB betroffen gewesen wären, machte sich Angst um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes breit. Die Mitarbeiter der Stadt Freiburg und der Freiburger Stadtbau sollten gegeneinander ausgespielt werden. Diese Mischung aus Angst und Hoffnung verhinderte die volle Solidarität aller städtischen Beschäftigten mit den in der FSB arbeitenden und direkt bedrohten Kolleginnen und Kollegen.

Die Beschäftigten der FSB haben in der Auseinandersetzung über den Verkauf in der Stadt eine beispielhafte, hervorragende Rolle gespielt. Viele haben phantasie reich, unermüdlich und mutig dazu beigetragen, dass der geplante Verkauf im wahrsten Sinne des Wortes zum Stadtgespräch wurde. Dies war den Betreibern des Verkaufs und dem FSB-Geschäftsführer Klausmann wohl ein arger Dorn im Auge und so versuchten sie, die Beschäftigten mit einem „Maulkorberlass“ mundtot zu machen. Der sollte den Beschäftigten verbieten, ihre Ablehnung des geplanten Verkaufes am Arbeitsplatz offen zu zeigen. In der Presseerklärung des DGB Ortsverbandes zu dieser durchsichtigen Repressalie war zu lesen: „Die Anweisung ist ganz sicher nicht ohne Wissen und Zustimmung der Stadtspitze erfolgt. Nach Salomons Einsatz von Streikbrechern im Tarifkampf der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst beweist er nun wieder einmal, wie wenig ihm am Wohlergehen der Bürger und Beschäftigten dieser Stadt gelegen ist.“

In der „heißen“ Phase des Wahlkampfes vor dem Bürgerentscheid hat der DGB (Region und Ortsverband Freiburg) in einem Wahlauf ruf die Gewerkschaftsmitglieder zur Teilnahme an der Wahl und für ein Votum gegen den Wohnungsverkauf aufgerufen. Zudem lud der DGB Ortsverband zu einem seiner traditionellen „Fabrikgespräche“ ein, bei dem dieses Mal je ein Vertreter der Fraktionen von SPD und Unabhängigen Listen (beide lehnten im Freiburger Gemeinderat den Verkauf der Wohnungen konse-

quent ab) sowie der DGB Regionsvorsitzende Gelegenheit hatten, ihre Positionen zu erläutern und zur Diskussion zu stellen.

Mit dem Bürgerentscheid haben die Freiburgerinnen und Freiburger, darunter viele Kolleginnen und Kollegen, die Mitglied einer DGB Gewerkschaft sind, eindrucksvoll gezeigt, dass sie erworbene Werte zu verteidigen wissen. Viele waren erstmals bei einer politischen Auseinandersetzung aktiv dabei, haben Flugblätter erstellt und verteilt, an Informationsständen in der Stadt gestanden und mit den Passanten diskutiert. Sie haben Selbstbewusstsein gewonnen und gelernt, wenn man sich einig ist und miteinander einsetzt für seine Interessen, kann man Erfolg haben! Das hat diese Bewegung mit anderen gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen gemein. Mir hat es Spaß gemacht dabei gewesen zu sein - und Lust auf mehr.



... und die Folgen



Mit Samba lautstark gegen den Wohnungsverkauf

Nina Kuhn / Maren Naecker, Sam!basta!

Es ist der 1. Mai 2006 – ein Monat, nachdem OB Salomons Pläne zum Verkauf der städtischen Wohnungen erstmals öffentlich wurden.

Der Stühlinger Kirchplatz ist voll von Menschen – fröhlichen, geschwätzigen und nicht zuletzt auch wütenden Menschen. Und zu denen gehören wir. Auf der Bühne steht ein Oberbürgermeister, der seit einigen Wochen den Coup plant, die städtischen Wohnungen zu verkaufen. Einzelne Menschen rufen dazwischen, beschimpfen ihn, wollen ihn nicht reden und erklären hören. Seine Pläne machen ihnen Angst und Sorge. Wir empfinden Fassungslosigkeit und Wut. Was bildet er sich ein – er, der nur dort steht, weil er von Menschen wie uns gewählt wurde, die sich sicherlich anderes von ihm erwartet hatten.

Wir tauschen uns aus; darüber, dass es so wichtig wäre, etwas Energievolles dagegen zu setzen, sich laut und eindrucksvoll mit der eigenen Meinung Gehör zu verschaffen und sich nicht von dem immer gleichen Argument, es gebe nun mal keine Alternativen, erdrückt und ohnmächtig zu fühlen. Und da ist sie reif, die Idee, die uns schon länger präsent ist, und sie beflügelt uns in diesem Moment. Es ist die Idee, mit Musik Kraft und positive Energie entstehen zu lassen.

Rhythms of Resistance

In Brasilien sind in den 70er Jahren in den ärmsten Stadtteilen Sambabands entstanden, die zu einer Bewegung des Widerstandes und einer Quelle des Selbstvertrauens wurden. Seit ein paar Jahren gibt es auch in Berlin, London oder Amsterdam Menschen, die mit Samba ihren politischen Zielen Ausdruck verleihen möchten: Rhythms of Resistance – Rhythmen des Widerstandes – ein Netzwerk von verschiedenen inter-nationalen Gruppen, die Samba und andere Rhythmen einsetzen, um auf der Straße für eine andere, bessere Welt zu kämpfen und die sich als Teil der globalisierungskritischen Bewegung sehen.

Der Plan, in Freiburg jetzt und heute, eine politische Samba-Gruppe zu gründen, nimmt sehr schnell konkrete Gestalt an. Noch am gleichen Abend werden etliche Emails verschickt und in den Tagen darauf viele Telefonate geführt. Es finden sich sehr schnell acht ganz verschiedene Menschen, die sich schon lange gegenüber vielen gesellschaftspolitischen Entwicklungen ohnmächtig fühlen und mit Samba eine Möglichkeit sehen, Gesellschaftskritik auf anderen Wegen zu äußern, als nur über das Mitlaufen bei Demonstrationen oder durch das Hochhalten von Transparenten.

Nach zwei Wochen ist die erste Probe, es sind Instrumente organisiert und ein vorläufiger Proberaum gefunden. Nochmals zwei Wochen später lassen wir uns im Rahmen der Attac-Aktionsakademie bei einem Samba-Workshop von den zwei Mitgliedern der Berliner Samba-Gruppe, die den Workshop leiten, von den Rhythmen aber auch von ihren Aktionserfahrungen und Ideen inspirieren, die uns Mut machen für unsere Themen in Freiburg.

Sam!basta!

Unsere Begeisterung für diese gesamte Idee treibt uns voran. Einen Monat nach der Gründung unserer Freiburger Samba-Gruppe Sam!basta! sind wir bei Aktionen gegen den Wohnungsverkauf dabei. Unser Ziel ist es, diesen Verkauf zu verhindern und für eine solidarischere und langfristig gedachte



*Wir lassen uns nicht verkaufen ...
Sam!basta! trommelt auf dem Freiburger Rathausplatz*

Politik einzustehen: Wir unterstützen Kundgebungen auf dem Rathausplatz, den Sternmarsch am 1. Juli, wir laden ein zur Bürgerentscheids-Demo am 5. November und auch am Tag des Bürgerentscheids sind einige von uns in den Stadtteilen unterwegs und erinnern die Menschen fröhlich-lautstark, dass heute der Tag ist, an dem sie wählen gehen müssen. Der Sprechchor „Grün schützt nicht vor Wohnungs-Ausverkauf“ ist geboren und klingt, eingeflochten in die Musik, immer wieder über die Straßen und Plätze. Die Resonanz ist toll. Die Rhythmen versetzen nicht nur uns und unser Anliegen in Bewegung. Die Menschen um uns herum winken uns fröhlich zu, beginnen zu tanzen und zu klatschen und spüren etwas von der Kraft und Energie, die wir haben, wenn wir aufstehen und uns gemeinsam weh-

ren. Der geplante Wohnungsverkauf hat der Idee einer politischen Aktions-Sambaband in Freiburg den Startschuss gegeben. Gleichzeitig ist bis zum Tag des Bürgerentscheids im November unsere bunt zusammengewürfelte Gruppe, in der Menschen aus verschiedenen politischen Zusammenhängen aktiv sind, stetig gewachsen und der Wohnungsverkauf ist längst nicht mehr das einzige Thema.

Inzwischen hat Sam!basta! ca. 60 Demonstrationen und eigene Aktionen zu Themen wie Migration, Ausgrenzung, Studiengebühren, EU-Bildungspolitik, BioVision in Lyon, G8 und Polizeiwillkür, die Love or Hate Parade sowie andere Do It Yourself-Aktionen für mehr Freiräume und autonome Zentren (KTS, AZ les Tanneries in Dijon) mit/gestaltet.

Aufgrund der individuellen politischen Einstellungen ändert sich die Zusammensetzung der Band auf der Straße immer wieder und so lösten auch die Bürgerinitiative WiM und ihre Heuschreckensymbolik kontroverse Diskussionen innerhalb unserer Gruppe aus. Es ist die Unterschiedlichkeit der Mitglieder, der gemeinsame Wunsch kritische und zukunftsweisende politische Aktionen und Demonstrationen aktiv zu unterstützen, die Begeisterung für diese energiegeladene, kreative und lustvolle Aktionsform und die Offenheit und Bereitschaft für politische Kontroversen, die uns verbindet. Wir sind froh, dass wir auf diese Weise unseren Beitrag leisten konnten für einen leidenschaftlich und erfolgreich geführten Kampf und gewonnenen Bürgerentscheid.

Ein folgenreiches Telefongespräch

*Anonymus **

So viele Wohnungen sollen verkauft werden? Was passiert mit den Menschen, die ohnehin schon an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, die sich kaum eine Wohnung leisten können und nach dem Verkauf dann vielleicht gar keine mehr haben? Wieso kann ein Oberbürgermeister das einfach beschließen? Muss das nicht der Gemeinderat tun? Oder am Ende sogar die Bürger?

Fragen über Fragen, die mich nach der Ankündigung des Wohnungsverkaufs ängstlich und wütend werden ließen. Natürlich war ich sofort dabei, Unterschriften für das Bürgerbegehren zu sammeln. Doch konnte ich mich auch nicht zurückhalten, am 1. Mai 2006 ganz laut zu „buhnen“, als Dieter Salomon eine Rede bei der DGB-Kundgebung auf dem Stühlinger Kirchplatz hielt. Nicht wie alle anderen im Publikum, sondern direkt vor der Bühne. Da stand dieser Mann, der Oberbürgermeister, und ich bekam ihn das erste Mal zu Gesicht. Nach der Rede musste ich ihn mir einfach mal genauer anschauen. Ich blieb in einer gewissen Entfernung und beobachtete ihn. Später wurde mir dies als Droh- und aggressives Verhalten ausgelegt.

Nichtsdestotrotz lief der Oberbürgermeister irgendwann zur Straßenbahn. Ich wollte mit ihm reden, wissen, warum er das tut, was er tut – ihn vielleicht sogar zum Nichtverkauf überreden? Also folgte ich ihm, entschuldigte mich zuerst für meine Rufe während seiner Rede. So macht man das doch

in der Politik, dachte ich. Es geht ab, man ist gegeneinander und hinterher versteht man sich gut. Wir verstanden uns auch gut. Er erklärte mir, er habe keine andere Möglichkeit, als die Wohnungen zu verkaufen. Auch für die Wagenburgler habe er einfach keinen Platz. Interessant, dass er sich mit der Stadt und deren gesamten Verwaltung und Politik personifizierte! Nebenbei fragte er mich noch, ob ich studiere und wo. Ich war vertrauensvoll und wusste zu dem Zeitpunkt nicht, mit wem ich es zu tun hatte und was er später mit der Information anfangen würde.

Als ich ihm Gegenrechnungen und andere Möglichkeiten zum Stadtbauverkauf erklären wollte, musste ich mir anhören, ich scheine (nach einem Blick seinerseits auf meine Schuhe) ja aus guten Verhältnissen zu kommen, sei deshalb noch nicht in der Realität angekommen und könne deshalb auch nicht mitreden. Welche Anmaßung! Wie kann er mir meinen Status als Bürger absprechen? Wie kann er mich als unmündig erklären? Natürlich war diese Äußerung noch nichts gegen die cholerischen, wutschnaubenden, hoch emotionalen Auftritte, die ich bei späteren Veranstaltungen noch bestaunen sollte. Wir verabschiedeten uns trotzdem sehr höflich und ich erklärte ihm, er würde meine Stimme bei einer Wahl nicht mehr bekommen.

Unmündig - nicht berechtigt, mitzureden! Für mich gab es fortan kein anderes Thema mehr als den Stadtbauverkauf. Neben dem Sammeln von Unterschriften und Informationsverbreitung in der Stadt, hatte ich eines Tages plötzlich die Idee, im Rathaus anzurufen. In der Presse gab es zu diesem Zeitpunkt nicht viel zu lesen, das Thema stagnierte. Also konnte ich ja direkt bei Herrn Salomon nachfragen. Ich wurde mit seiner Referentin zum Thema Stadtbauverkauf verbunden. Nach einem kurzen Informationsaustausch wurde ich emotional. Anscheinend machten die im Rathaus sich einfach keine Gedanken über Alternativen. Es hatte sich offensichtlich schon der Zustand eingestellt, der später offensichtlicher wurde: Die Fronten waren verhärtet, es ging mehr um Macht und Koalitionen als um die Sache.

Meine Emotionalität im Telefongespräch mit der Referentin im Rathaus hatte weitreichende Folgen. Dabei war es nur eine aufgeheizte politische Diskussion und eine Anmerkung über eine schwere Zukunft Salomons, wenn er gegen die Bürger entscheiden würde. Ich sollte jedoch fortan nicht mehr nur von mir aus unmündig sein, sondern auch noch explizit dazu gemacht werden. Einige Zeit später kam ich nach einer Vorlesung nach Hause. Ich wollte essen und anschließend zum Bürgergespräch in Weingarten gehen. Dazu kam es nie. Auf dem Küchentisch lag die Visitenkarte eines Kommissars der Kripo. Meine Mitbewohnerin erklärte mir, ich solle ihn dringend anrufen. Ich war als Bedrohung für Dieter Salomon eingestuft worden. Sie waren an meiner Hochschule gewesen (ER wusste wo ich studiere) und hatten dort den Datenschutz gebrochen, indem sie meine Bewerbungsunterlagen einsahen. Anhand meines Bewerbungsfotos identifizierte mich der Oberbürgermeister. Ich habe nie erfahren, was mir genau vorgeworfen wurde. Ich sei zu emotional gewesen, als ich mit der Referentin telefonierte hatte.

Aber funktionierte das nicht so? Wir führten politische Diskussionen und waren aufgeheizt. Machte das die „Gegenseite“ anders?

Ich musste Gespräche mit meinem Rektor führen und klarstellen, dass ich nie zum Attentäter werden wollte. Ich hatte einen Brief der Erklärung an den Oberbürgermeister zu schreiben. Ich erklärte grundsätzliche Werte des Gewaltverzichts und der Achtung der Ängste anderer. Einsicht in das Ermittlungsverfahren der Kripo wurde mir auf mündliche Anfrage nicht gewährt.

Fast hätte es funktioniert. Ich war am Boden zerstört und voller Angst. Was hatte ich getan? Ich hatte meine Meinung gesagt. Zugegeben, emotional. Aber könnte man da nicht erst einmal mit mir Reden, anstatt solch ein Verfahren einzuleiten und mein Studium, meine berufliche Zukunft zu gefährden? Dieser Eingriff holte mich auf den Boden der Tatsachen und mir wurde klar, dass ich es nicht mit einer normalen Auseinandersetzung, sondern mit einem Machtspiel erster Klasse zu tun hatte. Ein Machtspiel, in dem ich nur verlieren konnte. Somit schrieb ich den Brief der Erklärung an den Oberbürgermeister und zog mich zurück.

Stattdessen sammelte ich noch intensiver Unterschriften und informierte so viele Menschen wie möglich. Ich wollte mich dieser Unterdrückungsstrategie nicht hingeben!

**Name und Anschrift sind dem Redaktionsteam bekannt.*

Bürgerbegehren – ein Risiko, das sich auszahlt

Hendrijk Guzzoni, Stadtrat Unabhängige Listen / Linke Liste

Was für eine Schnapsidee! So dachten die meisten von uns, als Mitte April auf einer Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ der Vorschlag gemacht wurde, ein „präventives“ Bürgerbegehren zu starten. Die Gemeindeordnung von Baden-Württemberg sieht die Möglichkeit vor, dass über ein Bürgerbegehren eine Volksabstimmung über einen Bürgerentscheid zu einem bestimmten Punkt erzwungen werden kann. Üblicherweise richtet sich solch ein Bürgerbegehren aber gegen einen Beschluss des Gemeinderates. Nun ein „präventives“ Bürgerbegehren? Ein Bürgerbegehren gegen eine bisher nur in der Presse geäußerte Absicht? Unüblich, aber nach der Gemeindeordnung offensichtlich zulässig.

Doch die Bedenken waren vielfältig: Würden wir die erforderliche Zahl von Unterschriften (etwa 15.000) zusammenbekommen? War die Orientierung auf Bürgerbegehren und letztlich einen Bürgerent-

scheid richtig und erfolgversprechend? Sollten wir nicht besser warten, bis der Gemeinderat entschieden hat? Ist es also nicht zu früh? Würden die Betroffenen, die Mieter und Mieterinnen dann an die Urnen gehen, würden wir das extrem hohe Quorum von 25% aller Wahlberechtigten erreichen können?

Langsam, fast zu unserer eigenen Überraschung, neigte sich die Diskussion in Richtung Bürgerbegehren. Schließlich war uns klar, dass wir nur dann eine Chance hatten, die Verkaufspläne zu stoppen, wenn es uns gelingen würde, in der ganzen Stadt (und nicht nur bei den Betroffenen) eine politische Stimmung gegen die Wohnungsverkäufe zu erzeugen. Und nach einem zu erwartenden negativen Gemeinderatsbeschluss müssten wir uns ohnehin mit dem Gedanken, ein Bürgerbegehren zu starten, auseinandersetzen.

Warum also nicht gleich das Heft des Handelns in die Hand nehmen? Zumal wir so mehr Zeit zum Unterschriftensammeln haben würden und viele Menschen geradezu begierig waren, jetzt was zu machen, Unterschriften zu leisten und zu sammeln. Und schließlich könnte solch eine Unterschriftensammlung, die „Drohung“ mit einem Bürgerentscheid vielleicht den Gemeinderat politisch beeindrucken.

Also: Unterschriften sammeln für ein Bürgerbegehren. Doch erst die nächste Hürde musste genommen werden: der Text. Tagelang bastelten wir an Formulierungen. Er musste kurz sein, verständlich und eindeutig. Und, so schreibt es das Gesetz vor „das Anliegen des Bürgerbegehren musste positiv formuliert“ sein. Das führte zu einem Text „Sind Sie dafür, dass die Wohnungen der Stadt und der FSB im Eigentum der Stadt verbleiben?“. Die Verkaufsgegner mussten also beim Bürgerentscheid mit JA stimmen, die Verkaufsbefürworter mit Nein. Für viele verwirrend, aber so vom Gesetz vorgeschrieben. Später wurde alles noch komplizierter, als nämlich die rund 1.000 städtischen Wohnungen aus dem Verkaufspaket herausgenommen und „nur noch“ die 7.900 Wohnungen der FSB zum Verkauf standen. Wofür standen nun „JA“ und „NEIN“?

Letztlich erwies sich dieser Text politisch doch noch als sehr vorteilhaft. Wir konnten unsere Argumentation und das von uns gewünschte Abstimmungsverhalten positiv darstellen. JA zu sozialer Verantwortung! JA zu nachhaltiger Haushaltspolitik! JA zu städtischen Gestaltungsmöglichkeiten! JA beim Bürgerentscheid!

Unterschriften sammeln

Doch erst einmal stand das Bürgerbegehren an. 15.000 gültige Unterschriften sammeln. Eine schwere Aufgabe, die einiges an Organisation und Engagement erforderte. Wir versuchten in allen wichtigen

Stadtteilen Verantwortliche zu finden, die die Unterschriftensammlung in ihrem Quartier organisierten. Und in jedem Stadtteil kleine Geschäfte oder ähnliches, wo Unterschriftenlisten auslagen und auch wieder abgegeben werden konnten. Diese Orientierung auf die verschiedenen Stadtteile, diese Dezentralisierung der praktischen Arbeit war schließlich ein wesentlicher Erfolgsgarant. Das Bürgerbegehren „zwang“ uns auf diese Weise, tausendfach, zigtausendfach Gespräche zu führen in der ganzen Stadt, zu argumentieren, zu überzeugen. So näherten wir uns unserem Ziel, eine politische Mehrheit in der gesamten Bevölkerung in der ganzen Stadt gegen die Wohnungsverkäufe zu erreichen.

In dieser Hinsicht war das Bürgerbegehren der erfolgreiche Probelauf für die spätere Kampagne, den „Wahlkampf“ vor dem Bürgerentscheid. Wöchentlich traf sich eine Organisationsgruppe, wertete die bisherigen Aktionen aus, versuchte Schwachstellen zu schließen, koordinierte die Aktivitäten. Und wöchentlich neue Zwischenergebnisse. Diese trugen zu unserem Selbstbewusstsein bei, förderten eine Eigendynamik, ja fast schon eine Euphorie. Schon nach wenigen Wochen war vielen klar, dass wir unser Ziel erreichen würden. Und schließlich konnten wir dem Oberbürgermeister 28.379 Unterschriften übergeben. Am Ende wurden viele Listen gar nicht mehr eingereicht. Das „präventive“ Bürgerbegehren war erfolgreich. Nun konnte die Freiburger Bevölkerung bei einem Bürgerentscheid selbst über die Wohnungsverkäufe entscheiden. Und das Bürgerbegehren hatte uns den Weg gewiesen: wir wussten nun, dass wir in der Lage waren, überall in der Stadt erfolgreich und nachvollziehbar zu argumentieren, die Menschen zu überzeugen und auf unsere Seite zu ziehen.

Was durch ein überwältigendes Ergebnis von über 70% beim Bürgerentscheid am 12.11. schließlich dokumentiert wurde. Der präventive Bürgerentscheid, die „Schnapsidee“, sollte sich so schließlich als einer der entscheidenden Schachzüge erweisen, der für den erfolgreichen Bürgerentscheid, für das Verhindern der Wohnungsverkäufe ausschlaggebend war.

Unterschriften sammeln – ein Leichtes?!

Regina Theis-Schwenninger

Auf die Leute zugehen und sie um eine Unterschrift bitten, war in den meisten Fällen kein Problem, sie kamen häufig sogar von sich aus und wollten unterschreiben. Zu Beginn waren manchmal noch Erklärungen über den Inhalt des Bürgerbegehrens und -entscheids erforderlich. Die komplizierte Frage erinnerte an Robert Lembkes Sendung „Heiteres Berufe Raten“, bei der man die Fragestellung mit ja beantworten musste, wenn eigentlich nein gemeint war. Nach zwei bis drei Wochen wussten die Ortsansässigen Bescheid und für die Touristen musste man wissen, dass Heuschrecke „grasshopper“, „sauterelle“, „cavalletta“, „saltamontes“ oder „sprinkhaan“ heißt.

Viele Freiburgerinnen und Freiburger unterschrieben aus basisdemokratischen Gründen, sie fanden grundsätzlich einen Bürgerentscheid gut, die Bürgerinnen und Bürger sollten ja oder nein zum Verkauf der städtischen Wohnungen sagen können.

Aber der häufigste Satz, der zu hören war, auch von Menschen, für die ‚Rendite‘ und ‚totes Kapital‘ keine Fremdwörter sind, lautete: Den städtischen Wohnungsbestand verkaufen? So was tut man nicht!

Was tut man nicht? Ein über Generationen erworbenes Vermögen verscherbeln? Menschen, die auf städtische Wohnungen angewiesen sind, über den Tisch ziehen?

Welche Normen sollten hier gebrochen werden? Darüber können sich noch viele kluge Köpfe den Kopf zerbrechen.



Noch lacht der Oberbürgermeister – angesichts von 23.289 gesammelten Unterschriften

Eine Freiburger Gesellschaft

Anne Reyers

Zum Ende des 1. Weltkrieges wurde in Freiburg die Siedlungsgesellschaft gegründet; sie trat die Nachfolge der 1790 von den Freiburger Bürgern und Zünften gegründeten „Bürgerlichen Beurbarungsgesellschaft an. Sie sollte nach dem Krieg günstigen Wohnraum bereitstellen, Mehrheitseignerin war damals die Stadt Freiburg. 1943 hatte sie bereits 1.900 Wohnungen im Bestand, diese prägen bis heute die Stadtteile Beurbarung, Mooswald, Haslach sowie die Elsässer- und die Spittelackerstrasse.

Der Bombenangriff am 27. November 1944 zerstörte fast den gesamten Freiburger Wohnungsbestand. Von ca. 30.000 Wohnungen blieben nur 8.000 unzerstört. Nach dem Krieg wird ein Neubauprogramm gestartet, so dass 1953 die Siedlungsgesellschaft (SG) bereits wieder 3.000 Wohnungen im Bestand hat.

Der Wohnungsmangel, besonders an günstigem Wohnraum für Familien, führt zum Bau von Großsiedlungen in Weingarten und Landwasser. Ein 5-Jahresprogramm für den sozialen Wohnungsbau wird verabschiedet, so dass Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre ca. 6.000 Wohnungen fertiggestellt sind.

1993 entsteht aus der SG, der Freiburger Kommunalbauten GmbH, der Baugesellschaft CoKG und der Gesellschaft für Stadtbau GmbH nun die Freiburger Stadtbau GmbH/FSB, alleinige Anteilseignerin ist die Stadt Freiburg. In der Präambel des Gesellschaftervertrages heißt es unter anderem: „(Es) ist neben wirtschaftlichen Zielen vor allem eine am Gemeinwohl und den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientierte Gesellschaft.“

Der soziale Wohnungsbau jedoch erfährt 1990/91 einen tiefen Einschnitt: das Wohngemeinnützigkeitsgesetz fällt weg, der Staat engagiert sich kaum mehr im sozialen Wohnungsbau. Und vor allem: die Stadtbau soll nun wie jedes andere wirtschaftliche Unternehmen funktionieren. Was jedoch, angesichts des sozialen Auftrags, nicht einfach ist.

Die Stadtbau in Zahlen

Im Bestand der FSB sind zur Zeit 7.900 Wohnungen, davon sind 2.300 öffentlich gefördert, 5.300 sind frei finanziert bzw. nach dem Ablauf der öffentlichen Förderung aus der Sozialbindung gefallen. Zu der Verwaltung des eigenen Bestandes bietet die FSB weitere Dienstleistungen an z.B. in den Bereichen Wohnungsverwaltung, kauft, bebaut und verkauft Grundstücke und Neubauten an private Eigentümer.

Ca. 15 bis 20 Mio. Euro investiert die Stadtbau jährlich in eigene Objekte und Projekte. Dies ist für das Freiburger Baugewerbe und Handwerksbetriebe ein nicht zu unterschätzender Faktor. Die Anzahl der Beschäftigten ging von zeitweilig über 300 auf 214 (1999) zurück, zur Zeit sind es noch 156. Es gab sogar eine zeitlang vier Geschäftsführer. Ende 2006 (nach dem Bürgerentscheid) schied einer von zwei Geschäftsführern im ‚gegenseitigen Einvernehmen‘ aus, so dass Herr Klausmann nun alleiniger Geschäftsführer ist.

Soziale Aufgaben

Ein kommunales Wohnungsunternehmen ist keine Immobiliengesellschaft, obwohl die FSB von manchen als eine solche angesehen wird, was sich zeigte, als die Stadtspitze die Stadtbau und deren gesamten Wohnungsbestand 2006 verkaufen wollte.

Vorrangig ist die Aufgabe der FSB preiswerten Wohnraum bereitzustellen; dazu gehört besonders die Wohnungsverorgung einkommensschwacher Bevölkerungsteile, alleinerziehender Eltern, Arbeitsloser, Obdachloser und Jugendlicher. Unter dieser Prämisse sind auch Energiesparmaßnahmen, die Förderung des Umweltschutzes und die Verwendung gesundheitsverträglicher Baumaterialien zu sehen. Vor seinen Verkaufsplänen sah dies auch Dr. Salomon so: „Bereitstellung, Erhalt und Schaffung von preisgünstigem und angemessenem Mietwohnraum ist deshalb eine Schwerpunktaufgabe der Freiburger Stadtbau GmbH.“ (Geschäftsbericht 2004, Stadtbau GmbH)

Das Jahr 2006

Im Herbst 2005 verkaufte die FSB ohne jeglichen Widerspruch 750 Wohnungen an die Gagfah, eine Fortress-Tochter. In diesem Zusammenhang erhielt Christa Donat (die Vorsitzende des Mieterbeirats) einen Brief von OB Salomon, in dem die Absicht, weitere Wohnungen zu veräußern, verneint wird.

Als dieser gleiche OB am 1. April 2006 seine Verkaufspläne bekannt gibt (dies wird an anderer Stelle beschrieben) schlagen in der FSB die Wogen hoch: der Verkauf des Betriebes an einen Meistbietenden? Was bedeutet das für die Arbeitsplätze? Wie sicher sind diese? Stellenabbau in welchen Dimensionen? In der sich gründenden Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ sind die FSB-MitarbeiterInnen aktiv, so aktiv, dass sie Mitte Mai eine Androhung von arbeitsrechtlichen Maßnahmen erhalten, sich innerhalb ihres Betriebes jeglicher Äußerung zu ihrem drohenden Arbeitsplatzverlust zu enthalten. Verboten ist das Tragen von Buttons, Heuschrecken-T-Shirts, Aufklebern – ein Maulkorberlass. Doch das Engagement der FSB-Beschäftigten nimmer eher zu als ab. Einige Fotos in diesem Buch belegen die Kreativität und den Mut der FSB-MitarbeiterInnen.

Versicherungen der Stadt- und Geschäftsspitze, dass bei einem Verkauf eine besondere Arbeitsplatzsicherung bis 2010 im Vertrag eingebaut werden würde, wird nicht geglaubt. Gesetzliche Vorgaben bei Betriebsverkäufen werden den FSBlern als ‚soziale Besonderheiten‘ verkauft.

Im Laufe des Sommers und Herbstes nimmt der Druck auf die Beschäftigten zu. Eine „Maulkorb-Demo“ und viele andere öffentliche Aktionen der Belegschaft, die von nun an unter erschwerten Bedingungen stattfinden, hat zur Folge, dass Verhandlungen zwischen Stadtspitze und Betriebsrat auf-



Demonstration der Angestellten der Stadtbau Freiburg am 10. Oktober 2007



Der „rote Teppich“ mit den Namen der Beschäftigten vor dem Rathaus

genommen werden. Ein paar Tage vor dem Bürgerentscheid ist in der Badischen Zeitung zu lesen, dass eine Vereinbarung zwischen der Stadt Freiburg als Arbeitgeber und der FSB mit weitreichenden Arbeitsplatzgarantien zustande kam.

Die Rolle, die die BZ – die einzige Tageszeitung am Ort – und deren lokaler Chefredakteur Uwe Mauch während der ganzen Zeit spielen, gipfelt in einer erfolgreichen Beschwerde des Betriebsrates beim Deutschen Presserat. Was natürlich die Position des Betriebsrates nicht einfacher macht.

Mannigfaltige Aktivitäten und der Einsatz der vielen FSBlerInnen stellten einen bedeutenden Teil des Erfolges der Bürgerinitiative dar; sie waren ein wichtiger Kern des Widerstandes gegen die Verkaufspläne. Auf den folgenden Seiten sollten sie selbst zu Wort kommen. Viele hätten sich gern geäußert und über ihre Erfahrungen berichtet. Doch der innerbetriebliche Druck und die Angst um den eigenen Arbeitsplatz erlaubten nur...

Von Leintüchern und Haustürgesprächen

Konstanze Trandin

„Heuschrecken“ als Symbol für den Ausverkauf der Freiburger Stadtbau – das gefiel mir sofort. Wir in Weingarten haben auch gleich begonnen, Leintücher zu sammeln. Das Heuschrecken-Logo wurde entworfen und wir haben es auf Leintücher gesprüht. Anfangs hatten wir die fertigen Tücher noch verschenkt, damit rasch viele Hochhäuser und andere Hauswände damit verziert werden. Aber wir haben schnell gemerkt, dass wir nicht genug hatten und die Farbe sehr viel Geld kostete. Also haben wir pro Leintuch zwei Euro verlangt. Trotzdem sind sehr viele Menschen gekommen, um diese Tücher zu kaufen. Viele Leute haben auch Tischdecken und Leinentücher oder andere brauchbare Stoffe gespendet. Es war eine Heidenarbeit. In jeder freien Minute haben wir vor dem Spielturm in der Krozinger Straße oder in einer der Tiefgaragen gesessen und Tücher bemalt – je nachdem, was das Wetter zugelassen hat.

Haustürgespräche

Eine weitere große Aktion war es, durch die Häuser in der Krozinger Straße zu gehen, um Unterschriften für das Bürgerbegehren zu sammeln. Nur ganz wenige Leute haben uns die Tür vor der Nase zugemacht. Viele haben uns in ihre Wohnung eingeladen und um Aufklärung gebeten. Hauptsächlich haben wir sehr freundliche Menschen erlebt. Manchmal war es allerdings auch frustrierend, weil manche

Leute gar nichts vom geplanten Verkauf der Wohnungen gewusst haben. Sie hatten weder Nachrichten noch Radio gehört und auch nicht die Zeitung gelesen. Dabei stand es in allen Freiburger Zeitungen. Aber komischerweise haben einige Leute noch von überhaupt nichts gewusst. Sie haben dann aber gerne für das Bürgerbegehren unterschrieben. Das Bürgerbegehren war dann ja auch erfolgreich.

Und vor dem Bürgerentscheid ging es dann wieder los! Da sind wir also erneut durch die Häuser gegangen und haben Flugblätter verteilt, um die Leute zum Wählen gehen aufzufordern. Wir haben oft Einladungen zum Kaffee oder Essen bekommen. „Komm, bleiben Sie doch zum Essen“ oder: „Ich find das toll, dass Sie das machen.“ Wir haben die tollsten Erlebnisse gehabt. Da haben Leute splitterfasernackt die Tür aufgemacht. So wie sie waren, haben sie mit uns diskutiert, ohne Scheu. Es waren sogar ältere Leute dabei. Wir haben am Anfang gar nicht gewusst, wie wir darauf reagieren sollen. „Oh Entschuldigung, wir kommen gleich noch mal.“ – „Bleiben Sie doch da, ich zieh mir schnell den Bademantel an.“ So war das. Bei vielen Leuten waren wir auch zum Kaffeetrinken eingeladen. Oder sie sagten: „Kommen Sie doch rein“ und haben die Schokolade raus gekramt.



Das „Holbeinpfard“ erfuhr eine aktualisierte Umwandlung



Leintücher werden zu Heuschreckenfahrten

Wir waren auch bei einer älteren Dame, die zu weinen angefangen hat. Die mussten wir erst einmal trösten. Sie hat gemeint, dass sie nicht weiß, wo sie hin soll, wenn die ganzen Wohnungen verkauft werden. Sie hat seit über dreißig Jahren in ihrer Wohnung gewohnt und nicht verstanden, dass jetzt alles verkauft werden soll. Die Dame meinte, dass sie die Miete nach einem Verkauf nicht mehr bezahlen kann, dass sie aber auf keinen Fall in ein Altersheim möchte. Wir haben sie getröstet und ihr gesagt, dass wir es schaffen können den Verkauf zu verhindern, wenn sie wählen geht. Dass wir es dann gemeinsam schaffen können. Wir mussten sie richtig in den Arm nehmen und trösten. Das war schon traurig.

Stress – aber interessant

Die Wochen waren enorm stressig, aber auch sehr interessant. Wir sind mit Leuten ins Gespräch gekommen, mit denen wir vorher noch nie geredet hatten. Traurig war allerdings auch, dass viele ausländische Nachbarn, die in den Stadtbauwohnungen wohnen, nicht wahlberechtigt waren. Aber auch die haben wir beim Bürgerbegehren unterschreiben lassen, damit sie nicht das Gefühl haben, sie werden ausgeschlossen. Das war schon sehr schade, dass die beim Bürgerentscheid nicht abstimmen durften. Man kann vielleicht noch einsehen, dass sie auf höheren politischen Ebenen nicht wählen dürfen. Aber gerade wenn es um kommunale Angelegenheiten geht, um ihr direktes Wohnumfeld, dann müssten die ausländischen Mitbürger eigentlich wahlberechtigt sein. Denn schließlich zahlen sie auch ihre Miete.

Wir waren auch bei vielen Leuten, von denen wir wussten, dass sie nie wählen gehen. Aber auch die haben zu uns gesagt: „Ja, da sind wir gleich dabei.“ Ich denke mir, das ist ein Zeichen. Wenn die Politiker heute so arbeiten würden, dass die kleinen Leute selber mitreden können, wenn es um ihre Angelegenheiten geht, dann würden auch viel mehr wählen gehen. Aber es wird zuviel über ihre Köpfe hinweg entschieden.

Aufgezeichnet von Sebastian Klus



99 Luftballons und noch viele mehr auf dem Rathausplatz

Steh auf, wenn Du was ändern willst!

Arno Bank

Als die Stadt Dresden im März 2006 ihren gesamten Wohnungsbestand verkaufte, war für mich sicher, dass irgendwann auch Freiburg an die Reihe kommen würde. Bereits am 1. April war es dann soweit. Die Pläne des Oberbürgermeisters, alle kommunalen Wohnungen zu verkaufen, wurden öffentlich. Ich hab mich dann gleich innerlich darauf eingestellt, mich für den Erhalt der Wohnungen zu engagieren. Als ich hörte, dass sich bereits eine Gruppe von Leuten zusammengefunden hat, um eine Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ zu gründen, habe ich mich sofort bereit erklärt, dort mitzuarbeiten. Für mich war klar, dass man so nicht mit den Freiburger Bürgerinnen und Bürgern umgehen kann: Einen Verkauf in die Wege leiten, ohne die Menschen zu befragen. Was dann allerdings alles im Rahmen der Bürgerinitiative auf uns zukam, damit konnte zu diesem Zeitpunkt niemand rechnen.

Aber schon am Anfang hatte ich mich darauf eingerichtet, dass neue Herausforderungen, völlig neue Dinge auf mich zukommen würden und hab mich dem auch gestellt. Es war eine enorm spannende und interessante Zeit. Und ich war nicht einen Moment skeptisch, dass wir es nicht schaffen könnten, den Verkauf der Wohnungen zu verhindern. Wer kämpft, kann gewinnen. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Als dann Herr Salomon und Herr Neideck auf einer Bürgerversammlung im Stadtteil Weingarten waren und sich der erbosten Bürgerschaft stellten, haben wir die ersten Erfahrungen damit gemacht, unsere Meinung mit Gesang auszudrücken. Die Menschen dort waren bereit, offen und ehrlich und auch mit Emotionen zu sagen: „So geht’s nicht!“ Sie haben Angst gehabt und waren zum Teil auch verzweifelt. Sie hatten kein Vertrauen mehr in die Politiker. Besonders nach der Aussage Salomons, dass es keine Alternativen zu einem Verkauf gäbe – für die Bürgerinnen und Bürger gab es immer Alternativen!

Und als bei der Versammlung in Weingarten das Lied „Steh auf, wenn Du was ändern willst“ dann von allen mitgesungen wurde, war es immer überzeugender für mich: Das schaffen wir! Da führt kein Weg dran vorbei. Wir erreichen unser Ziel, den Bürgerentscheid zu gewinnen! Es zeigte sich: Gesang verbindet. Es hat sich dann schnell eine Gesangsgruppe gegründet, die immer wieder Texte um- und neugeschrieben hat, weil die Texte immer wieder mit den neusten Informationen auf den aktuellen Stand gebracht werden mussten. Wir mussten ziemlich viele Gesangsübungen und Proben machen, weil wir alle Gesangslaien waren. Aber es war eine ganz tolle Truppe, die sich bereit erklärt hat, das was stattgefunden hat, über Gesang zu vermitteln. Wir sind dann bei zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen aufgetreten.

Die ganzen Aktionen, die stattgefunden haben, waren gar nicht so leicht zu koordinieren. Sind die neuesten Liedtexte da? Sind die neuesten Infos da? Haben wir die aktuellen Flugblätter und Unterschriftenlisten dabei? Haben wir alles Material, was wir an den Ständen brauchen? Und wer betreut überhaupt den Stand? Das waren so Fragen und Aufgaben, die immer wieder koordiniert werden mussten: wer macht wann wo was? Alles was im Wahlkampf gemacht wurde, musste bewusst angegangen werden, musste geplant werden. Vor allem galt es, immer einen Schritt voraus zu sein, mit den neuesten Informationen, Materialien und Aktionen.

Die Heuschrecken-Luftballons

Ein besondere Herausforderung für mich persönlich war es, den Einsatz der „Heuschrecken-Luftballons“ zu organisieren. Ich hatte mich um Layout, Druck und Herstellung der Ballons gekümmert. Schnell wurde allerdings deutlich, dass enorme finanzielle Mittel nötig sein würden, um 7000 oder 8000 Ballons mit Gas zu füllen. Zunächst wurde daher in der Lenkungsgruppe der Bürgerinitiative beschlossen, die Ballons nur mit Luft zu füllen. Mir war aber gleich klar, dass man so große Ballons nicht nur mit Luft füllen kann. Wir mussten als Bürgerinitiative nach oben, wir mussten uns sichtbar zeigen! Mit Gas gefüllte Ballons steigen auf und die Bürgerinitiative war im Aufsteigen. Wir mussten auch über die Ballons klar zeigen, wo wir hinwollen! Letztlich ist es mir dann gelungen, über verschiedene Sponsoren doch Gas zu organisieren. Die Ballons waren dann bei den verschiedensten Anlässen und Aktionen im Einsatz und kamen enorm gut an!

Das wesentliche Erfolgsrezept bei der Arbeit der Bürgerinitiative war für mich, dass es gelungen ist, so viele Menschen aktiv mit einzubeziehen. Dies zeigte sich zum Beispiel bei den Plakatieraktionen. Es war so, dass ein Teil von professionellen Plakatieren geleistet werden sollte. Deren Arbeit wurde aber recht schnell von vielen kritisch gesehen. Und dann haben die Bürger die Sache einfach selbst in die Hand genommen, haben Plakate aufgezogen, plakatiert, organisiert. Dabei war es gar nicht so einfach, genug Grundplatten für die Plakate zu kriegen. Kleistereimer, Kabelbinder, Zangen und alles was man dazu braucht, um mehrere Plakatiertrupps auszustatten, mussten beschafft werden. Der Einsatz der einzelnen Trupps musste auch gut koordiniert werden, um alle wichtigen Straßen und Stadtviertel ausreichend zu bestücken.

Für mich hat sich gezeigt, dass es letztlich nichts nützt, wenn wir auf der rein theoretischen Ebene alles erörtern und besprechen, was man tun könnte, es dann aber niemand tut. Und das ist das Wesentliche gewesen, dass viele Freiburger Bürgerinnen und Bürger bereit waren, sich aktiv zu engagieren. Das war entscheidend für unseren Erfolg beim Bürgerentscheid am 12. November 2006.

Aufgezeichnet von Sebastian Klus

Steh auf, wenn Du was ändern willst

Die Melodie ist „Go West“ von den Pet Shop Boys.

Refrain 2x:

Steh auf - wenn du was ändern willst
Steh auf - weil du ne Zukunft willst
Steh auf - wir gehen gemeinsam ran
Steh auf - pack auch du mit an

1)

Auf - wir alle haben's satt
Auf - die Politik der Stadt
Auf - so soll's nicht länger sein
für unsere Interessen steh'n wir ein
Refrain 1x

2)

Zahlba--ren Wohnraum brauchen wir
Wir - gehen nach vorn dafür
Die Investoren kennen nur Profit
Jung und Alt – kämpft alle mit.
Refrain 1x

3)

Auf - egal aus welchem Land
Auf - wir kämpfen Hand in Hand
Auf - jetzt müssen alle ran
Auf - Kinder, Frauen und Mann.
Refrain 2x



Dicke Luft in Weingarten

Günter Ziegler

Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Im Frühsommer wurden Oberbürgermeister Dieter Salomon und Finanzbürgermeister Otto Neideck zu einer Bürgerversammlung in der Erwachsenenbegegnungsstätte (EBW) im Stadtteil Weingarten erwartet. Das Interesse war enorm groß. So etwas hatte ich vorher noch nie erlebt. Es war ein gewaltiger Andrang – man hatte das Gefühl, dass sämtliche Menschen in Weingarten auf den Beinen waren. Nicht alle Menschen, die in den Saal hinein wollten, konnten eingelassen werden. Es wurden Lautsprecher auf dem Vorplatz aufgestellt, um die Diskussion nach draußen übertragen zu können. Ich schätze es waren insgesamt 500 oder vielleicht sogar 700 Leute, die da waren.

Eine neue Form der Stadtteilagitation hatte also Wirkung erzielt: Zwei Mieter waren den ganzen Tag mit einem Handkarren im Quartier unterwegs. Darauf war eine Lautsprecheranlage montiert. „Spiel mir das Lied vom Tod“ hallte durch die Hochhausschluchten... Übers Mikrofon wurden die BewohnerInnen aufgefordert, zur Versammlung zu kommen. Das zeigte Wirkung!

Im Saal konnte man die Spannung in der Luft spüren. Die Stimmung war angeheizt mit Emotionen. Niemand ist ruhig auf seinem Stuhl sitzen geblieben. Es war richtig dicke Luft. Das war auch nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, welche Ängste die Menschen angesichts des drohenden Wohnungsverkaufs hatten. Manche Mitbewohner lebten schon 40 Jahre und mehr in ihren Wohnungen und waren zum Teil im Stadtteil aufgewachsen – und nun mussten sie Angst haben, dass ihre Wohnung verkauft wird, die Miete steigt und vielleicht in Zukunft nicht mehr bezahlbar ist. Die Menschen haben sich Sorgen gemacht, was ihnen die Zukunft nach einem möglichen Verkauf bringt.

Und dann sagt ihnen der Oberbürgermeister Salomon – und das werde ich nie vergessen – auf der Versammlung: „Wir haben die letzten 40 Jahre über unsere Verhältnisse gelebt.“ Man muss es sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Über unsere Verhältnisse gelebt. Nicht nur ich habe mich da gefragt: Wer hat über seine Verhältnisse gelebt? Wer entscheidet das? Das waren politische Entscheidungen, die getroffen worden sind. Aber jeder Politiker hat nur an seine eigene Amtsperiode gedacht. Und was ist am Ende dabei rausgekommen? Die verantwortlichen Politiker waren irgendwann nicht mehr da, aber hatten sich ihr Denkmal gesetzt.

Es passte einfach nicht zusammen, wie der Oberbürgermeister den kleinen Bürgerinnen und Bürgern erzählen wollte, dass alle sparen müssten und gleichzeitig hörte man, welche Prestigeprojekte noch geplant sind. Da fehlte dann auch einfach das Verhältnis zur Realität, in der die Menschen leben. Die Relationen gingen völlig verloren. Wenn wir beispielsweise eine Mitbewohnerin mit einer Rente

von 700 oder 800 Euro haben, die dann eine Mieterhöhung von 70 oder 80 Euro bekommt. Oder wenn ein Familienvater eine vierköpfige Familie zu ernähren hat, 40 Stunden in der Woche arbeiten geht und trotzdem noch zusätzlich Arbeitslosengeld II beantragen muss – das passt dann einfach nicht mehr zusammen.

Und dann drohen diesen Menschen bei einem Verkauf auch noch drastische Mieterhöhungen. Aber dafür hatten die Herren Salomon und Neideck in der EBW gar keinen Sinn. Da wurde mit einer Arroganz und Weltfremdheit gesprochen. Und das haben die Menschen im Raum gleich gemerkt. Es wurde dann auch noch versucht, die Kultur, die Vereine und das Theater gegen die Mieterinnen und Mieter auszuspielen. Mit dem Argument: wenn wir jetzt nicht verkaufen, dann können wir die Vereine nicht mehr unterstützen und müssen kulturelle Einrichtungen schließen.

Darauf sind die Menschen aber nicht hereingefallen. Die Versammlung ging über drei Stunden. Es wurden viele Fragen gestellt und intensiv und emotional diskutiert. Danach war mir klar, dass die Leute sich nicht einfach mit irgendwelchen Erklärungen zufrieden geben, die ihnen vorgesetzt werden. Sie haben ihren eigenen Kopf, den sie gebrauchen können und sie haben ein feines Gespür dafür, was die Menschen für Bedürfnisse haben und wo Grenzen überschritten werden – wie es Salomon und Neideck mit ihren Verkaufsplänen getan hatten.

Aufgezeichnet von Sebastian Klus

Für die Zukunft unserer Kinder!

Sebastian Klus

„Für die Zukunft unserer Kinder – JA am 12. November!“ – Das Transparent der Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ (WiM) war im weiten Rund des Freiburger Seepark-Stadions nicht zu übersehen. Am 22. und 23. Juli 2006 fand dort der 24-Stunden-Lauf für Kinderrechte mit über 600 TeilnehmerInnen statt. Die Bürgerinitiative war mit einer bunten, Generationen übergreifenden Truppe an den Start gegangen. Der Lauf diente einem guten Zweck: lokale Projekte der Arbeit mit Kindern sollten durch Spenden und Sponsoren gefördert werden. Für WiM bot sich allerdings auch die Gelegenheit auf einen Umstand aufmerksam zu machen, der in der Diskussion leider allzu häufig unterging: Die Frage nach einer Privatisierung der öffentlichen Wohnungsbestände berührt auch die Zukunft der Kinder in der Stadt. Diese haben das Recht auf eine freie, gesunde und ungehinderte Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Es liegt auf der Hand, dass die Qualität der Wohnung und des Wohnumfeldes entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung eines Kindes haben. Durch ihren eigenen Wohnungsbestand hat die Kommune ein Instrument, um gezielt Einfluss nehmen und entwicklungsfördernde Wohn- und

Wohnumfeldbedingungen für das Aufwachsen von Kindern schaffen zu können. Hierbei sollte freilich nicht vergessen werden, die betroffenen Kinder einzubeziehen und angemessen zu beteiligen – ein Umstand der für WiM selbstverständlich war und ist. So auch beim 24-Stunden-Lauf: im Team der Bürgerinitiative waren zahlreiche Kinder aller Altersstufen unterwegs.



WiM-TeilnehmerInnen am 24-Stunden-Lauf

Wohnungsverkauf: Begegnung zweier Welten - der Zahlen und der Gefühle

Gerhard M. Kirk

Zur Klärung sollte die Podiumsdiskussion der Badischen Zeitung zum geplanten Verkauf städtischer Wohnungen am Dienstagabend in der Universität beitragen. Und manches klärte sich tatsächlich. Zum Beispiel: Befürworter und Gegner des Verkaufs sind erschreckend weit voneinander entfernt, sich zu verständigen.

Moderiert von BZ-Chefredakteur Thomas Hauser und vom Leiter der Stadtreaktion Uwe Mauch prallen immer wieder zwei Welten aufeinander – die Welt der Zahlen und die Welt der Gefühle. Die Welt der Zahlen, die Oberbürgermeister Dieter Salomon und Finanzbürgermeister Otto Neideck vorrechnen: Haushaltsdefizite in Höhe von 14 Millionen Euro (2005), 7,5 Millionen Euro (2006) und vermuteten 35 Millionen Euro (2007); so sind jährlich 26 Millionen Euro für Zins und Tilgung aufzubringen. Allein der Verkauf der 9000 Wohnungen samt der Stadtbau werde die daher drohende Handlungsunfähigkeit der Stadt Freiburg verhindern können.

Dem setzen der Publizist Werner Rügemer und Professor Günter Rausch von der Bürgerinitiative "Wohnen ist Menschenrecht" die Welt der Gefühle entgegen: Mieterinnen und Mieter, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtbau haben Angst, ihre Wohnungen nicht mehr bezahlen zu können, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Und weil Investoren nicht der Stadt Freiburg, sondern sich selbst helfen wollten, sei mit beidem auch zu rechnen. Und die Schulden der Stadt stiegen nach einem Verkauf, wie Beispiele in anderen Städten zeigten, trotzdem. Deshalb: "Es gibt kein vernünftiges Argument für den Verkauf – Bürger, schützt eure Anlagen!" (Rügemer). So sehr der Sozialwissenschaftler Baldo Blinkert "die berechtigten Sorgen der Mieter" versteht, so eindringlich schlägt er vor, die Entscheidung nicht "von reinen Emotionen" abhängig zu machen. Zur Versachlichung der Diskussion sagt er voraus, ein Verkauf der Wohnungen werde sich vermutlich nicht auf einkommensschwache Haushalte auswirken. Und empfiehlt, zunächst einmal zu klären, unter welchen Bedingungen die Wohnungen überhaupt verkauft werden sollen und eine Sozialcharta so verbindlich zu formulieren, dass unerträgliche Mieterhöhungen und Luxussanierungen in den Wohnungen ausgeschlossen sind.

Da wäre die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) genau die richtige Käuferin verspricht deren künftiger Vorstandsvorsitzender Hans Strudel. Er nutzt die Veranstaltung zu einem "Bewerbungsgespräch", rühmt die LEG als "verlässlichen Partner", der sich selbstverständlich an Abmachungen und Mietspiegel halte – "die LEG ist kein Halsabschneider". Auf jeden Fall sei sie "hochinteressiert, die städtischen Wohnungen zu erwerben, weil es zu unserer langfristigen Geschäftsstrategie passen wür-

de". Allerdings: "Es gibt noch kein Angebot." Gleichwohl warnt Günter Rausch: "Wir Freiburger wären dumm, uns von dem Heuschrecke LEG kaufen zu lassen." Er fordert stattdessen, die Entscheidung über den Verkauf von der Tagesordnung des Gemeinderats am 4. Juli abzusetzen und "eine breite Diskussion mit den Bürgern wie beim Flächennutzungsplan in Gang zu setzen". Je später der Abend, um so ungeduldiger wird derweil der OB. "Da verreit´s einen schier: Ich nehme die Ängste der Mieter ernst - Sie aber verunsichern die Leute!" Und so gibt schließlich am Ende auch noch Dieter Salomon einen Einblick in seine Gefühlswelt: "Unsere Vorgängergeneration hat auf unsere Kosten Schulden gemacht, so dass wir die Aufgaben, die wir bewältigen müssen, nicht mehr bewältigen können."

(aus: Badische Zeitung, 22. Juni 2006)

PRO & CONTRA

Pro: Die Freiburger Finanznot bedroht die innerstädtische Balance. Ein Verkauf der städtischen Wohnungen birgt Risiken. Es nicht zu tun, wäre aber gefährlicher.

Städtische Wohnungen verkaufen, um die Folgen einer gescheiterten Haushaltspolitik zu beseitigen? Niemals, lautet die spontane Antwort. Doch die Freiburger Finanznot ist inzwischen zu groß für Reflexe. Statt dessen ist Reflexion gefragt. Die monatelange Diskussion hat gezeigt, dass ein Verkauf der Stadtbau GmbH und ihrer Wohnungen kein guter Weg ist – nach Lage der Dinge gibt es aber keinen besseren.

Es klingt staubtrocken, technokratisch, so als habe das nichts mit dem wirklichen Leben zu tun: die Gemeinigungsfähigkeit des Haushalts.

Die Stadt Freiburg ist davon so weit entfernt wie Jan Ulrich vom zweiten Tour-Sieg. Geht es nicht, den Haushalt auszugleichen, gerät die innerstädtische Balance in Gefahr. Alles, was das Gesetz als „freiwillige Leistung“ einstuft, ist bedroht. Vieles davon ist durchaus dringlich und alltäglich, von der Beratungsstelle über die Frauenbeauftragten bis hin zum Theater. Die großen Wohlfahrtsverbände, die sich um die sozial benachteiligten Menschen in dieser Stadt kümmern, halten sich in der Debatte auffällig zurück. Sie wissen ganz genau, dass der marode städtische Haushalt wie ein Damoklesschwert über ihren Einrichtungen hängt – das ist eine sehr konkrete Gefahr für den sozialen Frieden in der Stadt.

Die Strategie seines Vorgängers Rolf Böhm (SPD) kommt für Oberbürgermeister Dieter Salomon (Ordnung) nicht in Frage: Von Jahr zu Jahr die Lücken zu schließen, funktioniert nicht mehr, weil Rücklagen aufgebraucht und alle großen Grundstücke verkauft sind. Und das Regierungspräsidium hat klar gemacht, dass jede Einnahme dem Abbau der Schulden in Höhe von 340 Millionen Euro zu dienen hat.

Nun gibt es nie nur eine Möglichkeit. Es gilt abzuwägen und abzuschätzen. Die Gegner eines Woh-



**Uwe Mauch, Redakteur
BZ-Stadtredaktion**

nungsverkaufs wollen Zeit gewinnen und dafür die Politik der Vergangenheit fortführen: Tafelberg veräußern, um Löcher zu stopfen. Ob mit Badenova-Anteilen oder Wald, es sind kleine Häutchen, die da ins Haushaltsloch geworfen würden. Unumgänglich bleiben brutale Kürzungen im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich sowie ein kräftiger Stellenabbau in der Stadtverwaltung. Denkbar, dass der nächste Haushalt noch zu stemmen wäre – und dann? Es wäre etwas Zeit gewonnen, in der vielleicht

jemand eine Eingebung bekommt, auf die alle seit Monaten vergebens hoffen. Es wäre Zeit verloren, weil die Zinsuhr unerträglich tickt – 26 Millionen Euro im Jahr für die Banken.

Genau da will Oberbürgermeister Salomon ansetzen: mit dem Verkauf der städtischen Wohnungen die Schulden tilgen und die Zinsuhr stoppen. Grundsätzlich sei gegen einen Verkauf der Wohnungen nichts einzuwenden, schrieb eine Sozialtheklerin in der BZ. Auch ein Nichtverkauf könne das Gemeinwohl gefährden. Eine Sozialchar-

ta zum weit reichenden Schutz der Mieter sei zwar schwierig, aber möglich, sagte ein Mieteranwalt im BZ-Interview. Bisher habe die Privatisierung städtischer Wohnungen weder zu steigenden Mieten noch zu einer Verdrängung sozial schwacher Bewohner geführt, so eine bundesweite Studie des Darmstädter „Instituts für Wohnen und Umwelt“.

Es geht also vor allem um das „Wie“ eines Wohnungsverkaufs. Salomon versichert, nicht den höchsten Erlös, sondern den bestmöglichen Mieterschutz zu einem guten Preis anzustreben. Darauf muss ihn der Gemeinderat festlegen. Warum sollte nicht der Mieterverein die Sozialcharaktere bis aufs Komma prüfen? Gleichwohl birgt ein Verkauf der Wohnungen Risiken. Es nicht zu tun, wäre gefährlicher.

Contra: Wer den städtischen Haushalt sanieren will, indem er Wohnungen verkauft, verschleudert Traditionswerte. Was jetzt notwendig ist, ist Zeit, um sich Alternativen zu überlegen.

Es ist gut, dass endlich ernsthaft darüber geredet wird, wie der Schuldenberg der Stadt Freiburg abgetragen werden kann. Es ist auch nicht verwertlich, wenn man darüber nachdenkt, ob dafür städtische und Stadtbau-Wohnungen verkauft werden müssen. Es wäre aber falsch, dies zu tun.

Es gibt gute Gründe, zu dieser Einsicht zu kommen. Die 8900 Wohnungen, um die es geht, sind kommunales Eigentum. Sie sind von Generationen von Freiburgern über Steuern finanziert, über Mieten verzinst und abbezahlt worden.

Nun sollen diese Traditionswerte zu einem „guten Preis“, aber unter Wert verkauft werden, um schnelles Geld zu machen. Auch, weil die Gegner des Wohnungsverkaufs – die nur ein gutes Vierteljahr Zeit hatten, sich in die komplizierte Materie einzuarbeiten – noch kein griffiges Konzept zur Sanierung der städtischen Finanzen präsentieren konnten. Und beschließen will den Verkauf ein Gemeinderat, der seit 20 Jahren lieber Schulden macht, als sich einen Wunsch – sei es ein Renommierprojekt wie das Konzerthaus oder ein soziales Projekt wie ein Mütterzentrum – zu verkreieren. Klingt das vernünftig? Nein.

Was bleibt, sind schwere Bedenken. Eine Sozialcharta soll den Mietern die Angst vor dem Verkauf nehmen. Gleichzeitig wird sie den Kaufpreis für die Wohnungen drücken, denn auch Investoren können rechnen – wenn sie nicht auf ihre Rendite kommen, kaufen sie nicht. Wird die Stadt dann trotz aller Absichtserklärungen Abschnitte an der Sozialcharta machen, weil sie keine andere Option als den Verkauf hat? Und: Falls die Wohnungen wirklich verkauft würden – wer garantiert, dass nicht neue Schulden gemacht werden? Die Verwaltung, die vom Votum des Gemeinderats abhängig ist? Der Gemeinderat,

dessen Vertreter gewählt wurden, um Wünsche aus der Bevölkerung umzusetzen? Man muss nicht heilsförmlich begabt sein um vorherzusagen: Nach einer angemessenen Schamfrist wird es, vielleicht mit einem neu gewählten Gemeinderat, bei weitgehend entschuldetem Haushalt so weitergehen wie vorher – und irgendwann wird die Stadt auf einem neuen Schuldenberg sitzen. Zumal die Politik bisher kein ausreichendes Konzept vorweisen kann, wie sie das grundsätzliche Problem – weniger Einnahmen, mehr Ausgaben – angehen könnte.

Aber das kommunale Eigentum ist dann unwiederbringlich verloren.

Nein, was jetzt am dringendsten benötigt wird, ist Zeit. Zeit, um gründlich zu überlegen, welche Alternativen zum Wohnungsverkauf es gibt. Zeit, um festzuklopfen, was sich die Stadt in Zukunft leisten kann und will und wie sie wirklich nachhaltig wirtschaften kann. Zeit, um zu überlegen, wie man das Geschäft mit den Wohnungen – und es ist ein Geschäft, sonst gäbe es keine Kauderwaschen – selbst machen und managen könnte. Ist das Ideologie? Nein. Gesunder Menschenverstand.

Wohnungsverkaufe an die Mieter. Umwandlung der Stadtbau in eine Wohnungsgenossenschaft. Eine Beteiligung Dritter an der Stadtbau. Einige bedenkenwerte Vorschläge sind schon da. Die Stadt hat sie prüfen lassen und beurteilt sie als nicht tauglich. Doch, pardon, mit Expertenwissen ist das so eine Sache. Aus in Wylt ein Atomkraftwerk gebaut werden sollte, schworen Experten Stein und Bein: Ohne Atomstrom gehen die Lichter aus. Die Bürger haben das nicht alle geglaubt. Heute ist Atomstrom eine technologische Sackgasse und die Region um Freiburg ein Zentrum für regenerative Energien. Es geht eben auch anders.



Simone Lutz, stellvertretende Redaktionsleiterin

Leserbriefe an die Badische Zeitung – eine Auswahl

Nicht nur auf Straßen und Plätzen, in den Betrieben und auf Versammlungen wurde der geplante Verkauf der Freiburger Stadtbau intensiv diskutiert. Auch auf den Leserbriefseiten der lokalen Badischen Zeitung (BZ) war der Wohnungsverkauf von April bis November 2006 das beherrschende Thema. An dieser Stelle möchten wir eine kleine Auswahl von Lesermeinungen, die seinerzeit veröffentlicht wurden, in Auszügen dokumentieren.

„Es geht immer zu Lasten der Mieter“

„ (...) So ein Vorgehen, wie es ja in Dresden schon geschehen ist, ist für Freiburg nicht einmal ansatzweise überlegenswert. Die Situation der Stadt Dresden ist doch eine völlig andere als unsere: während es in Dresden unzählige Lehrstände von Wohnungen gibt, herrscht in Freiburg grundsätzlich Wohnraumangel. Wo bleiben denn sozial Schwächere, wenn erst mal alle Sozialwohnungen verkauft oder Wohnungen durch Luxussanierungen verteuert wurden? Wie sonst wollen Unternehmen wie Fortress hohe Renditen erzielen, wenn nicht über Mieterhöhungen, also zu Lasten der Mieter? (...)“

Konstanze Trandin, 21.3.2006

„Befreiungsschläge sind schlechtes Spiel“

„Der Verkauf der städtischen Wohnungen wird als Befreiungsschlag bezeichnet. Damit soll die Kommunalpolitik wieder Gestaltungsspielraum bekommen. Auch im Fußball kennt man Befreiungsschläge. Die sind jedoch keine Qualitätsmerkmale, sondern zeugen eher vom schlechten Spiel einer Mannschaft. Gestaltung wird erst wieder durch einen behutsamen Spielaufbau ermöglicht. (...)“

Walter Oberkirch, 10.5.2006

„Mittelstandspartei mit grünem Mäntelchen“

„ (...) Von einer zukunftsorientierten Partei entwickelt sie sich in den letzten Jahren zu einer Mittelstandspartei mit grünem Mäntelchen für alle diejenigen, die sowieso schon alles haben und dazu noch eine saubere Umwelt und hohes kulturelles Niveau wollen. Wie kann man sich sonst erklären, dass man ein jahrzehntelang von Steuergeldern aufgebautes Kulturgut wie bezahlbaren Wohnraum an internationale Investoren verramscht? Aber vielleicht ist es auch nur ein spezifisches Problem der Freiburger Grünen. (...)“

Cornelia Frankenstein, 10.5.2006

„Der leere Topf hat ein Loch“

„ (...) Für eine Stadtverwaltung, die sich dem Wohle der BürgerInnen verpflichtet weiß, wäre es ziemlich unpopulär, solche Geschäfte (die Wohnungen selber zu kaufen) zu machen. Statt ihrer machen das dann die InvestorRiesen, denen wir jetzt – ach, um die Stadt zu retten! – die Zügel in die Hand geben.

Sie wird dadurch nicht gerettet werden, da der leere Topf, der durch den Verkauf von Grund und Werten gefüllt werden soll, ein Loch hat, lieber Dieter. Welche Grundwerte verkaufen wir übermorgen?

Kathrin Pläcking, 19.6.2006



BürgerInnen machen ihrem Unmut Luft

Die „Bürger“versammlungen

Elisabeth Lauck-Ndayi

Angefangen bei der Weingartner Bürgerversammlung zur Abstimmung über den Verkauf der städtischen Wohnungen habe ich fast alle Bürgerversammlungen zusammen mit meiner Freundin besucht. Von Anfang an waren die Versammlungen sehr aufregend, weil sie vom Oberbürgermeister und dem Stadtkämmerer so durchgeführt wurden, wie eben die beiden Demokratie verstehen. Die BewohnerInnen durften sich die finanzielle Lagebeschreibung der Stadt aus der Sicht des OBs anhören, auch wenn sie schon lang und breit in der Presse dargestellt worden war.

Nach einem längeren Vortrag des OBs und des Finanzbürgermeisters kamen in Weingarten endlich mal die BewohnerInnen zu Wort. Diesen fällt es ja nicht immer leicht, ihre Sorgen anschaulich auszudrücken, da sie im Reden nicht so geübt sind. Während der Schilderungen der WeingartnerInnen unterhielten sich Salomon und Neideck (von uns auch bald kurz „Dotto“ genannt – Dieter und Otto) und lachten herzlich über ihre eigenen Scherzchen. Darüber wurden die WeingartnerInnen immer saurer und fingen schließlich an, die weiteren Antworten Salomons und Neidecks laut und wütend zu unterbrechen und zu kommentieren. OB Salomon berichtete zudem, dass OB Ude von München ihm am Telefon geraten habe, in dieser schrecklichen finanziellen Lage Freiburgs die Wohnungen zu verkaufen. Kann es wirklich sein, dass – wie uns zu Ohren kam – der OB von München eher davon gesprochen hat, die Stadtbau unter keinen Umständen zu verkaufen? In München kauft die Stadt nämlich eher Häuser dazu, als dass sie welche verkauft.

Schließlich platzte einem Zuhörer der Kragen und er versuchte den beiden Stadtoberhäuptern aufzuzeigen, wie arrogant sie sich verhielten und dass sie die BewohnerInnen überhaupt nicht ernst nähmen. Auch die Rolle der Presse wurde angegriffen. Der OB wies den Vorwurf der Arroganz weit von sich und war über die scharfe Kritik gar nicht entzückt. Das Lachen war ihm sichtlich vergangen. Stimmt es wirklich, was böse Zungen sich erzählen, dass der OB bei einer anderen Gelegenheit sich bei dem Kritiker mit übelsten Worten aus der untersten Schublade gerächt habe?

Was darf ein Moderator?

Die meisten Bürgerversammlungen verliefen danach ähnlich. Auch bei diesen Versammlungen versuchte die Stadtverwaltung das Heft in der Hand zu halten. Offensichtlich versteht die Stadtverwaltung unter „Demokratie“, dass Oberbürgermeister und Finanzbürgermeister die Regie führen, während das Volk brav zuhören und ein paar Fragen stellen darf. Wir von der Bürgerinitiative verstehen allerdings „Demokratie“ im ursprünglichen Sinne „als Herrschaft des Volkes“, das heißt in der Bürgerversamm-

lung bringt die Bevölkerung ihre Vorstellungen und Wünsche zum Ausdruck und sucht gemeinsam nach Lösungen für die finanzielle Lage der Stadt.

Meine Freundin und ich haben jedenfalls diese monotonen und immer gleichen Berichte der Stadtverwaltung nicht mehr anhören können und haben sie mit unseren Zwischenrufen kommentiert. Als ich mal „Märchenstunde“ rief, wurde meine Freundin vom OB zurechtgewiesen. Meine Freundin rief empört: „Ich hab ja gar nichts gesagt.“ Und ich: „Ich heiß aber nicht Frau Bank!“

„Geh endlich heim und trink ein Bier!“

Die Krönung war jedoch die letzte Bürgerversammlung, die schließlich im Theater in einem der kleinsten Säle stattfand. Lange bevor die Versammlung anfang, war der Saal bereits voll. Meine Freundin und ich hatten leichtsinnigerweise versprochen, uns dieses Mal zu „benehmen“ und nicht dazwischenzurufen. Da ich wusste, wie schwer mir das fallen würde, blieb ich an der Tür stehen, um schnell verschwinden zu können, falls mir diese Vorträge wieder zu viel würden. Und sie waren tatsächlich eine unglaubliche Zumutung: Da sowohl der Moderator wie auch der Finanzbürgermeister erkrankt waren, hat OB Salomon alle Rollen übernommen. Zu den üblichen Repräsentanten der Parteien und der Bürgerinitiativen war auch noch der Rechtsanwalt aufs Podium eingeladen, der die teure Ausschreibung vorbereiten sollte.

Die Beiträge Salomons und des Rechtsanwaltes steigerten sich ins Uferlose. Als schließlich mal ein paar Leute aus dem Publikum etwas sagen durften, kanzelte der OB diese Beiträge, wenn sie sehr kritisch waren, sofort ab. Meiner Freundin wurden die zustimmenden Kommentare aus dem Freundeskreis des OB in der Reihe hinter ihr zu viel und sie verließ den Saal mit der Bemerkung: „Es reicht mir jetzt, dieses Geschwätz!“ Der OB meinte dazu: „Ja, dann geh endlich heim und trink ein Bier!“

Da der Saal klein war, ließ die Stadtverwaltung einen großen Teil der Besucher (ca. 200 Menschen) nicht mehr ins Theater, diese standen in Kälte und Nässe auf der Straße. Als ich das bemerkte, protestierte ich bei den Türstehern. Ein junger Türsteher verriet mir wenigstens, dass nicht die Theaterleitung sondern die Stadtverwaltung angeordnet hatte, die Menschen nicht mehr hereinzulassen - auch nicht in die Vorhalle. Obwohl es klar war, dass die letzte Versammlung vor der Abstimmung sehr gut besucht sein würde, war nicht vorgesehen – wie z.B. bei der Badenmesse für die Geladenen - Leinwand und Lautsprecher in der Vorhalle bereitzustellen. Ab und zu öffneten die Türsteher auf irgendwelche geheimen Anordnungen ein paar der willkommeneren Gäste, d.h. Freunde der Verwaltung, die Tür. Schließlich gelang es der einen oder anderen interessierten BürgerIn sich noch mit hineinzukquetschen.

Wütend rannte ich hoch in den Saal und erklärte einem Stadtrat, der am äußeren Rand des Podiums stand, die missliche Lage der Draußengebliebenen. Die Ausrede für den Ausschluss war die angeblich bedrohte Statik des Saales. Als ich mich schließlich nach langer Zeit doch nicht mehr beherrschen konnte und doch einmal dazwischenrief, wurde ich gleich von Zivilbeamten und städtischen Bediensteten – man könnte auch sagen „Aufpassern“ - zurechtgewiesen.

Von einer Stadträtin erfuhr ich dann auch noch, dass es zwar einen Ersatzmoderator für den erkrankten Moderator gegeben hätte, der aber nicht gefragt wurde.

Wie sich gezeigt hat, war all diese Taktik der Stadtverwaltung nicht aufgegangen: Vielmehr haben sich viele bisher eher unsichere Zuhörer voller Wut über die Arroganz der Macht auf die Seite des Bürgerentscheids geschlagen und haben mit „Ja“ gestimmt.

Ein prägendes Gesicht der Bürgerinitiative

Sebastian Klus

Die Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ (WiM) hatte viele Gesichter – besonderes prägend für die Außendarstellung von WiM war allerdings jenes der Vorsitzenden des Mieterbeirats der Freiburger Stadtbau: Christa Donat war es, die am Tag des Bürgerentscheids in den „Tagesthemen“ ein erstes Statement zum Wahlausgang abgab. In lokalen und überregionalen Zeitungen, im Fernsehen und Radio sowie auf zahlreichen Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen – überall meldete sich Christa Donat als Stimme von WiM und im Interesse der von ihr vertretenen Mieterinnen und Mieter zu Wort.

Den Mieterbeirat gibt es bei der Freiburger Stadtbau GmbH seit 1974. Er vertritt die Interessen der rund 8.000 Mietparteien und wird von diesen in 23 Wahl-



bezirken auf fünf Jahre gewählt. Die Vorsitzende ist außerdem mit Sitz und Stimme im Aufsichtsrat der Gesellschaft vertreten. Von Anfang an war der Mieterbeirat mit seiner engagierten Vorsitzenden eine tragende Säule der Bürgerinitiative. Der erfolgreiche Ausgang des Bürgerentscheids wäre wohl ohne diesen Rückhalt kaum möglich gewesen.

Demo 1. Juli 2006: „Okay, die können das schaffen“

Angelo Russo, Basel

Das war für mich der höchste Punkt. An dem Tag habe ich mir wirklich gedacht: „Ok, die können das schaffen“. Warum? Ganz einfach: Weil ich mir die Demonstranten angehört und angeschaut habe. Und nur eins kam dabei heraus: die waren nicht nur da, um einfach zu demonstrieren, die waren aus Überzeugung da, was nicht so leicht ist mit so einem Thema.

Ich konnte sehen, wie viele Leute, verschiedener sozialer Herkunft und Ebenen, sich zusammengesetzt haben, um ein Ziel zu erreichen. „Die Wohnungen dürfen nicht verkauft werden!“ Viele waren gar nicht direkt betroffen und trotzdem anwesend und haben ihre politische Stimme klingen lassen, am 1. Juli und an allen anderen Tagen bis zum 12. November. Zwar war ich vom 1. April an dabei, aber ab dem 1. Juli bekam ich einen neuen Motivationsschub und habe mich noch mehr eingebracht.

Klar, es waren schon 24.000 Unterschriften gesammelt, schon ein kleines Wunder an sich, aber der erste Schritt bedeutet noch nicht am Ziel zu sein. Wie man davon ein Team in so kurzer Zeit aufbaut und alle diese Leute, die sich vorher gar nicht kannten, zusammenbindet war das eigentliche Freiburger Wunder. Tatsächlich haben die Freiburger ein bundesweites Beispiel gegeben: Die Regierung bleibt von der Bevölkerung abhängig!

Durch das überwältigende „JA“ beim Bürgerentscheid vom 12. November 2006 (der erste erfolgreiche seit langem in Baden-Württemberg) wird diese grundsätzliche demokratische Regel wieder deutlich in Erinnerung gebracht.



Sternmarsch 1. Juli 2006



Der Freie Bürger berichtet

Martin Dörper

Als ich einen Anruf vom Freien Bürger mit der Bitte erhielt, die Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ möge doch bitte einen Stimmungsbericht abgeben, befanden wir uns gerade auf dem Höhepunkt des Bürgerbegehrens; und dass ich den Anruf entgegennahm, war von meiner Seite alles andere als eingeplant – genauso wenig wie die Gründung von WiM vor – zum damaligen Zeitpunkt – knapp drei Monaten. Eigentlich wollte ich längst in Palermo sein, eine Tatsache, die mir im Übrigen innerhalb der BI ähnlich dem Motto „Madrid oder Mailand – Hauptsache Italien“ den Namen „Toskana-Martin“ eingebracht hatte. Ich war also noch in Freiburg, warum weiß ich bis heute kaum, und Ansprechpartner der BI für die Medien. Und in dieser Zeit schrieb ich folgenden Text für den Freien Bürger:

Mit der Bitte, einen Situationsbericht aus dem Inneren der Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ zu schreiben, trat die Redaktion des FREIEBÜRGER an mich heran. Ohne einen großen Spannungsbogen aufzubauen, möchte ich schon an dieser Stelle die äußerst positive Einschätzung über das bisher Erreichte hervorheben. Fünfhundert eingetragene Mitglieder, kurz vor der Überschreitung der Marke von 25.000 Unterschriften für einen Bürgerentscheid, eine breite Diskussion in der Freiburger Öffentlichkeit und aus all dem resultierend Bewegung auch im Gemeinderat ergeben zusammengefasst die positive Stimmung innerhalb der Bürgerinitiative. Die große Zahl der aktiven Mitglieder erlaubt der BI eine ebenso dezentrale wie auch vielfältige Arbeitsweise. Verschiedene AGs kümmern sich um die Erstellung von Flugblättern, um die Organisation des Bürgerbegehrens, um eine kreative Gestaltung und Begleitung verschiedener Aktionen und sich spontan findende Gruppen um die Organisation eben dieser. Gerade dieses Engagement der Freiburger Bürger steht für den bisherigen Erfolg der BI und erlaubt auch reichlich Zuversicht für einen im Herbst stattfindenden Bürgerentscheid. Ebenso vielfältig wie die Arbeit der BI ist auch deren Zusammensetzung. Persönlich Betroffene, verschiedene politische Organisationen und Parteien, soziale und kulturelle Gruppen, sowie die aus Sorge um die Stadt engagierten Einzelbürger stehen für deren Stärke.

Selten hat ein Thema diese Stadt so politisiert, wie die durch den Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon und seinen Ersten Bürgermeister Otto Neideck entworfenen Pläne zum Totalverkauf des städtischen Wohnraums in Freiburg. Der Zuspruch verschiedener Verbände, aber vor allem das tägliche Erleben der Reaktionen Freiburger Bürger im Rahmen der Unterschriftensammlung für einen Bürgerentscheid verdeutlichen immer wieder die Wichtigkeit unseres Anliegens und eine im großen Rahmen mehrheitlich positive Resonanz seitens der Bevölkerung. Deutlich wurde diese Stimmung auch bei zahlreichen Aktionen. Erinnert sei an dieser Stelle an den mit über 500 Protestierenden gefüllten Rathausplatz bei der Einreichung der Vorlage zum Verkauf seitens des Oberbürgermeisters im Gemeinderat. Nicht minder beeindruckend die Resonanz der Bevölkerung in den verschiedenen Stadtteilen auf

das Erscheinen eben jenes Oberbürgermeisters. Diese Diskussionsabende ließen keinen Zweifel daran, dass die Freiburger Bürger die durch den OB propagierte Alternativlosigkeit nicht hinnehmen werden.

Diese positive Resonanz seitens der Freiburger Bürger auf die Arbeit der Bürgerinitiative hat ihre Wirkung bei den Gemeinderäten und Gemeinderatsfraktionen schließlich nicht verfehlt. Ohne an dieser Stelle einer noch ausstehenden Entscheidung im Gemeinderat vorweg zu greifen, zeigen sich Bewegungen in den Mehrheitsverhältnissen im Vergleich zu Anfang April, dem Beginn der Diskussion. Auch die Perspektive, dass Teile des Gemeinderats selbst einen Bürgerentscheid initiieren werden, werten wir als Erfolg unseres Wirkens. Vor diesem Hintergrund macht die Bürgerinitiative jedoch die Bedeutung eines erfolgreichen Bürgerbegehrens deutlich. Je erfolgreicher das Bürgerbegehren, desto größer der Einfluss der BI auf die Fragestellung für einen Bürgerentscheid.

Aus dieser Konsequenz heraus hatte die Bürgerinitiative entschieden, bereits am 23.06.06 dem Oberbürgermeister auf dem Rathausplatz die bis dahin gesammelten Unterschriften zu übergeben. Wir geben der Stadt damit die Möglichkeit in die Hand, schon vor dem 4.07.06 die Gültigkeit der Unterschriften und somit den Erfolg des Bürgerbegehrens zu prüfen. Der Antrag von CDU, Junges Freiburg/Die Grünen und Freien Wählern, das Thema Stadtbauverkauf erst vierzehn Tage später, nämlich am 18.07.06 zu behandeln, unterstreicht noch einmal die Verunsicherung einiger Gemeinderatsfraktionen. Aus dieser neuen Situation heraus haben wir beschlossen, die Unterschriftensammlung bis zum 18.07.06 weiterzuführen, um durch eine größtmögliche Zahl an Unterschriften größtmöglichen Einfluss auf zukünftige Entscheidungen nehmen zu können.

Einen weiteren öffentlichkeitswirksamen Höhepunkt erwartet die Bürgerinitiative am 1.07.06. Ein Sternmarsch aus sämtlichen betroffenen Stadtteilen mit Zielpunkt Augustinerplatz schließt die erste Phase der Kampagne ab. Die Bürgerinitiative ist sich aber bewusst, dass mit Hinblick auf einen Bürgerentscheid noch eine Menge Arbeit auf sie zukommen wird. Das weitere Engagement der Mitglieder, sowie das Aufrechterhalten einer breiten Diskussion innerhalb der Freiburger Öffentlichkeit sind unbedingte Vorraussetzung für eine Mobilisierung, wie sie ein Bürgerentscheid erforderlich macht.

Das erste von uns gesteckte Ziel, den Totalverkauf des städtischen Wohnraums am 4.07.06 zu verhindern, ist erreicht. Oberbürgermeister und Ersten Bürgermeister ist es nicht gelungen, im Hauruckverfahren an den Freiburger Bürgern vorbei eine solch weitreichende Entscheidung wie den Verkauf des städtischen Wohnraums zu beschließen. Es bleibt mir somit abschließend nichts übrig, als meine anfangs getätigte positive Einschätzung nochmals zu bestätigen. Das bisher Erreichte wird uns die nötige Kraft geben, auch weiterhin den Wohnungsverkauf zu verhindern und die Mobilisierung bis zum Herbst aufrechtzuerhalten. Alle Interessierten haben weiterhin die Möglichkeit, sich durch unsere Website www.wohnen-ist-menschenrecht.de über aktuelle Entwicklungen zu informieren.

Der aus obigem Text sprechende Optimismus war also berechtigt, selbst wenn ich bis zuletzt nicht aufhören konnte am Erfolg des Bürgerentscheids zu zweifeln. Zu unterschiedlich waren die Geschichten und Meinungen, die man von Freunden und Bekannten hörte; zu unklar der Grad der Mobilisierung am Wahltag. Aber wir haben es geschafft. Persönlich musste ich mich bald nach Verfassen obigen Textes aus Zeitgründen aus dem engeren Kreis der BI zurückziehen. Den Wahlabend jedoch, genau wie das gesamte dreiviertel Jahr zuvor werde ich gerne in Erinnerung behalten. Als eine Zeit, die mich wie kaum eine andere kommunalpolitisch prägte und Erkenntnisse gewinnen ließ, die mich noch lange begleiten mögen.



Sternmarsch 1. Juli 2006, Kundgebung auf dem Augustinerplatz

Gemeinwesenarbeit muß sich einmischen – Bericht aus der „Keimzelle des Widerstandes“

Annette Brox, Stadtteilbüro Weingarten

Die Nachricht von den Plänen des Oberbürgermeisters, die Freiburger Stadtbau zu verkaufen, versetzte das Stadtteilbüro Weingarten in eine Art Ausnahmezustand. Ein Viertel des Wohnungsbestands der Stadtbau steht in Weingarten, einem typischen Hochhausviertel der 1970er Jahre. Der Anteil sozial benachteiligter Menschen ist hier überdurchschnittlich hoch. Vielfältige soziale Probleme und einiges Konfliktpotenzial prägen das Wohnen in den beiden Quartieren Weingarten-Ost und -West, in denen die Stadtbau über 2000 Wohnungen vermietet. Überdurchschnittlich hoch ist aber auch das Engagement der BewohnerInnen im Stadtteil.

Zentral im Einkaufszentrum gelegen, gibt es seit 18 Jahren das Stadtteilbüro Weingarten. Es ist Anlauf-, Informations- und Koordinationsstelle für BewohnerInnen und Bewohneraktivitäten rund um die Themen Wohnen und Nachbarschaft im Stadtteil. Hauptamtliche GemeinwesenarbeiterInnen unterstützen und koordinieren die Arbeit. Getragen wird das Stadtteilbüro vom Bewohnerverein Forum Weingarten 2000 e. V.

Ängste der MieterInnen

Nach dem 1. April tickten im Stadtteilbüro die Uhren anders. Einfach weiter zu arbeiten an den Themen, die uns gerade beschäftigten, war undenkbar. Vom ersten Tag nach Bekannt werden der Verkaufspläne an rannten uns die MieterInnen mit ihren Fragen und Ängsten die Türen ein; einige sehr resigniert und viele wütend darüber, dass ausgerechnet die MieterInnen der städtischen Wohnungen, überwiegend Menschen mit kleinem Geldbeutel, für die „Lösung“ des städtischen Schuldenproblems herhalten sollten. Andere Themen traten augenblicklich und für die nächste Zeit in den Hintergrund, die Diskussionen im Stadtteilbüro drehten sich fast ausschließlich um den geplanten Verkauf. Klar, dass die hauptamtlichen MitarbeiterInnen im Stadtteilbüro in dieser Situation nicht einfach ihre Arbeit weiterführen konnten, ohne sich mit den drängenden Fragen der MieterInnen auseinander zu setzen.

So war das Stadtteilbüro von Anfang an aktiver Mitstreiter in der BI. Hier fand die Gründungsversammlung, fanden unzählige Treffen und Arbeitsgruppensitzungen statt. Hier riefen Interessierte und Aktive aus allen Stadtteilen an, um sich über die Aktivitäten der BI zu informieren. Rundfunk und Fernsehen kamen, um Originaltöne von betroffenen MieterInnen einzufangen. Als „Keimzelle des Widerstands“ bezeichnete die Presse das Stadtteilbüro.

Dynamik des Widerstandes

Der Widerstand entfaltete in Weingarten eine ungeheure Dynamik. Bald wehten aus vielen Fenstern die Anti-Heuschrecken-Transparente, die in ungezählten ehrenamtlichen Arbeitsstunden hinter dem Parkdeck der Krozinger Straße besprüht wurden. Im Stadtteilbüro bildete sich eine Stadtteilgruppe Weingarten der Bl. Ihr Ziel war es, die WeingartnerInnen zu mobilisieren, am 12. November abstimmen zu gehen. Dass eine eindeutige Mehrheit der BewohnerInnen im Stadtteil gegen den Verkauf war, da waren sich die Weingartner Aktiven sicher. Doch Weingarten gehört, wie viele benachteiligte Stadtteile, bei politischen Wahlen stets zu den Schlusslichtern, was die Wahlbeteiligung angeht. Das durfte beim Bürgerentscheid nicht passieren. Die Stadtteilgruppe wollte die Stadtbau-MieterInnen davon überzeugen, dass die weit verbreitete Einstellung „Die da oben machen ja doch, was sie wollen“ diesmal nicht galt; dass es nun auch und gerade ihre Verantwortung war, ob der Bürgerentscheid erfolgreich würde. Rund 20 aktive BewohnerInnen schwärmten aus in die Häuser in ihrer Nachbarschaft und führten unzählige Haustürgespräche, in denen sie zur Beteiligung aufriefen und darüber informierten, wie die Abstimmung funktionierte. Zusätzlich organisierte die Stadtteilgruppe Infostände auf dem Wochenmarkt und verfasste persönliche „Nachbarschaftsbriefe“ mit ihren Argumenten für ein „Ja“ beim Bürgerentscheid. Bis zum Schluss waren sich die Aktiven nicht sicher, ob es ihnen gelingen würde, die wahlungewohnten BewohnerInnen zu mobilisieren. So zog am Tag vor dem 12. November noch einmal ein kleiner Zug mit Megafon und Musik durch die Straßen des Stadtteils und erinnerte lautstark an die bevorstehende Abstimmung.

Und es gelang! Mindestens genauso wie über das stadtweite eindeutige Ergebnis freuten wir uns über die Wahlbeteiligung in Weingarten, die diesmal nicht die zweitschlechteste, sondern die zweithöchste war.

Schlüssel zu diesem großartigen Erfolg waren zum einen und vor allem sicherlich die vielen persönlichen Gespräche, die die aktiven MieterInnen mit den BewohnerInnen geführt hatten. Wichtig war aber auch, dass es mit dem Stadtteilbüro einen seit langem etablierten Koordinations- und Anlaufpunkt gab, wo alle Fragen, alle neuen Ereignisse und Nachrichten, alle Freude über Zwischenerfolge, Ideen für neue Aktionen genauso wie Zweifel und Frust Platz hatten und aufgenommen wurden.

„Die SozialarbeiterInnen schüren die Ängste der MieterInnen und manipulieren sie“ – diesen Vorwurf mussten wir uns – offen oder unter-schwellig – in diesen Monaten öfters anhören. Weit gefehlt – die Ängste bestanden ohnehin und aus unserer Sicht höchst berechtigt. Ihre Meinung zum Verkauf bildeten sich die BewohnerInnen ohne die SozialarbeiterInnen. Wir sahen es (ganz abgesehen von unserer persönlichen Überzeugung) aus professioneller Sicht als unabdingbar an, die MieterInnen mit ihren existenziellen Ängsten ernst zu nehmen und sie zu unterstützen im Widerstand gegen den Ver-

kauf. Hätten wir uns in diesem Punkt nicht solidarisch gezeigt, hätten wir das Stadtteilbüro genauso gut schließen können.

Benachteiligten Teilhabe zu ermöglichen ist eines der wichtigsten Ziele von Gemeinwesenarbeit. Der Wahltag in Weingarten hat gezeigt, dass dies noch selten so gut gelungen ist wie beim Bürgerentscheid zum Verkauf der Freiburger Stadtbau.



Eine schwarze Stunde. Gemeinderatssitzung 18. Juli 2006 – die Fraktionen von SPD und Unabhängigen Listen

Die schwärzeste Stunde

Hendrijk Guzzoni, Stadtrat Unabhängige Listen / Linke Liste

Ihre schwärzeste Stunde erlebte die BI „Wohnen ist Menschenrecht“ bei der Sitzung des Gemeinderates am 18. Juli 2006. Wenige Wochen zuvor hatte die BI in einem erfolgreichen Bürgerbegehren über 28.000 Unterschriften gesammelt und damit einen Bürgerentscheid erzwungen. Auch in der politischen Diskussion waren die Verkaufsgegner in der Offensive gewesen. Bis zum 18. Juli. Die Verwaltung „entdeckte“ plötzlich ihre Liebe zu Genossenschaften und überraschte alle mit dem Vorschlag, die rund 8.000 Wohnungen der Freiburger Stadtbau (FSB) nicht an einen Finanzinvestor, sondern an eine Genossenschaft zu verkaufen. Und die Verwaltung interpretierte den Text des Bürgerbegehrens dahingehend, dass im Falle eines erfolgreichen Bürgerentscheides keine einzige Wohnung verkauft werden könne, auch nicht an kaufwillige Mieter.

Die Verwirrung und Unsicherheit in unserer Bürgerinitiative war perfekt. Gegen diese „Mieterprivatisierung“ einzelner Wohnungen an die Mieter der Wohnung selbst hatten die meisten von uns ja nichts einzuwenden. Und in der Einschätzung des „Genossenschaftsmodells“ waren wir uns nicht einig. Einige hatten vor rund zehn Jahren ja das Bemühen der MieterInnen des Hochhauses Krozinger Strasse 4, „ihr“ Haus von der FSB als Genossenschaft zu kaufen, aktiv unterstützt. Andererseits war unsere Grundhaltung, dass es mehr Wohnungen in städtischem Besitz geben müsste und nicht weniger.

Überrascht von der neuen Strategie der Verwaltung und ohne eine klare, einheitliche Linie in Sachen „Genossenschaften“ eierten wir rum und wurden von der Verwaltung während der Gemeinderatssitzung vorgeführt wie die Bären am Nasenring durch die Manege. Noch bitterer, dass sich die Gemeinderatsmehrheit, die schwarz-grüne Allianz vom erfolgreichen Bürgerbegehren völlig unbeeindruckt zeigte. Statt wie von uns gefordert, das Votum des Bürgerentscheides abzuwarten, beschloss der Gemeinderat nicht nur den Verkauf der Stadtbau GmbH (genauer gesagt den Verkauf von 94,9% der Anteile davon), sondern auch einer Beratungsfirma den Auftrag zu erteilen, mit den Verkaufsvorbereitungen zu beginnen. Welch eine Missachtung des demokratischen Instruments des Bürgerentscheides! Und welch eine Arroganz!

Diese Entscheidung kostete die Stadt übrigens 377.000 Euro. So viel kosteten die „Verkaufsvorbereitungen“, die Tätigkeiten der Beraterfirma. Alles für die Katz! Geld zum Fenster rausgeschmissen! Und um alles noch schlimmer zu machen, beschloss der Gemeinderat mit seiner schwarz-grünen Mehrheit gleichzeitig auch noch, im Sozial- und Kulturbereich, bei Bildung und Sport die Zuschüsse an die freien Träger und Initiativen drastisch zu kürzen. Das Signal, die Drohung sollte sein: wenn die Wohnungen nicht verkauft werden, wird der Kahlschlag grenzenlos sein!

Unsere Wut und Enttäuschung waren fast grenzenlos. Dass wir in dieser Situation die Nerven nicht verloren haben, dass wir in dieser Situation trotz aller massiver Versuche der Gegenseite (inklusive der Badischen Zeitung) unsere BI zu spalten, uns nicht haben auseinanderdividieren lassen, das war eine der größten Leistungen unserer Bewegung. Und einer der Garanten für den späteren Erfolg.

Mit etwas Ruhe konnten wir die Strategie der Verkaufsbetreiber einschätzen und unsere Argumentationen und Gegenstrategien entwickeln: Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich waren seit Jahren gerade von denen immer wieder beschlossen worden, die jetzt die Wohnungsverkäufe forderten. „Mieterprivatisierungen“ waren ja gerade von der Verwaltung und der FSB-Geschäftsführung torpediert worden; CDU und Freie Wähler, die neuen „Genossenschaftsfreunde“ hatten den Verkauf der Krozinger Strasse 4 an eine Mietergenossenschaft verhindert. Und überhaupt: hätten denn Genossenschaften bei einem vom Gemeinde-rat so beschlossenen Bieterverfahren eine Chance gegen einen internationalen Finanzinvestor wie Fortress oder ähnliche? Nie im Leben.

Das „Genossenschaftsmodell“ war bei näherem Hinsehen eine Luftnummer, und keine ernstgemeinte reelle Variante. Es diente allein dem Ziel, die Privatisierung der Wohnungen den Leuten schmackhaft zu machen, die ansonsten dagegen wären. Und es diente dem Ziel, die Bürgerinitiative zu spalten und zu verwirren. Für eine kurze Zeit waren die Verkaufsbefürworter mit dieser Strategie erfolgreich. So war der 18. Juli 2006 der Tag unserer bittersten Niederlage.

Aber unsere BI ist aus dieser Niederlage gestärkt hervorgegangen. Weil wir die Ruhe bewahrten, die Situation sachlich analysierten und unsere politischen Schlussfolgerungen daraus zogen. Vor allem aber, weil wir weiterhin solidarisch miteinander gemeinsam nach einer Linie suchten; weil wir uns nicht haben spalten lassen, sondern zusammengehalten haben.

Zum Bild der Heuschrecke – ein paar kritische Gedanken zur Verwendung dieses biblischen Bildes in einer aktuellen Diskussion

Dr. Wilhelm Schwendemann, Hochschullehrer

In der jüngsten politischen Diskussion, auch in der Freiburger Auseinandersetzung um städtische Wohnungen, wurde die ambivalente Tiermetapher „Heuschrecken“ in der Regel abwertend für Private-Equity-Gesellschaften verwendet.¹ Auslöser der *Heuschrecken-Debatte* war ein Interview mit Franz Müntefering, das am 17. April 2005 in der *Bild am Sonntag* erschien.² Im politischen Sprachgebrauch hat sich dann sehr schnell der Begriff „Heuschrecken“ durchgesetzt.

Über die Jahrtausende hinweg ist die Metapher der „einfallenden Heuschrecken“ immer wieder benutzt worden, um die Ängste der Menschen zu beschreiben bzw. Gefahren aufzuzeigen. Es scheint ein archaisches Bild zu sein, das ein großes Unglück umreißt. Ins aktuelle Bewusstsein der Menschen unseres Landes sind die Heuschrecken erst wieder durch die so genannten „Müntefering“-Interviews geraten. Ihm ist es gelungen, mit folgenden Worten in ein Hornissennest zu stoßen: *„Manche Finanzinvestoren verschwenden keinen Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten – sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie **Heuschreckenschwärme** über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter. Gegen diese Form von Kapitalismus kämpfen wir.“* Das Medienecho war gewaltig. Vor allem die betroffenen Finanzkreise und ihnen nahe stehenden Politiker und Presseleute waren plötzlich besorgt. Historiker wurden bemüht und einer der ersten, der sich an die Spitze einer Empörungswelle setzte, war kein anderer als Michael Wolffsohn, Professor an der Bundeswehrhochschule in München. Wolffsohn erinnerte in der Rheinischen Post am 3. Mai 2006 an die Nazi-Propaganda während des deutschen Faschismus: *„60 Jahre ‚danach‘ werden heute wieder Menschen mit Tieren gleichgesetzt, die – das schwingt unausgesprochen mit – als ‚Plage‘ vernichtet, ‚ausgerottet‘ werden müssen. Heute nennt man diese ‚Plage‘, **Heuschrecken**, damals ‚Ratten‘ oder ‚Judenschweine‘. Worte aus dem Wörterbuch des Unmenschen, weil Menschen das Menschsein abgesprochen wird.“*³

In der Tat wurde das Bild der Heuschrecke von der Naziideologie in massiver antisemitischer Weise gebraucht, um Menschen erst ihrer Würde zu berauben und später dann zu ermorden, was den heutigen Gebrauch des Bildes in schwerer Weise belastet, denn im heutigen Gebrauch schwingt eine Form von Geschichtsvergessenheit mit, die zu denken gibt, wenn die Metapher in gleicher Weise wie in der Naziterminologie gebraucht werden würde. Vergleicht man jedoch die Aussagen Münteferings und die Wolffsohns, fällt zum einen auf, dass Müntefering wohl bewusst „anonyme“, „gesichtslose“ Finanzkreise beschreibt und nicht etwa einzelne Menschen oder Personengruppen „mit Tieren gleichsetzt“.

Es wird ein hochmodernes Unternehmensmodell kritisiert, das in seiner systemischen Gestalt ein ganz spezifisches Geschäftsgebaren oder eine bestimmte Unternehmensstrategie notwendig beinhaltet. Mit minimalem Finanzeinsatz kurzzeitig maximale Profite zu erzielen ist das Markenzeichen dieser so genannten „Investoren“. Und in der Tat zeichnet sich das Erfolgsrezept nicht selten dadurch aus, dass attraktive, weil kostengünstige, Objekte, die von ihren früheren Eigentümern aus Finanznot in der Regel weit unter Wert abgestoßen werden müssen, aufgekauft, „saniert“ und wieder abgestoßen werden.

Wenn Wolffsohn nun behauptet, dass „unausgesprochen“ die Vernichtung dieser Menschen impliziert werde, so ist das im höchsten Maße unseriös und weder in der Person Münteferings noch seinen Interviews begründet. Dass sich aber ausgerechnet Michael Wolffsohn zum Mahner und Richter in Sachen Menschenrechte aufschwingt, ist m.E. nicht glaubhaft. Michael Wolffsohn hatte am 5. Mai 2004 in der ntv-Talkshow „Maischberger“ gesagt: *„Im Antiterrorkampf gibt es kein wirklich wirksames Kriegerrecht. (...) Als eines der Mittel gegen Terroristen halte ich Folter oder die Androhung von Folter für legitim, weil der Terror im Grunde genommen mit den normativen Grundlagen, also mit der Bewertungsgrundlage unserer zivilisierten Ordnung überhaupt nichts mehr zu tun hat“*.⁴ Auf der anderen Seite ist es unstrittig wahr und schockierend zugleich, wie die Metapher der Heuschrecke tatsächlich in jenem unsäglichen Nazi-Propagandafilm „Jud Süß“ aus dem Jahre 1940 auf schlimmste Art und Weise missbraucht wurde: *„Wie die Heuschrecken kommen sie über unser Land!“* wird der Einzug der Juden in die Stadt Stuttgart beschrieben und es werden Konsequenzen gefordert.⁵ An dieser wie an anderer Stelle haben die Nazipropagandisten immer wieder auch mit sprachlichen Mitteln die jüdischen MitbürgerInnen beleidigt und diskriminiert. Als „Holocaust“ ging der völkermordende Vernichtungsfeldzug des deutschen Faschismus gegen alle Menschen, die nicht in das Herrschaftssystem passten, in die Geschichtsbücher ein. Uns alle erfüllen diese Verbrechen noch immer mit Entsetzen und Abscheu!

Während der Kampagne gegen den Verkauf der Freiburger Sozialwohnungen hat freilich niemand damit konkrete Menschen bezeichnet. Niemand hat die Leute, die ihr Geld in solchen Anlagemodellen investieren, persönlich bedroht oder beleidigt. Schon gar nicht sollten damit ausländerfeindliche oder gar antisemitische Stimmungen gefördert werden.

In der Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ (WiM) haben sich gerade solche Menschen zusammengefunden, die aus sozialer und humanitärer Einstellung heraus, im Sinne der Menschenrechte für die Lebensinteressen gerade der sozial benachteiligten und schwächeren Menschen in unserer Gesellschaft eintreten. Jeglicher Zusammenhang zwischen der „Heuschreckenmetapher“ und „jüdischen Mitbürgern“ oder anderer Bevölkerungsgruppen erschien absolut absurd. Nicht hinreichend bedacht wurden aber die möglichen Gefühle jüdischer MitbürgerInnen. Die Erklärung Paul Spiegels, des damaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, schien dieses Problem ohnehin gelöst

zu haben. Er hatte den Nazivergleich in Zusammenhang mit Müntefering und der SPD als „absurd“ bezeichnet. Nicht minder absurd ist es, ausgerechnet der Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ zu unterstellen, mit dem Heuschreckenemblem menschenverachtende Absichten zu verbinden.

Die Initiative „Wohnen ist Menschenrecht“ hatte sich jedoch folgenden Spruch aus der hebräischen Bibel zu Eigen gemacht: „Tue deinen Mund auf für den Stummen, für die Rechtssache aller Unglücklichen. Tue deinen Mund auf, richte gerecht, und schaffe Recht dem Elenden und dem Dürftigen“ (Prv 31, 8 u. 9) und versuchte mit dem Bild der Heuschrecke auf Nöte und Ängste hinzuweisen.

Im Blick auf die biblischen Literaturen ist mit dem Bild der Heuschrecke und des Heuschreckenschwarms jedenfalls ein apokalyptisches Szenario gezeichnet, das sich m.E. ebenso wenig wie die Naziterminologie als Argumentationsbasis in aktuellen politischen Auseinandersetzungen eignet, außer man nimmt das Bild in seiner bedrohlichen Funktion und als Reflex auf eine so empfundene Situation wahr. In Jes 33,4 (*„Da wird man Beute wegraffen, wie die Heuschrecken wegraffen, und wie die Käfer herbeistürzen, so stürzt man sich darauf...“* LU) und in der ersten Vision des Propheten Amos 7, 1 (als Ich-Wort des Propheten geschrieben): *„Gott der HERR ließ mich schauen, und siehe, da war einer, der machte Heuschrecken zur Zeit, als das Grummet aufging; und siehe, das Grummet war gewachsen, nachdem der König hatte mähen lassen.“*), wird die Unheimlichkeit dieser Insekten drastisch vor Augen geführt.

Ein Schwarm von Wanderheuschrecken, der aus mehreren Millionen Insekten bestehen kann, (vgl. auch Nah 3, 15. 17 oder Joel 2, 25) ist imstande, mehrere hundert Quadratkilometer Fläche zu bedecken und frisst binnen kurzer Zeit Getreide oder andere Pflanzen vollkommen ab (Ps 105, 34; Ps 109, 23). Der Prophet Joel schildert diesen Zerstörungsvorgang sehr eindrücklich: *„Was die Raupen übrig lassen, das [a]fressen die Heuschrecken, und was die Heuschrecken übrig lassen, das fressen die Käfer, und was die Käfer übrig lassen, das frisst das Geschmeiß.“* Joel 1,4⁶ Heuschreckenschwärme werden als Bild auch oft für ins Land einfallende Feinde verwendet (Ri 6,5: *„Denn sie kamen herauf mit ihrem Vieh und ihren Zelten wie eine große Menge Heuschrecken, sodass weder sie noch ihre Kamele zu zählen waren, und fielen ins Land, um es zu verderben“*) oder stehen für die Plagen in der biblischen Exodusgeschichte (Ex 10, 1.4.12.13.19). Die weisheitliche Literatur beschreibt vor allem an Heuschreckenschwärmen deren Auftreten in Formationen (Prv 30,27); bei Nahum werden davon fliegende Heuschrecken mit dem jähen Verschwinden der assyrischen Beamtenschaft verglichen, die nach dem Untergang der religiösen Hauptstadt Ninive besetzte Länder verlassen haben. Heuschrecken sind als Schwarm eine Katastrophe, einzeln sogar wie Lev 11, 22 zeigt, dienen sie als Nahrungsmittel: *„Von diesen könnt ihr essen die Heuschrecken, als da sind: den Arbe mit seiner Art, den Solam mit seiner Art, den Hargol mit seiner Art und den Hagab mit seiner Art.“* Oder: Mt 3, 4: *„Er aber, Johannes, hatte ein Gewand aus Kamelhaaren an und einen ledernen Gürtel um seine Lenden; seine Speise aber waren Heuschrecken und wilder Honig.“*

Man sollte also m.E. nicht nur aufgrund der Konnotationen, die durch den Nationalsozialismus hervorgerufen werden, den Begriff „Heuschrecke“ vorsichtig benutzen, sich seiner Konnotationen in apokalyptischen Bildern bewusst sein, und es letztlich mit dem biblischen Buch der Sprüche halten: *„Der Weise höre und mehrere die Kenntnis, und der Verständige erwerbe weisen Rat, um zu verstehen Spruch und Bildrede, Worte von Weisen und ihre Rätsel!“* Sprüche 1, 5+6

¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Heuschreckendebatte> [Zugriff am 30.9.2007]

² Bild am Sonntag, 17. April 2005.

³ Wolffsohn, Michael (2005): Zum 8. Mai in: Rheinische Post, 3. Mai 2005.

⁴ <http://www.wolffsohn.com/index.php?page=n-tv-interview-von-sandra-maischberger-mit-prof-michael-wolffsohn-am-5-5-2004> [Zugriff am 16.10.2007]

⁵ vgl. <http://www.shoa.de/content/view/51/204/> [Zugriff am 9.10.2007].

⁶ vgl. dazu: Wolff, Hans Walter (1985): Dodekapropheten Band: 2, Joel und Amos.
- 3. Aufl. - Neukirchen-Vluyn: Neukirchener Verlag.

Acht Thesen des Freiburger Kulturrates zu den geplanten Wohnungsverkäufen und der Politik in der Stadt

Die Art und Weise, wie der OB und die Grüne Partei im Satdrat den Verkauf vertreten, erweckt den Eindruck, das eine Entscheidung unter nicht angemessenem Zeitdruck erzwungen werden soll. Wir vermissen einen kreativen Ansatz. Nach jahrelangen Verkäufen von städtischem Besitz jetzt „das letzte Tafelsilber“ zu veräußern, kann nicht die einzige Lösung sein. Welche neuen und kreativen Lösungen wären denkbar?

Es geht darum, wie mit den Finanzen der Stadt nachhaltig verfahren werden kann. In den letzten Jahren unter dem jetzigen OB wurden schon häufiger strittige Finanzierungen durchgezogen, z. B. bei der Genehmigung der Folgeinvestitionen in die Neue Messe. Die Befürworter sprechen von einer „nachhaltigen Entschuldigung“, die durch den Verkauf der „Stadtbau“ erreicht werden soll. Dies erscheint trügerisch: Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass die Verschuldung in wenigen Jahren wieder dieselbe Höhe erreicht hat wie zum Zeitpunkt vor dem Verkauf der Wohnungen. Auch in Freiburg sind neue Schulden absehbar, man denke etwa an den geplanten Neubau des Rathauses,

Ausbau und Umgestaltung des Rotteckrings oder kostspielige Straßenbauprojekte (Habsburgerstraße, Heinrich-von-Stefan-Straße, Schnewlinstraße). Die „Verwaltung und die Grünen argumentieren, nur durch den Verkauf den „Gestaltungsspielraum für Kultur und Soziales“ zurück gewinnen zu können. Geht es ihnen wirklich darum oder doch nur um die Kreditwürdigkeit für ihre Großprojekte? Hier fehlt Transparenz.

In seiner Einladung an die Kultureinrichtungen schreibt OB Salomon, der Verkauf der Wohnungen „berühre alle freiwilligen Leistungen“ und baut damit eine Drohkulisse auf: Die Kultureinrichtungen würden stärker gekürzt werden, falls die Stadtbau nicht verkauft würde. Mit und ohne Verkauf müssen sich die Empfänger freiwilliger Leistungen sowieso darauf einstellen, dass es in den nächsten Haushalten zu Kürzungen kommt. Hier ist es am Gemeinderat, der zu entscheiden hat, und nicht die Verwaltung.

Wenn der Haushalt nicht verabschiedet werden kann, kommt es zu einem Notfallhaushalt, den die Verwaltung und der Gemeinderat fürchten, der die Bürger der Stadt aber nicht schrecken muss. Es werden einige Projekte auf den Prüfstand kommen, andere verschoben werden, - und wir alle gewinnen Zeit zum Nachdenken. Was ist wichtig für Freiburg, welche nachhaltigen Ansätze zur Haushaltskonsolidierung können wir entwickeln?

Das Bürgerbegehren der Bürgerinitiative für den Erhalt städtischer Wohnungen muss bis Anfang Juli von 15.000 FreiburgerInnen unterstützt werden, damit der Bürgerentscheid durchgeführt werden kann. Wir rufen alle Kulturschaffenden in Freiburg auf, zu unterschreiben. Der Bürgerentscheid schafft ein Moratorium, das eine Debatte über die Haushaltslage und die Prioritäten der Politik ermöglicht. Dies erscheint uns in dieser Situation dringend notwendig.

Juni 2006



Büttenrede zum Wohnungsverkauf

Edda Kreutz

Liebi Litt, ich mecht Euch alemannisch griesse,
mit dem Satz: lehn Euch's Lebe nit vrdriesse!!
Mir sinns Volk un sage au mol: nai!!
mir mache nit immer e Buckel un sein so klei!!
Immer meh wurd mr in d'Engi triebe,
do derf mr nit ruhig drheim sitze bliebe.
mir mien uns melde, d'Meinung sage;
ja, ich weiss, die hohe Herre henn des noch vie vrtrage.
Aber, alles gfalle losse, des geht mit uns nit!
Was meine Ihr, das Volk, ihr liebi Litt?
Hesch du 1000 € im Monet, kannsch kei zwei vrputze,
do hesch nur Ärger, nie e Nutze.
Des sieht mr jetzt bi dem Malheur,
von wege Finanzexperte, wohl nur Amateur?
Eifach Wohnunge vrkaufe, Schulde decke,
des duet unser Kampfgeist wecke.
Die großkopfete Kleingeischder möchte doch bitte eins beachte,
bevor sie die Wohnunge an Fremdi vrfrachte:
die Gschdudierte sin durch unser wähle in Amt un Würde
un jetzt iberspringe sie alli erdenkliche Hürde.
Sie sin verpflichtet Land, Geld und au Wohnunge sorgfältig zu verwalte,
un nit so iberzwechi Vorschläg gshalde.

Sozial – e Wort mit Ursprung Latein;
ohni gschdudiert, ischs bekannt, ganz allgemein.
Sozial heißt: gemeinnützig, wohltätig, der Gesellschaft verbunden;
die Wörter sin bi de Hohe Herre wohl usm Gedächtnis verschwunde?
Es heißt doch au: Wohnen ist Menschenrecht!!
für jeder, egal ob Arbeiter oder Knecht.
Normal isch: für jeder e Dach iberm Kopf;
nit nur für d'Obrigkeit, au für de eifach Tropf!!
Meh Wageburgbewohner, meh Obdachlosigkeit;
simmer ball unterwürfig mit Fronarbeit?

Es isch guet, es gitt noch Litt,
die henn Muet un schwätze do un hit!
Der Mieterbeirat, die Mieter, Sympathisante,
Anhänger, alli, groß und klei
helfe zsamme gege die Verkauferei.
Nai, wurd gsait zum Wohnungsverkauf,
Bürgerinitiative mecht andri Möglichkeiten un kei
Hindernislauf!
Des was uffbaut wore isch, in de Stadtteil,
in etliche Johr,
wurd kaputt gmacht, isch nimmi wohr?
D'Meinungsfreiheit un Engagement dien mir nutze,
so schnell losse mir uns d'Flügel nit stutze!
Unsri Bitt: die feine Herre der Hohen Kaste
mechte sich noch eimol de Kopf betaste;
die Rechenkünstler mechte iberdenke,
un ihri graue Zelle nochemol vrrenke;
genn Eure Schuldefinanzierung e andre Verlauf,
aber nit mit dem Ergebnis: Wohnungsverkauf!
Die Mieter wäre sich z'wehre wisse,
un appelliere jetzt an Vernunft un vor allem ans
Gwisse!

Liebi Litt, ich mecht Euch alemannisch grieße
mit dem Satz: lehn Euch's Lebe nit vrdriesse !!!!!!!!

Von Nina Kuhn im Quartiersbüro „Westlich der Merz-
hauser Straße“ erfuhr ich über den Protest in Bezug
auf „Wohnungen verkaufen“ und wurde ermuntert
etwas zu schreiben und vorzutragen. Da ich selbst
schon in finanzieller Notlage war, weiß ich, wie es
sich anfühlt: Mieterhöhung zahlen oder ausziehen.
Aus diesem Grund war ich sofort mit von der Partie.



Neue Straßenaktionen – Workshop in der Erwachsenenbegegnungsstätte

Elisabeth Lauck-Ndayi

Für den Bürgerentscheid wollten wir endlich einmal von andern lernen und neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit ausprobieren, da wir schon länger das Gefühl hatten, mit den üblichen Ständen und dem Flugblätter austeilten, bisher unbeteiligte MitbürgerInnen kaum ansprechen zu können. Die am Bürgerentscheid mitwirkende SPD hatte das Institut Nafroth PR + Kommunikationsberatung aus Berlin engagiert, in der Erwachsenenbegegnungsstätte in Weingarten einen Ganztagsworkshop „Öffentlichkeitsarbeit“ auszurichten. Etwa 10 Leute haben daran teilgenommen.

Zuerst berichtete Herr Nafroth über seine Beobachtungen, die er auch sehr eindrücklich illustrierte, wie bei herkömmlichen Ständen und Flugblattverteilungen, Vorbeigehende reagieren. Meist machen sie erst mal einen großen Bogen um diese Stände und die Flugblattverteiler. Viele Menschen, die die Flugblätter aus reiner Höflichkeit mitnehmen, werfen diese dann ungelesen in Papierkörbe, die sich außer Sichtweite der Aktivisten befinden. Meist bleiben Menschen stehen und diskutieren mit, die sich entweder mit der Aktion identifizieren oder sich sowieso mal aussprechen, einfach immer gerne diskutieren oder ihrem Herzen einfach mal Luft machen wollten (manchmal auch einfach Querulanten).

Herr Nafroth stellte uns dann Alternativen vor: zum einen hat er eine Firma in Berlin gefunden, die große weiße quadratische Pappkartons herstellt, die man/frau mit dicken Filzstiften beschriften kann und zwar mit einer möglichst klaren Botschaft in umgangssprachlich einfachen Sätzen, wie z.B.: „Meine Oma sagt, dass wir bald unter den Brücken schlafen müssen, wenn der Salomon die Häuser verkauft.“ Oder: „Tante Else hat gesagt, dass der Didder das Geld nicht für die Schulen hat ausgeben wollen, sondern lieber für eine größere Messe. Und jetzt ist die Messe größer und die Decken in den Schulen fallen runter. Mag der Didder keine Kinder?“ Auf je zwei benachbarten Seiten sollten solche Sätze stehen. Dabei sollte eine möglichst schwierige Schreibweise oder Schrift verwendet werden, wie z.B. die Sütterlinschrift, Kinderschrift mit einigen Fehlern drin oder Dialektschreibweise. Es wurde bei solchen Würfeln beobachtet, dass die Vorübergehenden neugierig werden und manchmal zusammen mit andern versuchen, diese Sätze zu entziffern und dann gleich ins Gespräch darüber kommen. Zudem können diese mobilen und leichten Kartons gut an Straßen entlang getragen oder auch irgendwo in der Stadt deponiert werden, ohne dass Aktivisten dabei sein müssen.

Auch Bodenzeitungen aus weißer Plastikfolie, die man in jedem Baumarkt bekommen kann und die man auf den Boden klebt, können mit (Quiz-)Fragen zum Thema an die Passanten mit wasserfesten Filzstiften versehen werden.

Beispiel: „Von wem stammt denn der Ausspruch „Die Mieten bleiben sicher“?

- Märchen aus 1000 und eine Nacht
- Münchhausen
- Norbert Blüm
- Dieter Salomon“

Knallgelbe Smilies mit Sprechblasen aus DC-Fix können kleine Botschaften - auf den Gehweg geklebt - weitergeben, wie die folgende:

A Ein bisschen Geld braucht ja jeder.

B Und was, wenn die Miete immer teurer wird?

C Und das nur, weil der Salomon unsere Wohnungen verklopft.

D Dann stimmen wir am 12.11. doch besser mit JA.

Außerdem hat Herr Nafroth bei seinen Beobachtungen festgestellt, dass bei den Würfeln und den Straßenzeitungen die Aktiven eher abseits stehen oder sich wie Passanten verhalten sollten. Flugblätter können in Kartons neben die Würfel und Bodenzeitungen gestellt werden. Dann werden zwar weniger mitgenommen, diese dafür aber auch gelesen.

Im Workshop haben alle Teilnehmer die von Herrn Nafroth mitgebrachten Kartons beschriftet, d.h. zuerst haben wir einfache Botschaften formuliert und Herr Nafroth hat Verbesserungsvorschläge gemacht. Dann wurden diese Botschaften auf die Kartons geschrieben. Sie konnten gleich verwendet werden. Ebenso die angefertigte Straßenzeitung.



Würfel mit den brennenden Fragen

An den darauf folgenden Freitagnachmittagen legten sich einige der Workshopteilnehmerinnen ins Zeug und haben gemalt, was das Zeug hielt. Und hinterher haben wir die Bodenzeitungen, Smilies und vor allem die Würfel bei Straßenaktionen in den betroffenen Stadtteilen und in der Innenstadt bei den samstäglichen Öffentlichkeitsaktionen, aber auch bei den Bürgerversammlungen mit Erfolg eingesetzt. Viele Passanten blieben stehen und haben eifrig gelesen haben. Wir kamen mit ihnen gut ins Gespräch.

Allerdings gab es auch Kritik: Es gab einige MitbürgerInnen, denen die Botschaften meist mit Kinderschrift und manchmal mit Fehlern

nicht gefielen. WeingartnerInnen meinten, dass wir nicht zeigen müssten, dass die Kinder in unserem Stadtviertel nicht richtig schreiben könnten. Diese BürgerInnen haben wir über die dahinterliegende Strategie informiert.

Ein Brief von Maren an Freunde und Bekannte

Liebe Leute, Freundinnen, Freunde, Bekannte,
in letzter Zeit gibt es ein Thema, dass mich und viele unter Euch beschäftigt. Ich möchte Euch meine Gedanken zum Thema Wohnungsverkauf in Freiburg mit diesem Brief gerne mitteilen.

Der Bürgerentscheid im Zusammenhang mit dem möglichen Verkauf der Stadtbau und der städtischen Wohnungen rückt immer näher, fast täglich wird in den Medien berichtet. Sowohl VerkaufsgegnerInnen als auch BefürworterInnen legen sich ins Zeug, um die Abstimmung am 12.11. zu ihren Gunsten zu entscheiden. Mit dem Urteil vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 19.10., bei dem die Klage der Hauptstadt auf Anerkennung einer extremen Haushaltsnotlage und auf zusätzliche Sanierungshilfen vom Bund abgewiesen wurde mit einer gleichzeitigen unbedingten Empfehlung, doch die städtischen Wohnungen zu verkaufen, wird die nationale Bedeutung, die die Diskussion um den Verkauf der Stadtbau und der städtischen Wohnungen in Freiburg hat, einmal mehr als deutlich.

Für mich, wie auch für viele unter Euch, ist die Entscheidung am 12.11., deren Ausgang wir alle mit in der Hand haben werden, viel mehr als eine Entscheidung für oder gegen eine mögliche Lösung in Sachen Haushaltssanierung. Es ist ein Test für uns FreiburgerInnen, wie stark sich der neoliberale „Zeitgeist“ bereits in unseren Köpfen eingenistet hat. Und es ist vor allem eine weitere Weichenstellung in Freiburg, inwieweit auch hier ethische Grundsätze ökonomischen Abwägungsprozessen in Zukunft immer weniger standhalten werden.

Wir können ZeugInnen werden eines Momentes,

- in dem wir ja sagen zu sozialer Verantwortung, in dem wir uns dafür entscheiden uns Zeit zu nehmen für eine solidarische und gerechtere Lösung, wie z.B. der Vorschlag der Intitativgruppe „Wohnraum für alle“ des Arbeitskreises Solidarische Ökonomie im Mietshäuser Syndicat Freiburg.

Und gleichzeitig

- nein dazu zu sagen, dass der Bereich des Wohnens, deren eigentliche Bedeutung jenseits von Ökonomie das menschliche Grundbedürfnis nach gesundheitlichem und geistigen Wohlergehen betrifft, nur noch der Profitmaximierung unterworfen wird.

In vielen gesellschaftlichen, ökologischen Bereichen geht die Entwicklung weltweit in keine gute Richtung und viele unter Euch, mit denen ich mich drüber ausgetauscht habe, fühlen sich einfach nur ohnmächtig. Aber hier in Freiburg, beim Bürgerentscheid am 12.11., sind wir „mitmächtig“ und haben es selbst in Hand, ob in 10 Jahren viele von uns sagen werden, „ach hätten wir nur damals...“ oder ob Freiburg als positives Beispiel in die Kommunalgeschichte eingehen wird. Mit diesem Brief möchte ich Euch allen Mut machen, bei dieser für Freiburg so wichtigen Entscheidung Position zu beziehen und Eure Stimme am 12.11. zu erheben.

Euch allen noch viele bunte Herbsttage, mit lieben Grüßen
Eure Maren

Solidarität zwischen Deutschen und MigrantInnen im Stadtteil Brühl-Beurbarung

Renate Derr

Als ich am 01.04.2006 vom geplanten Verkauf der Freiburger Stadtbau GmbH und der städtischen Wohnungen gelesen habe, erinnerte ich mich an meine persönliche Vergangenheit: Als ich nach der Heirat mit meinen aus der Türkei stammenden Ehemann eine Wohnung suchte, wurden wir bei privaten Vermietern und anderen Gesellschaften abgewiesen. Sehr schnell wurde uns bewusst, dass diese Abweisungen an den Berührungspunkten mit Migranten liegt.

Noch viel schlimmer war unsere Wohnungsnot als wir später dann, mit unseren vier Kindern, eine größere Wohnung in Freiburg suchten. Schnell wurden wir bei den Privaten und Mietgesellschaften in eine Schublade gesteckt: kinderreich und Ausländer! Überall begegnete man uns mit großen Vorbehalten. Die einzige Anlaufstelle für uns war die Freiburger Stadtbau GmbH. Hier wurden auch wir als „ganz normale Mitbürger“ behandelt. Wir haben nach langem Suchen und Warten eine Wohnung in der Beurbarung erhalten, diese bewohnen wir bis heute. Dieselben Erfahrungen machten auch unsere Freunde und Verwandte mit ähnlichem Hintergrund.

Unser Aller Befürchtung ist es, in Zukunft Mieter zweiter und dritter Klasse zu werden, nur weil wir nicht der sozialen Norm entsprechen. Die wachsende Ausländerfeindlichkeit, auch in Freiburg, macht sich dann womöglich auf dem Wohnungsmarkt noch stärker bemerkbar. Unsere Angst ist es, in Zukunft aus der sozialen Vernetzung in Freiburg heraus zu fallen. Die Bildung von Ausländerghettos und Ghettos kinderreicher Familien muss unbedingt verhindert werden. Die Stadt Freiburg muss auch weiterhin ein Steuerungselement der Sozialpolitik behalten.

Weil viele ausländische Mitbewohner dieselben Befürchtungen haben wie ich, sind auch wir im Kampf gegen den Verkauf engagiert gewesen. Die Frauen, auch die mit Kopftüchern, haben sich dem Protest angeschlossen und Informationen weitergegeben und die Männer haben Informationsmaterial geholt und weiter geleitet. Wir haben mit unseren Einsatz viel mehr Solidarität bewiesen als die meisten zu glauben vermochten.

Bei der Kampagne ist es zu einer Einigkeit in der Gesellschaft gekommen, so wie sie auch für andere Bereiche des Lebens wünschenswert wäre.

Aufgezeichnet von C. Stephanie Rich

Wählen gehen! Wahlaufruf des Bürgervereins Brühl-Beurbarung

Liebe Stadtteilbewohner von Brühl-Beurbarung, wie ein Damokles-Schwert hängt die Frage über dem Stadtteil:

Werden die restlichen städtischen Häuser/Wohnungen durch die Stadt Freiburg verkauft oder als genossenschaftliches Modell (auch für andere Städte) den nachfolgenden Generationen als Erbe erhalten bleiben?

Oder muss befürchtet werden, dass unsere Heimat, unsere Wohnung wegen des Scheiterns der „erfolgreichen städtischen Finanzpolitik“ verramscht, verschachert und verkauft wird.

Wir werden das Gefühl nicht mehr los, dass man auf dem internationalen „Jahrmarkt der finanzielle Möglichkeiten“ einen Investor gefunden hat bzw. zu finden hofft, der die Wünsche der obersten Verwaltung sowie verschiedener Gemeinderatsfraktionen erfüllt, mit einem Wohnungsverkauf als Entschuldung der Stadt Freiburg in die Stadtgeschichte einzugehen.

Was uns mit Sorge für die Zukunft erfüllt ist die Tatsache, dass man sich innerhalb der städtischen Verwaltung nicht bemüht eigene anderweitige Vorstellungen einer Entschuldung, Umwandlung oder Neustrukturierung zu suchen, wie etwa nach einem neuen genossenschaftlichen Modell/Vorbild. Alle Gedanken hierzu werden als nicht machbar, nicht finanzierbar, nicht wünschenswert abgetan, ohne dies jedoch überhaupt ernsthaft geprüft zu haben.

Die von der Stadt Freiburg favorisierte Firma Fortress ist eine ausländische Immobilienfirma, die ausschließlich gute bis sehr gute Immobilien aufkauft, um diese wieder zu gegebener Zeit gewinnbrin-

gend am Markt zu verkaufen. Dass dabei die Mieten zwangsläufig steigen werden und zu einer Veränderung des Freiburger Mietspiegels beitragen wird, dürfte ohne Zweifel sicher sein. Eine vereinbarte Sozial-Charta ist für den weiteren 2. oder 3. Besitzer nicht mehr bindend. Diese weiteren Käufer können durchaus auch Tochterfirmen sein, die sich dann nicht mehr an eine sog. „Sozial-Charta“ gebunden fühlen. Diese Immo-bilienfirmen sind gezwungen Gewinne zu erwirtschaften, um ihre Aktionäre zufrieden stellen zu können. Die Folge davon ist, dass der Mietspiegel bis zur äußersten zulässigen Höhe ausgereizt wird. Worüber man bei einem Verkauf nicht spricht ist, dass bei einem Verkauf auf Grund der Sozialcharta die Mieten zunächst nicht steigen dürfen, aber von den Nebenkosten für Verwaltung, Hausmeister, Versicherungen usw. spricht niemand. Diese Kosten sind von der Sozialcharta nicht erfasst.

Dass der Mietspiegel auch für die privaten und genossenschaftlichen Vermieter Gültigkeit hat, sollte man nicht unerwähnt lassen. Eine Veränderung des Mietspiegels wird auch hier auf längere Sicht zu steigenden Mieten führen.

Wir vom Bürgerverein Brühl-Beurbarung sehen es als unsere Pflicht und Aufgabe an, auf die vielfältige Problematik des Wohnungsverkaufs und deren Folgen aufmerksam zu machen. Das viele Geld auf Grund eines Wohnungsverkaufes löst nur vordergründig und kurzfristig das Finanz-problem der Stadt Freiburg, die Gründe dieser permanenten Verschuldung sind deshalb jedoch immer noch nicht behoben. Es werden deshalb trotzdem weitere Streichlisten der Stadt Freiburg erforderlich sein, die auch Vereine und andere Organisationen treffen werden.

Wir vom Bürgerverein Brühl-Beurbarung sind gegen einen Verkauf der Wohnungen der Stadtbau Freiburg, deshalb bitten wir Sie dringlichst zum Bürgerentscheid am

12. November 2006

zur Wahl zu gehen und Ihr Kreuz bei „Ja“ anzubringen bei der Frage:
„Sind Sie dafür, dass die Stadt Freiburg Eigentümerin der Freiburger Stadtbau GmbH und
der städtischen Wohnungen bleibt.“
Stimmen Sie mit Ja.



Freiburgs Panorama – ein Szenario mit Heuschrecken

Gemein-sam ge-schafft

Patricia Schmitt

Ich war selten zuvor auf so viele unterschiedliche Emotionen und Stimmungen getroffen. Im Rahmen meines Studiums der Sozialen Arbeit absolvierte ich im Herbst 2006 im Quartiersbüro des Freiburger Stadtteils Unterwiehre ein Praktikum. Hier wohnen viele Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen und Lebenslagen. Genauso unterschiedlich wie deren Wohnungen waren natürlich deren Lebensgeschichten, demnach auch die Reaktionen zum geplanten Verkauf der städtischen Wohnungen und der Stadtbau. Bei unseren Gesprächen mit den Menschen trafen wir einerseits auf Gesichter voller Zuversicht, andererseits auf Gesichter voller Angst. Genau die Gesichter, die man auch bei den Bürgergesprächen sah, wenn sich Bewohner/innen voller Emotionen mit einem Oberbürgermeister voller Kälte zum Gespräch trafen. Zwei Welten, die in einem Raum aufeinander trafen und diesen füllten wie einen Luftballon, der zu platzen droht. Mit Häufung der Versammlungen wuchsen die Emotionen auf der einen, die Kälte auf der anderen Seite – und sie sollte anhalten. Doch was hilft am Besten gegen Kälte? Energie, Wärme und Kraft. Wo eine Maus in einem Laufrad eine Glühbirne durch ihre Kraft zum Leuchten bringt, schaffen viele Mäuse mit gemeinsamer Kraft mehr Licht und Wärme. Kälte? Die ist damit ganz schnell verpufft.

Die Bewohnerinnen und Bewohner, die sich engagieren wollten und konnten, schlossen sich, je nach Interesse, in verschiedenen Gruppen zusammen. Jene, die kreativ sind und gerne backen, waren von nun an die Häuserbäcker/innen, die für den Erhalt der Wohnungen und der Stadtbau kleine Häuserplätzchen buken, um damit an den Infoständen für den bevorstehenden Bürgerentscheid zu werben. Die andere Gruppe war besetzt mit Menschen, die gut Passanten ansprechen können, um diese zu informieren und mit ihnen über die aktuelle Situation zu diskutieren. Menschen jeden Alters und mit unterschiedlicher Herkunft kamen zusammen, um gemeinsam für ein und dieselbe Sache zu kämpfen. Die große Angst, sie könnten ihr zu Hause verlieren, wenn die Stadt mit ihrem Verkauf durchkäme, wurde von Mal zu Mal durch Zuversicht und Optimismus ersetzt. Stundenlang buken Kinder und Erwachsene gemeinsam Plätzchen oder standen am Stand, um andere davon zu überzeugen, wie wichtig ihre Stimme und das Engagement eines Jeden für seine Stadt sein könnte. Nachbar/innen kamen regelmäßig am Stand vorbei, brachten Getränke und halfen spontan mit bei der Verteilung von Infoblättern oder Plätzchen. Automatisch entwickelte sich eine Gemeinschaft dort, wo vorher Anonymität herrschte. Dort, wo man im Alltagsstress einfach so aneinander vorbei rannte, entstand nun eine Welt, die dazu einlud, ein „Schwätzchen“ zu halten und sich nicht nur mit dem Stadtbauverkauf zu beschäftigen, sondern Kontakte zu knüpfen.

Immer wieder kamen Passant/innen am Stand vorbei, die sich unsicher waren, wie sie beim Bürgerentscheid stimmen oder ob sie überhaupt hingehen sollten. Auch in den betroffenen Stadtbauhäusern

fand man Menschen mit unterschiedlichen Meinungen über den Verkauf und den Bürgerentscheid. Viele Menschen ließen sich trotz der Unsicherheit und der Eile schnell weiter gehen zu müssen, auf Gespräche an den Ständen ein. Und wenn sie weggingen und immer noch anderer Meinung waren, hatte sich doch etwas an der Stimmung geändert.

Diese Momente des gemeinsamen Nachdenkens und Diskutierens waren kostbar und nachhaltig für unsere Stadt, denn diese Momente von Gemeinschaft bewirkten, dass ein politisches Thema, nicht nur als Thema der Politiker/innen verstanden wird, sondern zum Thema aller Bewohner/innen Freiburgs wurde. Der Einsatz und die Motivation von unzähligen Menschen ließ eine Gemeinschaft entstehen, nicht nur innerhalb der betroffenen Bewohner/innen und im Stadtteil, in dem sie wohnen, sondern auch innerhalb der ganzen Stadt. Dieses Netzwerk zwischen den Menschen bewirkte, dass nicht nur ein wenig Wärme durch „das Rennen einer Maus“ entstand, sondern dass unzählig viele „Mäuse“ eine ganze Stadt zum Glühen brachten.

Das gemeinsame Schaffen brachte Menschen zusammen, die vorher zwar Tür an Tür lebten, aber nichts miteinander zu tun hatten. Auch die Stadtteile, die vorher nicht viel voneinander wussten, hatten plötzlich ein gemeinsames Thema und griffen sich unter die Arme. Umso näher der zwölfte November rückte, umso mehr wurde die Stadt zu einer Stadt, wie sie sein sollte. Wie man sie verstehen sollte, als Gemeinschaft, die gemeinsam schafft!

Als der ersehnte Tag kam, warteten wir mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gespannt auf die Wahlergebnisse. Auf diesem kleinen Fest waren die Räume gefüllt mit Pizzaduft und fröhlichen Gesichern, die Aufregung und die Spannung wuchs stetig. Immer wieder rannten einige Grüppchenweise vor den Computer, manche saßen dort schon ewig, um endlich die Ergebnisse zu erfahren. Man hörte oft Schreie, die den Zwischenstand verkündeten und als es dann endlich soweit war, konnten es viele kaum fassen. Die Spannung ging über in Gejohle und Gejubil – alle feierten, alle freuten sich, dass sie es gemeinsam geschafft hatten. Man spürte Freude, aber auch Erleichterung und ganz besonders Stolz der Bewohner und Bewohnerinnen, die es geschafft hatten, die Geschicke einer Stadt zu beeinflussen und sie mitzugestalten - wie es eben sein sollte.

Plakate für den Wahlkampf

Claudia Bardelang

Plakate für den Wahlkampf? Ja klar. Kann ich machen. Was? Kosten darf es nichts? Oh...na gut, ich werde mal sehen...In zwei Wochen fertig? Seid ihr wahnsinnig?

Nützt aber alles nix, die Stadt hat den Plakatierungstermin festgelegt und wenn wir auch nur ein Plakat hängen wollen, müssen wir bei dem Windhundrennen mitmachen. Also mal überlegen... was und wen brauchen wir denn?

Erst einmal eine Idee – die habe ich schon – große schwarz-weiß Fotos, auf denen einige Freiburger Bürger für unsere Sache werben. Dann brauchen wir einen Grafiker – denn selbst gestrickt dürfen die Plakate nicht aussehen – die Konkurrenz schläft nämlich nicht. Gedruckt werden müssen die Dinger ja auch noch – also eine Druckerei. Ach ja, die Fotos à la Helmut Newton kriege ich nicht hin – ein Fotograf muss her. Und nicht zuletzt die Models. Ist bestimmt kein Problem. Jeder sieht sich doch gerne im Großformat in der Stadt hängen – oder? Mal überlegen, wen ich von früher noch kenne.

Der erste Anruf beim Grafiker ist ein Erfolg. Michael Wiesinger sagt sofort zu. Plakatentwürfe für die WiM? Klar mache ich. Ach, es darf nichts kosten? Nun, OK, kein Problem, mache ich auch – weil ihr es seid. In einer Woche fertig? Seid ihr von allen guten Geistern verlassen?!! Also guuuut, ich bin ja nicht so. Ich arbeite gerne nachts – und umsonst. Vielen Dank Michael Wiesinger!

Jetzt die Druckerei. Thomas Klarmann von schwarz-auf-weiß sagt sofort zu. Gut, machen wir. Darf nichts kosten? Ähem, gut, auch das machen wir. In zwei Wochen fertig? 🍀🍀🍀! Ist wichtig? Also gut! Vielen Dank Thomas Klarmann von schwarz auf weiss!

Uff, fast geschafft, jetzt noch der Fotograf. Das ist schwieriger. Sämtliche Fotografen scheinen sich entmaterialisiert zu haben, als der entscheidende Tipp kommt. Margrit Müller. Jaaah, kann ich machen – darf nichts kosten? Na, gut, ich unterstütze euch ja – bin aber gerade in der Schweiz, das wisst ihr schon? – WAS?! Termin morgen Nachmittag?!! 🍀🍀🍀🍀🍀!! Jetzt nur noch die Models. Eine Familie, ein älteres Ehepaar, eine Einzelperson sollen es sein. Kleinigkeit – denke ich. Dreiundzwanzigtausend Absagen später der Durchbruch. Ein Ehepaar, eine allein erziehende Mutter mit drei Kindern und ein Lehrer sind gefunden. Super. Jetzt kann´s losgehen.

16:00 Uhr Fototermin, Regina und Klaus Theis-Schwenninger sind da. Huch? Da war doch jemand anders geplant? Ach? Er musste spontan verreisen? Wann? Gerade eben? Und Ihr konntet einspringen? Gott sei dank! Ihr rettet unsere Plakate! Nein, nein, die Kleider sind OK, die Haare auch. Ihr seht toll aus,

wirklich! Vielen Dank an Euch. Aber wo sind die anderen? Verdammt, wo stecken die?! Panische Anrufe. Die Mutter mit den Kindern hat ein krankes Kind. Absagen? Wozu? Der Lehrer hat entdeckt, dass sein Status als Beamter jegliche politischen Äußerungen unterbindet. Klasse! Ich tobe im Quadrat, Margrit bleibt cool. Sie holt eine befreundete Familie von der Arbeit und den Hausaufgaben weg – vielen Dank an Margrit Müller, Conny Wissler, Stefan Meier und Julia! Und ich finde in letzter Minute noch einen mutigen, spontanen Mann. Vielen Dank an Dirk Fabian!

Am Abend sind alle Fotos im Kasten, eine Woche später haben wir die Entwürfe und zwei Wochen später wird plakatiert.

Den Bürgerentscheid haben wir für uns gewonnen – unter anderem dank dieser engagierten Leute! Ein herzliches Dankeschön an alle! Diese Aktion muss uns erst einmal einer nachmachen!



Plakattafeln warten auf ihren Einsatz

Der „Bauwagen“

Regina Theis-Schwenninger / Klaus-Jürgen Schwenninger

Am Anfang war, wie so oft, eine vage Vorstellung und Idee: Die Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ sollte an zentraler Stelle präsent sein und zwar dauernd und unabhängig von handelnden Personen. Wie könnte das gelingen? Der Bauwagen des Zeltmusikfestivals zum Ticketverkauf, der immer auf der Wiese westlich des KG II steht, war die Antwort.

Nun sprudelten die vielen Engagierten der Bürgerinitiative ständig Ideen, es wurde diskutiert, verworfen oder für gut befunden. Aber es waren auch Engagierte nötig, die die Ideen umsetzten, also



Macher und Macherinnen. Fragen waren zu klären, wem gehört die Fläche, auf der der Bauwagen stehen sollte, der Uni oder der Stadt, wie bekommen wir die Genehmigung und wo bekommen wir einen Bauwagen her?

Die MacherInnen kümmern sich drum, wir verreisten erst mal. Bei unserer Rückkehr sollte der Bauwagen stehen. Sie wurde spannend, Straßenbahn Linie 1 vom Bahnhof Richtung Innenstadt standen wir in Fahrtrichtung rechts, nach dem Stadttheater die bange Frage: steht der Bauwagen oder nicht? Kreuzung Bertoldstraße/Rotteckring – ein innerlicher Hüpfen und ein kleiner Schock – da stand kein schöner altmodischer Bauwagen mit gewölbtem Dach dekoriert mit Heu-

schreckenlogos – so die Vorstellung –, sondern ein ausgewachsener, kreativ gestalteter Baucontainer. Aber er war herrlich. Er sollte sich als Anlaufstelle und Aufbewahrungsort von Info-Material als äußerst nützlich erweisen. Er wurde zum veritablen Ort der Kommunikation von allen und verkündete ständig die Botschaft „Kein Verkauf der städtischen Wohnungen“. Und er sollte recht behalten – auch in Zukunft!

Ein großes Dankeschön an die MacherInnen!

70.000 Zeitungen verteilen

Gerhard Steinhart

Ein zentrales Wahlkampfmaterial sollte die Herstellung einer Zeitung der Bürgerinitiative für alle Haushalte werden. Hintergrund war die vor allem in der Anfangsphase recht verwaltungslastige Berichterstattung der einzigen örtlichen Tageszeitung, der etwas Entsprechendes entgegengesetzt werden sollte.

Zunächst auf 12 Seiten geplant, musste die Zeitung der Bürgerinitiative dann aus finanziellen Gründen auf 8 Seiten beschränkt werden. Der erste anvisierte Erscheinungstermin rund zwei Monate vor dem Bürgerentscheid konnte vom Redaktionsteam nicht eingehalten werden. Nur vier Wochen vor dem Bürgerentscheid war es dann soweit: 70.000 Zeitungen wurden auf Paletten verpackt in Bündeln zu 500 Exemplaren angeliefert. Keiner von uns hatte vorher so eine Menge Zeitungen gesehen, geschweige denn „unter die Leute“ sprich Wähler gebracht. Wie aber sollte sie nun schnellst möglich in die Haushalte kommen?

Zuerst wurde ein kleiner Teil für die Informationsstände und diversen Veranstaltungen reserviert. Ein Großteil aber sollte idealerweise in nahezu 70.000 Haushalte der Stadt Freiburg kommen. Zunächst konnte sich jedermann an zwei Lagerstellen bedienen. Es stellte sich aber schnell heraus, dass die Verteilung zentral vonstatten gehen musste. Was dann auch so gemacht wurde: eine Person organisierte mit Internet, Telefon, Stadtplan und Exceltabelle zentral die Ausgabe der Zeitungen an die ca. 50 engagierten Freiwilligen aus fast allen Stadtteilen. Trotz teils chaotischer Verhältnisse waren dann drei bis vier Tage vor dem Bürgerentscheid tatsächlich alle 70.000 Zeitungen verteilt. Der Rest ist bekannt. Die Arbeit hatte sich gelohnt!

38.000 X JA

A circular sign with a diagonal slash through it, indicating a prohibition against smoking.

ables Klima gründet auf Hilfe
gaben und Vorzüge mit Hilfe
des neuen Modells der Mi-
verteilung. Deren

1

Was wird aus Rosa und ihrer Frühstücksrunde? Der städtische Wohnungsverkauf 2006 – im Spiegel des Breisacher Hofes

Raffael Zimmermann

Wir konnten es nicht glauben: Dieser Oberbürgermeister, den viele von uns gewählt hatten – mit einem gewissen Stolz auf unser „grünes Freiburg“, das wieder einmal Neues wagen würde – erwies sich als „Greenhorn“, der mit einem Zauberstab alle Probleme Freiburgs schlagartig lösen wollte.

Der Boden glitt unter unseren Füßen weg. Das wenige Sichere, auf dem wir glaubten, unser Vertrauen gründen zu können, sollte einfach allen weggezogen werden: Solange wir unsere Mieten zahlen würden, hatten wir unsere Zimmer, unsere Wohnungen, unser Zusammensein, unsere Heimat um einen Fußballplatz mit Kastanienbäumen.

Wenn nun die Heuschrecken 500 Millionen rausrücken würden für die Stadt, dann wäre es vorbei mit unseren öffentlichen und deshalb menschlich verwalteten Wohnungen. Was wäre mit Rosa, ihrem täglichen Frühstück unter Nachbarn, die mit 400 Euro jetzt schon mit jeder Mieterhöhung in den Fluten zu versinken droht. Was bliebe der Familie Schüler, welche in 30jähriger MieterInnen-Existenz aus eigenem Antrieb 30.000 Euro an Material in ihre Wohnung steckte, im Vertrauen darauf, dass es die städtischen Wohnungen immer geben würde. Wohin sollten jene BewohnerInnen hin, die mit einem Anteil von 40 Prozent an den BewohnerInnen nicht mehr als 200 bis 300 Euro pro Person zum Leben haben, die sich hier zusammenfanden, gestützt auf städtischen Wohnraum, auf Sozial- und Jugendzentrum, auf Wohnungsausschuss, Altenclub, Kinderhort, auf gemeinsame Feste und tägliche nachbarschaftliche Hilfe. Was würde mit mir, der ich seit nunmehr 15 Jahren die städtischen Grünanlagen um meinen Wohnbereich pflege als wären es meine eigenen. Klar, wurden Luftschlösser hinausgeblasen von MieterInnenschutz, von rechtlichen Sicherheiten, von Vorteilen, die es der gesamten Stadt bringen würde.

Wir, die wir hier wohnen, wussten, dass das nur die üblichen Beruhigungstabletten waren, um etwas Grottenschlechtes in gutes Licht zu rücken. Eine der wichtigsten Grundlagen unserer Existenz wäre weg, ins Vage, ins Unsichere, vor Gerichte geschoben. Wer von uns war schon je in einem Gericht, hat jemals auch nur daran gedacht, sich einen Rechtsanwalt zu nehmen.

Nein. Wir wussten, warum wir in die Mooswaldbierstuben zur Protestversammlung gingen. Wir wussten, warum wir Transparente malten, zu den Demos gingen und uns freuten, dass wir viele, ja es

schien sogar endlich einmal – nicht die Ausgegrenzten, sondern die Mehrheit waren. Dennoch war es eine bange, eine schlimme Zeit und es haben schon viele gute Ideen keine Mehrheit gefunden, sei es nur, dass Vielen die Zeit zu kostbar war, zu den Wahlurnen zu gehen.

Die größte Enttäuschung aber blieb: Ein Oberbürgermeister, auf den wir mehrheitlichen SPD-WählerInnen uns zaghaft, noch ungläubig staunend, gehofft hatten, floh in unseren Augen vor allen Problemen der Stadt. Statt gemeinsam mit anderen BürgermeisterInnen in der Konfrontation mit Land und Bund zugegebenermaßen dicke Bretter zu bohren, um die Finanzen der Kommunen zu kämpfen, uns zur gemeinsamen „So geht es nicht mehr weiter“-Demo aufzurufen, öffnete er die wichtigste Schatzschatulle der Stadt und war bereit, die von Geldern der MieterInnen und von Steuergeldern in über 100 Jahren aufgebauten öffentlichen Wohnungen mit einem Schlag zu einem jeder seriösen Bewertung spottenden Preis wegzuerwerfen.

Ja, es war ein wundervoller Sieg. Die ganze Stadt ist aufgestanden. Doch die Trauer, dass solch ein Sieg jemals notwendig wurde, macht uns unsicher und wütend. Was bleibt?... Macht das nie wieder!

Recht auf ein menschenwürdiges Leben

Ulrich Bayer, Pfarrer

„Denn ich bin hungrig gewesen, und ihr habt mir zu essen gegeben. Ich bin durstig gewesen, und ihr habt mir zu trinken gegeben. Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen. Ich bin nackt gewesen, und ihr habt mich gekleidet. Ich bin krank gewesen, und ihr habt mich besucht. Ich bin im Gefängnis gewesen, und ihr seid zu mir gekommen.“
Matthäus 25, V 35–36

Jesus hat in diesen berühmt gewordenen Worten an sein Jünger eine Art Katalog sozialer Menschenrechte aufgestellt: das Recht auf Nahrung, das Recht auf Kleidung, das Recht, als Kranker versorgt zu werden. Zusammenfassend könnte man vom dem Recht auf ein menschenwürdiges Leben sprechen, das Jesus hier einfordert. Und dazu würde Jesus heute sicher auch das Recht auf Wohnen zählen, eben auf menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen.

Ausgehend von dieser Überlegung hat die evangelische Markusgemeinde im Freiburger Stadtteil Mooswald beim Kampf gegen den Verkauf der städtischen Wohnungen 2006 Position bezogen. Gerade in einem Stadtteil, der zur Zeit der großen Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts als eine Sozialsiedlung für bedürftige Freiburger entstand, ist das Gespür für

soziale Gerechtigkeit und für Gemeinsinn auch heute noch deutlich ausgeprägt. Deshalb hat sich der Ältestenkreis der Markusgemeinde noch im April 2006, also kurz nach Bekannt werden der Verkaufspläne, gegen den Verkauf an einen international operierenden Hedge-Fond ausgesprochen. In einer Stellungnahme, die die Badische Zeitung am 27. Mai 2006 veröffentlichte, wurde der Protest der Markusgemeinde auch öffentlich dokumentiert. Bei zwei Podiumsdiskussionen, die der Bürgerverein Freiburg-Mooswald am 5. Mai und am 8. November 2006 mit jeweils etwa 300 Teilnehmern durchführte, sprach sich Pfarrer Bayer von der Markusgemeinde gegen den Verkauf aus.

Dabei war für die Markusgemeinde ein besonders wichtiger Aspekt die Tatsache, dass allein im Stadtteil Mooswald 765 Wohnungen mit rund 1800 Bewohnern vom Verkauf direkt bedroht gewesen wären. Viele Betroffene freuten sich über diese klare politische Aussage der Markusgemeinde und brachten auch gegenüber dem Ältestenkreis ihre positive Überraschung zum Ausdruck, dass sich die Kirche vor Ort endlich wieder einmal in einer sozialen Brennpunktfrage deutlich zu Wort meldete.

Ein Jahr später, im Sommer 2007, brach in den USA eine schwere Immobilien- und Hypothekenkrise aus, die die Weltwirtschaft erschütterte und auch in Deutschland zum Beinahe-Kollaps mehrerer großer Bankinstitute führte, darunter der Sächsischen Landesbank. Mehrere Billionen Euro gingen weltweit verloren. Als Hauptverursacher dieser Krise nannten Finanzexperten immer wieder Hedge-Fonds, die mit ihrer skrupellosen und verantwortungslosen Verkaufstrategie eben wie Heuschrecken agieren, Objekt aufkaufen, ausnehmen und danach wieder abstoßen.

Die Befürworter des durch in eindeutiges Votum der Freiburger Bürgerschaft gescheiterten Verkaufs müssen sich heute fragen lassen: Was wäre aus Freiburgs städtischen Wohnungen und ihren Bewohnern nach einem Verkauf an eine solche „Heuschrecke“ geworden?

Freiburgs Bürgerschaft entscheidet klug!

Horst Bergamelli, SPD-Stadtrat, 1. Vorsitzender des Bürgervereins Freiburg-Mooswald

Wohnungen für geringverdienende Familien gab es in allen Städten Deutschlands, so auch schon immer in Freiburg. Dies führte auch dazu, dass im 19. Jahrhundert die Beurbarungsgesellschaft, die spätere Siedlungsgesellschaft und heutige Freiburger Stadtbau GmbH, ein Sumpf- und Wiesengelände mit Wohnungen bebaute: Der Stadtteil Brühl-Beurbarung entstand. Dieser Stadtteil bot den Arbeiterfamilien und all denen, die über ein geringes Einkommen verfügten, Wohnungen zu einem günstigen

Mietpreis. Die Aufgabe dieser städtischen Gesellschaft, zu der sie sich verpflichtete, war und ist es, im Rahmen dieser sozialen Wohnraumversorgungspolitik tätig zu sein; eine beispielhafte Gründung, dem sich die Stadtmütter und -väter über ein Jahrhundert verpflichtet fühlten.

Im Laufe dieser Jahrzehnte entstanden neue Stadtquartiere, wie in der Vorkriegszeit des 2. Weltkrieges die Gartenstadt im Stadtteil Haslach und in der Nachkriegszeit in den Wohnquartieren Mooswald, Betzenhausen-Bischofslinde, Weingarten, Landwasser usw. Stets war es den verantwortlichen Oberbürgermeistern, die den Vorsitz im Aufsichtsrat der Gesellschaft qua Amt innehaben, sowie den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten Verpflichtung, diesen Wohnbestand zu erhalten, zu modernisieren und zu verbessern, wenn dies in vielen Fällen auch viel Zeit und viel Geld der Stadt in Anspruch nahm. Um die Bestandssicherung der Wohnungen zu gewährleisten, wurden jährlich bis zu zehn Millionen Mark aus der Stadtkasse in die Gesellschaft eingebracht.

Wenn es auch im Laufe eines Jahrhunderts viele Überlegungen gab, wie diese städtische Gesellschaft effizienter und preiswerter arbeiten könnte, kam außer Oberbürgermeister Dr. Salomon niemand jemals auf die Idee, die gesamten 9000 Wohnungen der Stadtbau-Gesellschaft zu verkaufen. Er wollte damit die in den Nachkriegsjahrzehnten aufgelaufenen Schulden der Stadt mit einem Schlag beseitigen, wohl wissend, dass dies so nicht zu realisieren wäre. Er vergaß dabei auch, dass diese preiswerten Wohnungen für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger so wichtig sind wie das tägliche Brot. Er war sich sicher wie die „Unheilige Allianz“, bestehend aus Junges Freiburg/Die Grünen, die CDU und die FWV, dass man die sogenannten Heuschrecken, Käufer, die durch Ein- und Verkauf das schnelle Geld machen wollen, jederzeit im Griff habe. Eine Illusion, wie man aus vielen anderen Städten weiß.

Die Wohnversorgung der Bürgerinnen und Bürger im Bereich der wenig Verdienenden spielte dabei erst in zweiter Linie eine Rolle. Die Vorstellung des Herrn Oberbürgermeisters, als der große Entschuldner dazustehen, der dem städtischen Haushalt seine Spielräume zurückgegeben hätte, wäre allzu schön gewesen. Dass dies in Freiburg nicht die Anerkennung und Unterstützung fand, die sich der Herr Oberbürgermeister erhoffte, der dann auch noch lauthals verkündete, er habe keinen Plan B, musste erst ein Bürgerentscheid klären. Eine Entscheidung, die alles wieder auf das richtige Maß brachte.

Auch der Bürgerverein Freiburg-Mooswald, unterstützt von den Bürgervereinen Landwasser, Brühl-Beurbarung und Zähringen, veranstaltete zwei Versammlungen im Fritz-Hüttinger-Haus zu diesem Thema und führte eine stadtweite Plakataktion durch, mit der wir die Bewohnerschaft Freiburgs aufriefen, gegen den Verkauf der Stadtbauwohnungen zu stimmen. Mit vielen anderen, die diesen Bürgerentscheid in Gang gebracht hatten, wurden auch wir belächelt, schließlich waren schon drei vorausgegangenen Bürgerentscheide am Quorum gescheitert, so dass die Entscheidung wieder dem Gemeinderat zufallen würde, wo sich die „Unheilige Allianz“ ihrer Mehrheit sicher war.

Doch dieses Mal war alles anders. In keinem Wahlbezirk erhielt die Stadtverwaltung und die sie unterstützenden Fraktionen eine Mehrheit. Egal, ob es sich um den Bereich der Wiehre oder Herdern, die sogenannten besseren Wohnviertel, oder die neuen Stadtteile Vauban und Rieselfeld, dessen Wohnbebauung die Grünen einst ablehnten, handelte, überall zeigten die Freiburgerinnen und Freiburger dem Oberbürgermeister und seinen Unterstützungsfraktionen die „Rote Karte“, der Wohnungsverkauf wurde abgelehnt.

Besser als die städtische Verwaltung und der Oberbürgermeister hatte die Bevölkerung Freiburgs begriffen, dass es hier um mehr geht als um eine kurze Schuldentilgung der Stadt. In über hundert Jahren wurden hier Wohnungen für Familien geschaffen, die auch denjenigen, die nicht mit großen materiellen Gütern gesegnet sind, ein menschenwürdiges Wohnen gewährleisten, ein Schatz, der nicht nach Gutdünken und Laune einfach verschleudert werden darf. Wir vom Bürgerverein Freiburg-Mooswald sind froh, dass wir auch in diesem Fall an der Seite derjenigen gestanden haben, die unserer Hilfe bedurften, wir sind glücklich darüber, dass die Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt erkannt haben, das ein von unseren Vorfahren geschaffenes Gut zur Versorgung all derer, deren eigene Kraft nicht ausreicht, sich selbst zu helfen und wohnzuversorgen, nicht einfach aufgegeben werden darf. Den Unterstützerfraktionen und dem Herrn Oberbürgermeister sei dies eine Lehre, dass nicht alles machbar ist, was man gerne möchte. Ich selbst bin davon überzeugt, dass alle, die den Verkauf unbedingt durchsetzen wollten, uns eines Tages dankbar sind, dass sie am Widerstand der Freiburger Bevölkerung scheiterten.

Wie stimmt mein recht „grünes“ Stadtviertel ab?

Heidrun Maitreau

Mein Stadtteil ist Vauban, ein Neubaugebiet mit etwa 4000 Einwohnern, mehrheitlich Besitzer ihrer Wohnungen. Also vom Verkauf der Stadtbauwohnungen nicht direkt betroffen. Wie werden all diese Häuslebesitzer sich verhalten beim Bürgerentscheid?

Die Unterschriftenlisten beim Bäcker, auf dem Markt, vor dem Supermarkt wurden schnell gefüllt, die Informationsstände lebhaft befragt. Aber so ein richtiger Aufbruch ging nicht durchs Viertel. Die WiM-Gruppe beschränkte sich auf einige wenige Leutchen. Aus den vielen Fenstern von vielleicht 1000 Wohnungen hingen höchstens vier bis sechs Heuschrecken feindliche Plakate. Etwas weniger als Wimpel zur WM ohne i.



Die Eröffnung der neuen Stadtbahnlinie in das Quartier Vauban gehörte zu den ersten Aktionen der Bürgerinitiative

Als dann ein 5-jähriger Nachbarsjunge mich auf mein wild im Wind flatterndes Heuschreckentuch ansprach und fragte, was denn dieses hässliche Bild eigentlich soll, und als er meinte, nachdem er brav meinem Versuch kindgemäßer Erklärung zugehört hatte, dass das alles blöd sei und doof, und ich das Tuch doch lieber schnell weghängen sollte, da war ich nicht mehr sehr zuversichtlich!

Immerhin wurde ich dann und wann beim Einkaufen auf den Heuschrecken-Button angesprochen und es „gestand“ mir ein Nachbar, dass er sich bis zum Wahltag nicht entscheiden konnte, dass aber

die Warnung der GLS-Bank vor einem so radikalen Wohnungsverkauf und mein Tuch vorm Balkon (da ich doch ganz normal sei - was wohl heißt: keine oberlinke Totalchaotin) den Ausschlag für ihn gegeben hätten, für den Erhalt der Wohnungen zu stimmen. Wie sich dann am 12. November zeigte, wie auch die Mehrheit in allen, aber auch allen Stadtvierteln Freiburgs abstimmte!

Eine Rede - gehalten in der Bürgerversammlung am 4. Oktober 2006

Günter Rausch

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

„Der Freiburger Stadtbau Verbund ist unser zentrales Instrument für eine aktive Wohnungspolitik, er unterstützt unsere Sozialpolitik und Stadtentwicklung und trägt zu unserer Lebensqualität bei.“ *

Damit ist eigentlich alles gesagt. Und gesagt hat das vor zwei Jahren der Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon. Bislang war das auch alles unstrittig! Heute soll das aber alles nicht mehr wahr sein:

Immer war es selbstverständlich, dass die Stadt Freiburg „für breite Schichten der Bevölkerung angemessenen und bezahlbaren Wohnraum“ zur Verfügung stellen muss. Die Stadtbau hat sich seit Generationen als wirtschaftlich und sozial verlässlicher Partner für die Stadtverwaltung und die Mieterinnen bewährt. Die Mieten der Stadtbau waren, bezogen auf die Durchschnittsmieten, immer unter dem allgemeinen Mietpreisniveau! Und unter dem Stadtbau-Dach finden auch solche Menschen Platz, die auf dem freien Wohnungsmarkt einfach keine Chance haben!

Aber die Stadtbau ist auch ein wichtiger Partner für die lokale Wirtschaft. Gerade das heimische Handwerk und die mittelständischen Betriebe können sich auf solide Aufträge verlassen. Alleine im letzten Jahr flossen so 25 Millionen Euro in Freiburger Unternehmen. Das schafft Arbeitsplätze und Steuereinnahmen für die Stadt.

Ebenso kommen alle Mietzuschüsse und Unterbringungskosten, die für die Mieterinnen der Stadtbau gezahlt werden, heute in den Freiburger Finanzkreislauf. Sind die Wohnungen der Stadtbau aber erst einmal verkauft, ist das alles unwiderruflich weg.

Vieles ist noch nicht durchdacht und schon gar nicht spruchreif! Und wichtige Gegenargumente und Alternativvorschläge werden einfach vom Tisch gewischt!

Wer diese Dinge kritisch verfolgt, weiß, dass wir erst am Anfang eines Denk- und Diskussionsprozesses stehen. Viele Menschen sind unsicher. Sie fühlen sich nicht richtig und nicht gut informiert. Wäre es nach der Gemeinderatsmehrheit und dem Oberbürgermeister gegangen, wäre die Freiburger Bevölkerung erst gar nicht gefragt worden. Dass es anders kam, lag alleine an der JA-Initiative.

Und was ist das für eine Politik, deren Ziele und Zukunftsperspektiven sich auf Schuldentilgung und Schuldeckensanierung reduzieren lassen. Die Schuldecken hätten längst instand gesetzt werden müssen. Hier geht es in Wahrheit um nicht gemachte Hausaufgaben der grünen Schulbürgermeisterin. Peinlich, dass die Sorgen und Nöte der Kinder, Eltern und Lehrer jetzt zu Wahlkampfszwecken missbraucht werden!

Wie steht es mit unseren grundlegenden Werten und den Schwerpunkten unseres Zusammenlebens in dieser Stadt? Gelten noch Werte wie soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Gemeinschaftssinn? Oder zum Beispiel das Vertrauen auf ein gegebenes Versprechen? **

Wir sagen: Wohnen ist ein Menschenrecht!

JA, Freiburgs Wohnungen dürfen nicht zum Spekulationsobjekt an Börsen werden!

Wir sagen **JA** zu vielfältigen Wohn- und Eigentumsmodellen bis hin zu Genossenschaften in unserer Stadt. Aber gut Ding will Weile haben!

JA, wir brauchen nicht weniger, sondern mehr bezahlbare Wohnungen in städtischem Besitz!

Wir sagen **JA** zu einer nachhaltigen Lösung der realen Haushaltprobleme, ohne dass wertvolles städtisches Vermögen geopfert wird.

JA auch zu einer lebendigen Bürgerkommune, in der jeder und jede ernst genommen werden.

Für all das brauchen wir eine wirtschaftlich starke und sozial gerechte Kommune.

Stimmen Sie deshalb am 12. November mit **JA**!

* Dr. Dieter Salomon in einem Interview für den Geschäftsbericht der Freiburger Stadtbau im Jahre 2004.

** Dr. Dieter Salomon in einem Brief an die Vorsitzende des Mieterbeirates der Stadtbau, Frau Christa Donat, am 9. April 2002 – vor seiner Wahl: „... mit mir wird es keinen Ausverkauf der Freiburger Stadtbau geben. Ich bin mir des sozialen Auftrages der Stadtbau (früher SG) sehr bewusst und verspreche Ihnen und den Mieterinnen und Mietern, diesen Auftrag zu erfüllen“ ... (und; G.R.) „...dass die Stadt als Eigentümerin dieser Gesellschaft mit mehr als 9.000 Wohnungen ihren Einfluss auf das Niveau der Mieten in der Stadt insgesamt behält und auch ausübt.“

Öffentliche Wohnungen – für die FreiburgSPD eine Frage des Grundsatzes

Walter Krögner, SPD-Stadtrat, SPD-Kreisvorsitzender

Von den Befürwortern des Stadtbauverkaufs wurde der SPD gern vorgeworfen, sofort gegen den Verkauf der Freiburger Stadtbau festgelegt gewesen zu sein und den Verkauf kategorisch abzulehnen. Der Umgang mit öffentlichen Wohnungen bzw. Wohnungsgesellschaften ist für die SPD eine Grundsatzfrage der Daseinsvorsorge. Hier entscheidet sich für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Frage, wie sozial ein Gemeinwesen ist und ob es dem Sozialstaatsprinzip gerecht werden kann. Die Gesellschaft hat die Verpflichtung, die Menschen, die auf dem freien Markt keine Wohnung finden, mit Wohnraum zu versorgen.

Wie es in der Präambel des Gesellschaftsvertrags der Freiburger Stadtbau festgeschrieben ist, gehört genau dies zum Auftrag der städtischen Wohnungsgesellschaft. Im Gegensatz zu anderen Wohnungsunternehmen, wie beispielsweise auch den Wohnungsgenossenschaften, besteht für die Stadt und ihre Gesellschaft FSB nicht nur die soziale Verantwortung, sondern auch die soziale Verpflichtung, Menschen mit geringem Einkommen, die in den Grenzen der Stadt leben, eine angemessene Wohnung zu gewährleisten. Dies gilt umso mehr, wenn es sich, wie in Freiburg, um eine Stadt mit hohem Mietpreisniveau und im Durchschnitt vergleichsweise niedrigen Arbeitnehmereinkommen handelt.

Die SPD in Freiburg hat sich lange vor dem 1. April 2006 mit dem Thema Wohnungen und Mieten intensiv befasst. Angesichts der sich zuspitzenden Situation auf dem Wohnungsmarkt versah die Freiburger SPD das Thema WOHNEN schon 2004 mit einem deutlichen Schwerpunkt. Insofern traf der „April-Scherz“ des Oberbürgermeisters genau ins Mark sozialdemokratischer Grundsätze und der aktuellen politischen Schwerpunktsetzung.

Zurückliegende Erfahrungen und Vernetzungen mit anderen Organisationen und Personen in Freiburg, aber auch darüber hinaus bis in die Bundeshauptstadt, stellten sich als wichtige Unterstützungsfaktoren für das Gelingen des Bürgerentscheids am 12. November 2006 heraus. Mehrmals konnten wir den Direktor und heutigen Präsidenten des Deutschen Mieterbundes Franz-Georg Rips sowie den Präsidenten des Gesamtverbandes deutscher Wohnungsunternehmen (GdW) Lutz Freitag zu Veranstaltungen in Freiburg begrüßen. Auch der frühere Hamburger Bürgermeister und heutige Spezialist der SPD-Bundestagsfraktion für REITs Ortwin Runde brachte seinen Sachverstand ein.

Die Entscheidung in Freiburg fand bundesweites Interesse und hatte, wie wiederholt in der verkaufsbefürwortenden Frankfurter Allgemeinen Zeitung zum Ausdruck gebracht, auch bundesweit

„negative“ Auswirkungen auf die Absicht, öffentliche Wohnungsbestände meistbietend zu veräußern. Wir haben uns bei unseren MitstreiterInnen in Freiburg, aber auch bei unseren Unterstützern aus der ganzen Republik zu bedanken.



„Do will i nei“ – Die Heuschrecke auf dem Weg ins Rathaus

Bürgerentscheid – Ein Instrument der Einflussnahme auf kommunale Entscheidungen

Herta König, FDP-Stadträtin

Das Ansinnen der Verwaltungsspitze mit dem Verkaufserlös des gesamten kommunalen Wohnungsbestandes die über Jahre hinweg angehäuften Schulden zu tilgen, hat die BürgerInnen überfordert. Die Schulden abzubauen ist Angelegenheit aller BürgerInnen und kann nicht nur auf dem Rücken der MieterInnen der Stadtbau-Wohnungen ausgetragen werden. Für die Handlungsfähigkeit künftiger Generationen ist es aber unabdingbar, dass die Schulden zurück geführt werden. Hierzu braucht es aber intelligentere Lösungen und Entscheidungen, den städtischen Haushalt nachhaltig zu sanieren.

Mit der sturen Verwaltungshaltung beim angestrebten Wohnungsverkauf blieben für sozialverträgliche Lösungen, z.B. eine genossenschaftliche Lösung oder einen Teilverkauf, kein Raum. Durch die Einteilung der Lager in „Pro“ und „Contra“ wurden unüberwindbare Gräben zwischen den Beteiligten gezogen. Die Podiumsveranstaltungen haben dies sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Sachliche Argumente und der Austausch über Vor- und Nachteile des Wohnungsverkaufs bzw. alternative Lösungen wurden im Keim erstickt und in den Diskussionen nicht zugelassen. Mit Fehlinformationen, vor allem über die aktuelle Haushaltsituation und die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten, versuchte die Verwaltung ihren Willen durchzusetzen. Populismus, Angst und Panikmache bestimmten das Geschehen und konnten so in der Bevölkerung keine Akzeptanz finden.

Die Verwaltung und Teile des Gemeinderates haben offensichtlich vergessen, dass die Wohnungspolitik einer Kommune eng mit sozialer Verantwortung für die Schwächeren in einer Gesellschaft verbunden ist. Der Verkauf des Wohnungsbestandes hätte kurzfristig einen finanziellen Gewinn gebracht, den sozialen Frieden aber erheblich gestört. Die Entscheidungsträger hätten künftig in der Wohnungspolitik nichts mehr zu sagen und zu tun gehabt. Es ist wachsamem BürgerInnen zu verdanken, dass der Verwaltung bei dieser weit reichenden Entscheidung Grenzen gesetzt worden sind. Die positive Komponente an der ganzen Sache ist, dass die Bevölkerung aufwacht ist und sich in das politische Geschehen eingemischt hat. Mit dem Ergebnis des Bürgerentscheids wurde deutlich, dass den Entscheidungsträgern Einhalt geboten werden kann, wenn diese über das Ziel hinausschießen wollen.

Ein weitere Etappe einer aktiven Bürgerbeteiligung wird mit dem Bürgerhaushalt auf den Weg gebracht. Es werden deutlich mehr Menschen über einen, wenn auch kleinen Teil der verfügbaren Haushaltsmittel mitbestimmen. Der Bürgerhaushalt kann langfristig zu mehr Stabilität und Qualität beim gesellschaftlichen Zusammenhalt führen und die Akzeptanz des politischen Handelns fördern. Wenn sich die Entscheidungsfindung am Bedarf an Leistung orientiert, kann ein Umverteilungsprozess ernsthaft

und aktiv begonnen werden. Mit dem Bürgerhaushalt wird eine neue Ära eingeleitet, die wir „Liberale“ begrüßen. Wir sehen darin einen Neustart in eine liberale Sozialpolitik bei der die BürgerInnen nicht länger von öffentlichen Angelegenheiten ferngehalten werden. Verwaltung und Gemeinderat werden sich jedoch daran messen lassen müssen, ob sie die Ausübung der politischen Rechte der BürgerInnen zulassen und der Bürgerwille sich in den Entscheidungen wieder findet. Mit „Sonntagsreden“ darf der Bürgerhaushalt jedenfalls für die BürgerInnen nicht ergebnislos enden.

Neoliberale Politik gefährdet den sozialen Frieden

Lothar Schuchmann, Die LINKE, Kreisverband Freiburg

Auch in Ländern und Kommunen mit demokratischer Verfassung und Alltagsstruktur fühlen sich Regierungen und Stadtverwaltungen manchmal mehr als Obrigkeit denn als gewählte Vertreter ihrer Mitbürger und vertreten dann eben nicht die Interessen der Bevölkerung; offenbar halten sie ihre Mitbürger für nicht recht zurechnungsfähig. Die Möglichkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden gemäß § 21 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg würden sicher manche Bürgermeister und Stadträte gern wieder zurücknehmen, da jetzt eine Mehrheit von Mitbürgern selbstherrliche Entscheidungen ihrer gewählten Vertreter widerrufen kann.

Viele Freiburger Mitbürger, besonders die betroffenen Mieter der städtischen Wohnungen, sahen sich durch die Androhung des Verkaufs der städtischen Wohnungen an eine „Heuschrecke“ wie Fortress nicht nur sozialer Kälte ausgesetzt, sondern auch in ihrem Gerechtigkeitsempfinden tief verletzt. Verstärkt wurde der Zorn vieler Freiburger durch unaufrichtiges Verhalten und autoritäres Auftreten der Stadtverwaltung, insbesondere des Oberbürgermeisters („es gibt keine Alternative zum Verkauf der Wohnungen“). Nur so erklärt es sich, dass in Freiburg ein wichtiger, mit großer Mehrheit gefällter Beschluss des Gemeinderats mit einer ebenfalls klaren Mehrheit eines Bürgerentscheids wieder rückgängig gemacht wurde.

Die Tatsache, dass Freiburg wie die Mehrzahl der deutschen Kommunen hohe Schulden hat, zur Zeit des Bürgerentscheid ca. 320 Mio Euro, war allen aufmerksamen Mitbürgern schon seit Jahren bekannt. In zahlreichen Diskussionen in der Zeit des Bürgerbegehrens und -entscheids wurde klar, dass ein strukturelles Defizit besteht, die Stadt musste, auch aufgrund von Bundes- und Landesgesetzen, mehr ausgeben als sie einnimmt. Dies implizierte auch, dass sich über kurz oder lang erneut ein ähnlicher Schuldenstand einstellen würde wie vor dem beschlossenen Wohnungsverkauf. Der Verkauf der städtischen Wohnungen war daher für alle Gegner des Wohnungsverkaufs keine sinnvolle oder

nachhaltige Lösung der bestehenden Finanzprobleme, im Gegenteil: Fehlende Mieteinnahmen vergrößern das strukturelle Defizit. Am 1. April 2006, also kurz nach der Landtagswahl, zeigte sich Oberbürgermeister Salomon überrascht über den hohen Schuldenstand und schlug als „Befreiungsschlag“ den raschen Verkauf der städtischen Wohnungen vor. Noch wenige Monate zuvor im Dezember 2005 versicherte Salomon ausdrücklich, ein Verkauf der Wohnungen komme nicht in Frage.

Diese Haltung führte bei zahlreichen Mitbürgern zu massivem Misstrauen. Zwei Kriterien kamen dazu, den anhaltenden Zorn vieler Freiburger weiter zu steigern. Einmal die schon verdächtige enorme Eile, mit der das Verkaufsprojekt von der Stadtverwaltung vorangetrieben wurde, die rasche sehr teure weltweite Ausschreibung des Wohnungsverkaufs und als weiteres Merkmal, die zunehmende Furcht vor der Übernahme der Wohnungen durch einen Hedgefond, eine Heuschrecke wie Fortress. Die städtischen Wohnungen, ein öffentliches Vermögen, das in vielen Jahrzehnten mit den Steuern der Bürger aufgebaut wurde, sollte für eine kurzfristige finanzielle Entlastung verschleudert werden. Dem wurde entgegengehalten: Wohnen ist Menschenrecht, Wohnungen gehören zur Daseinsvorsorge, Wohnungen sind kein Ware.

Die Mieter der städtischen Wohnungen fürchteten durch den Verkauf an eine Heuschrecke zurecht eine wesentliche Verschlechterung ihrer Situation wie Kündigungen, Mieterhöhungen, Verwahrlosung der Wohnungen oder Luxussanierung, weiter zunehmende Ghattobildung. Zudem: Die zuverlässige Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum wurde immer wichtiger, besonders für die zunehmende Zahl der Hartz IV-Bezieher.

Neoliberale Politiker, zu denen leider wohl auch unser Oberbürgermeister zu rechnen ist, sehen es als richtig an, auch Bereiche der Daseinsvorsorge zur Ware zu machen, um den Verwertungsinteressen des Kapitals zu genügen. Nachdrückliches Ziel ist es, kommunale Wohnungen, das Bildungs- und Gesundheitswesen, die Wasser- und Energieversorgung, den öffentlichen Verkehr (Deutsche Bahn) zu privatisieren; bei den Post- und Fernmeldesystemen ist dies schon weitgehend gelungen. Neoliberale Politik spaltet unsere Gesellschaft, gefährdet demokratische Substanz und stört den sozialen Frieden in unserem Land. Bereiche der Daseinsvorsorge dürfen nicht privatisiert werden, was schon privatisiert ist, muss wieder in öffentliches Eigentum zurückgeführt werden. Mitbestimmung, Mitgestaltung und Mitverantwortung der Bürger sind wesentliche Elemente einer lebendigen Demokratie. Durch Privatisierung und Ökonomisierung aller Lebensbereiche wird unsere demokratisches Gemeinwesen an der Wurzel beschädigt.

Die LINKE, vor einem Jahr noch getrennt als WASG und Linkspartei, hat mit einer engagierten Kampagne gegen den Wohnungsverkauf viel zum Erfolg des Bürgerentscheids beigetragen; sie hat die Bürgerinitiative WIM durch Unterschriftensammlungen, Infostände, Plakatierung und Zeitungsanzei-

gen unterstützt; wichtig aber waren auch eigene Veranstaltungen und wesentliche Beiträge zu Entstehung und Inhalt der Kampagnen-Zeitung.



*Banner am Haus
Kroizinger Straße 4*

Die Sozialcharta - Schutz oder Augenwischerei?

Manfred Wolf, Vorsitzender des Mietervereins Regio Freiburg im DMB

Oberbürgermeister und Stadtverwaltung wiesen während der Verkaufsdebatte immer wieder darauf hin, dass bei einem Verkauf der Stadtbau GmbH die Mieter bestens geschützt seien, da es eine sehr umfassende Sozialcharta gäbe. So würde unter anderem

- Menschen über 60 oder mit schwerer Behinderung ein lebenslanges Wohnrecht eingeräumt
- Luxussanierungen verboten
- ein Vorkaufsrecht für Mieter deutlich unter dem Marktwert gewährt
- eine Begrenzung von Mietsteigerungen erfolgen, auch im Fall von Modernisierungen
- die Sicherung von Belegungsrechten für die Stadt gewährleistet werden.

Auf den ersten Blick klang das alles sehr plausibel und vernünftig, aber es gab auch sehr schlagkräftige Gegenargumente. Was würde geschehen, wenn die Wohnungen modernisiert werden, oder die Mieten

im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten nach oben korrigiert werden? Wir haben jetzt gesehen, wie sich der neue Mietspiegel auf die Entwicklung der Mieten auswirkt, oder was in Weingarten-West im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen geschieht. Was nützt der Schutz, wenn die Betroffenen die Miete nicht mehr zahlen können? Man kann unliebsame Mieter auch „rausekeln“. In unserer Stadt gab es ja in jüngerer Zeit genügend Beispiele dafür.

Oder, wer sollte festlegen, was Luxussanierungen und was notwendige Modernisierungen sind (Beispiel Energiesektor). In einem weiteren Punkt des Kataloges wurden Käufer ja auch zur Weiterführung von Instandsetzungen/Modernisierungen/Sanierungen verpflichtet. Die Kosten derartiger Maßnahmen können jedenfalls mit jährlich 11% der Investitionssumme auf die Mieter umgelegt werden.

Verkauf an Mieter?

Und der Verkauf an die Mieter? Hier stellte sich die Frage, warum ist man diesen Weg nicht schon lange und konsequent gegangen? Im damals vorliegenden Angebot der Fa. Fortress hätte eine Wohnung im Durchschnitt 45.000,00 EURO gekostet. Für die Bewohner hätte ein Kauf zu solchen Preisen bedeutet, dass Zins und Tilgung weit unterhalb der Mietbelastung liegen. Noch nicht lange vorher war die Gründung einer Mietergenossenschaft nicht unterstützt, ja sogar verhindert worden. Es war wohl nicht gewünscht.

Eine Begrenzung von Mietsteigerungen, auch im Fall von Modernisierungen hätten im besten Fall dazu geführt, dass Modernisierungen nur in sehr begrenztem Rahmen stattgefunden hätten. Auch notwendige Modernisierungen wären sicher nur dann vorgenommen worden, wenn eine Umlage auf die Mieter möglich gewesen wäre. Trotz begrenzter Mietsteigerungen, innerhalb der erlaubten Grenzen hätten sie stattgefunden und wären voll ausgeschöpft worden. Die Stadtbau GmbH verfährt zum jetzigen Zeitpunkt ja auch nicht anders. Bei stagnierenden, bzw. sogar sinkenden Realeinkommen der hauptsächlich betroffenen Bürgerinnen und Bürger ist selbst das zu viel.

Die Belegungsrechte, die sich die Stadt sichern wollte, hätten sicher nicht ausgereicht um eine sinnvolle Belegungspolitik zu gestalten. Im Gegensatz zu Städten im Norden und Osten haben wir einen Vermietermarkt. Bezahlbare Wohnungen sind Mangelware und werden es in absehbarer Zukunft auch bleiben.

Kontrolle der Sozialcharta

Zuletzt stellte sich die Frage, wer denn die Einhaltung der Sozialcharta kontrolliert, z. B. bei einem Weiterverkauf. Wer hätte denn garantiert, dass die Charta übernommen wird, wenn ein ausländischer Investor an einen anderen ausländischen Investor verkauft? Die Verwaltung kam auf die Idee die Be-

dingungen einzelvertraglich festzuhalten. Die neuen Bedingungen sollten in die Verträge geschrieben werden, ohne die oft sehr günstigen Bedingungen alter Verträge damit aufzugeben. Es stellte sich natürlich die Frage, warum hat die Stadtbau nicht schon längst diese tollen Bedingungen in die Verträge aufgenommen? Und was geschieht im Falle eines Mieterwechsels?

Eine Komponente, die man bei einer Sozialcharta nicht außer Acht lassen darf, wenn sie Teil des Kaufvertrages ist, so ist der Verkäufer, also die Stadt, für die Überwachung der Einhaltung verantwortlich. Bei einer im Einzelmietvertrag festgeschriebenen Charta ist dies dann einzig und allein Sache des betroffenen Mieters. Der einzelne Mieter hat darüber zu wachen, dass die Bedingungen eingehalten werden und gegebenenfalls gegen Verstöße rechtlich vorzugehen – und das gegen einen riesigen internationalen Konzern.

„Schulden machen können wir auch!“ – BI „Ja zum Beteiligungsmodell“

Wohnraum für alle e.V.

Es war klar, dass wir, zunächst eine Gruppe, die aus dem Mietshäuser Syndikat und dem Arbeitskreis Solidarische Ökonomie hervorging, etwas dagegen unternehmen mussten. Schließlich setzen wir uns seit Jahren dafür ein, dass Eigentum an Wohnraum neutralisiert wird, dass Häuser dem Markt entzogen werden und in die Selbstverwaltung der BewohnerInnen kommen. Das Syndikatsmodell ist eine Freiburger Erfindung. Da konnten wir doch nicht zusehen, wie Freiburg den gesamten städtischen Wohnungsbestand verscherbelt.

Die Arbeitsgruppe Solidarische Ökonomie verfasste den ersten Offenen Brief, der am 23.6.06 erschien. Wir riefen die Bürger Freiburgs zum Widerstand gegen diese Politik auf. Vorbild waren unter anderem die Stromrebellin von Schöna. Gegen alle Vorhersagen machten sie das Unmögliche möglich: Am Ende eines langen Kampfes, nach zwei Bürgerentscheiden, anfänglich gegen den Willen der Stadtverwaltung und der Mehrheit des Gemeinderates, die die Netzlizenz für weitere Jahrzehnte an den regionalen Atomstromkonzern vergeben wollten, übernahmen sie das Stromnetz der Stadt Schöna im Schwarzwald. Mit Geldanteilen von BürgerInnen und mit großen Bankkrediten gründeten sie die Elektrizitätswerke Schöna GmbH, heute der größte Ökostromanbieter Deutschlands. Inzwischen verkaufen sie, ganz erfolgreich, ausschließlich Strom aus regenerativen Energiequellen. Nur hatten die Schönaer damals viel Unterstützung von den aufstrebenden Grünen. Hier dagegen wollte eine schwarz-grüne Mehrheit die FSB verkaufen.

Wohnraum für alle

Unser offener Brief fand viel Zuspruch und die Arbeitsgruppe wurde schnell größer, bald nannten wir uns AG „Wohnraum für Alle“. In der Zwischenzeit hatte WiM es geschafft, mit viel Aufwand und Engagement einen Bürgerentscheid einzufordern, bei dem die BürgerInnen der Stadt gefragt werden sollten, ob sie dafür sind, dass die Stadt Eigentümerin der Wohnungen bleibt. Bei WiM stellte man das Verhindern des Verkaufs in den Vordergrund. Wir waren jedoch der Ansicht, dass ein Alternativ-Modell vorstellbar werden musste, damit die BürgerInnen sehen, dass es auch anders gehen kann und so den Mut fassen können, mit Ja, für den Erhalt der Wohnungen bei der Stadtbau zu stimmen.

So kamen wir auf die Idee, Anteile der Stadtbau aufzukaufen. Nach Gesprächen mit der GLS-Bank entwickelten wir unsere Alternative: Die Stadtbau soll mit Beteiligung der Bürger bei der Stadt bleiben. In einem Flugblatt der „Wohnraum für Alle“ GmbH vom 12.10.06 heißt es: „Wir wollen weder den Verkauf der Freiburger Stadtbau an Finanzinvestoren, noch wollen wir, dass alles so bleibt, wie es ist. Stattdessen möchten wir die Chance nutzen, die Stadtbau unter geänderten Vorzeichen fortzuführen und durch die Bürgerbeteiligung zu einem durchgängig sozialen Wohnungsunternehmen umzubauen – eine ‚Neue Stadtbau‘ heißt die Perspektive“.

An unseren samstäglischen Ständen in der Innenstadt stellte sich heraus, dass gut gewillte BürgerInnen trotz strömenden Regens und beißender Kälte lange Debatten nicht scheuten, um herauszufinden, was sie denn zu tun hätten, um die richtige Wahl zu treffen. Kritisch wurde es allerdings, als die Stadt versuchte, das von allen favorisierte Beteiligungsmodell für ihre Verkaufsinteressen zu vereinbaren, indem sie argumentierte, zur Realisierung dieses Modells sei das Nein im Bürgerentscheid notwendig. Nur so könne die Stadtbau an eine Genossenschaft verkauft werden.

Das Bieterverfahren

An diesem Punkt gründeten wir in einer Blitzaktion die BI „Ja zum Beteiligungsmodell“, die die BZ vom 4.11.06 medienwirksam als „Die dritte Kraft im Wohnungsstreit“ vorstellte. Es ging uns zu dem Zeitpunkt, so kurz vor dem Bürgerentscheid, in erster Linie darum, klarzustellen, dass es kein Bieterverfahren geben durfte, wenn das Genossenschaftsmodell eingeführt werden sollte. Die Darstellung der Gegenseite, dass ein Nein für die Einführung des Genossenschaftsmodells notwendig sei, hielten wir für eine glatte Lüge. Denn der Verkauf sollte über ein Bieterverfahren durchgeführt werden, in dem der Meistbietende den Zuschlag erhalte. Genossenschaften sollten zwar als Kaufwillige „vorrangig geprüft“ werden. Doch Thomas Köhler, Anwalt der Luther Rechtsanwaltsgesellschaft in Eschborn, die die Stadt Freiburg bereits beauftragt hatte, das Bieterverfahren rechtlich zu begleiten, bestätigte, dass dies lediglich bedeutete, dass genossenschaftliche Modelle eine „reale Chance“ haben mussten, am

Bieterverfahren erfolgreich teilzunehmen. Hierzu schrieben wir im Aufruf der BI „Ja zum Beteiligungsmodell“ am 31.10.06: „Das ist keineswegs eine Zusicherung, dass sie in der endgültigen Entscheidung bevorzugt werden. Wenn eine öffentliche Ausschreibung erfolgt, muss – sofern kein wichtiger Ablehnungsgrund vorliegt – das höchste Angebot zum Zuge kommen. Gegen Bieter wie Fortress und LEG wird eine Genossenschaft also nicht mithalten können. Sollte die Stadt dennoch zu einem günstigeren Preis an eine Genossenschaft verkaufen wollen, könnte ein mitbietender Investor vor Gericht gehen und gegen die Wettbewerbsverzerrung klagen. Das Bieterverfahren können wir nur mit dem JA, für den Erhalt der Stadtbau und der städtischen Wohnungen, verhindern (...)“.

In unserem Flugblatt vom 12.10.06 fragten wir uns auch, wie es nach dem Entscheid weiter gehen solle: „Wir denken, dass nach einem positiven Bürgerentscheid die drei Jahre Sperrfrist für Anteilsverkäufe an der Stadtbau ausreichen für eine solche Form der Bürgerbeteiligung. Nicht zuletzt brauchen wir Zeit für die Kapitalbeschaffung. Auch Finanzinvestoren kochen nur mit Wasser, das heißt arbeiten mit geliehenem Geld. Nur 10% der Finanzierung eines Unternehmensaufkaufs stammt aus der eigenen Kasse, 90% sind Bankkredite. Schulden machen können wir auch“.

Ein Beteiligungsmodell hätte bei dem Bieterverfahren keine Chance gehabt. Mit dem Ja im Bürgerentscheid wollten wir außerdem Zeit gewinnen, um an alternativen Möglichkeiten zu arbeiten. Wir freuen uns sehr darüber, dass die Genossenschaften kurz vor Schluss die Notbremse gezogen und sich nicht vor den Karren des OB haben spannen lassen haben. Auch sie riefen, wie die GLS Bank, letztendlich dazu auf, mit Ja zu stimmen, um so Zeit für die Entwicklung eines alternativen Modells zu gewinnen.

Der gewonnene Bürgerentscheid vom 12.11.06 war ein großer Triumph für alle, die sich gegen den Verkauf eingesetzt hatten. Er hat verhindert, dass die Freiburger Stadtbau für schnelles Geld komplett an einen Finanzinvestor verkauft wird. Nicht verhindert aber hat er, dass die Stadt das Geschäft eines Finanzinvestors selbst betreibt, d. h. größtmöglichen Gewinn aus dem Wohnungsunternehmen herausholt: durch maximale Mieterhöhungen, Modernisierungszuschläge und paketweise Wohnungsverkäufe. Die Grünen planen anscheinend konkret den Verkauf von etwa 2000 Wohnungen ab 2010, die CDU verfolgt ähnliche Pläne.

Nach wie vor sind wir der Meinung, dass keine einzige der städtischen Wohnungen privatisiert werden darf und das auf Dauer. Das wollen wir auch in Zukunft verhindern. Und mit den alternativen Möglichkeiten, an denen wir arbeiten wollten, sind wir mittlerweile ein ganzes Stück weiter gekommen. Wir haben den Verein „Wohnraum für Alle“ gegründet. Der Zweck des Vereins ist, laut der am 12.6.07 verabschiedeten Satzung, „die Entwicklung von Alternativen zur Privatisierung von öffentlichen Gütern der Daseinsfürsorge, insbesondere von Mietwohnraum. Diese Alternativen einer

Solidarischen Ökonomie sollen Transparenz, Partizipation und Selbstorganisation ermöglichen; wirtschaftlich, aber nicht auf Profiterzielung ausgerichtet sein; den Bestand dauerhaft erhalten; und die Bedürfnisse anderer außerhalb der eigenen Gruppierung grundsätzlich mit einbeziehen, zum Beispiel durch Beteiligungen“.

Aktion Sperrminorität

Über „Wohnraum für alle“ wollen wir zusammen mit vielen UnterstützerInnen die Entscheidung der Stadt für die „Aktion Sperrminorität“ herbeiführen. Wie bei dem Modell des Mietshäuser Syndikats soll die Freiburger Stadtbau GmbH nach Ablauf der Verkaufssperre 2009 über den Ankauf von Anteilen einen zweiten Gesellschafter erhalten, die „Wohnraum für Alle“ (WFA) GmbH. Diese WFA GmbH erhält ein Vetorecht, wenn es um Entscheidungen wie in erster Linie Verkäufe von Wohnungen, aber auch etwa Satzungsänderungen geht. Gleichzeitig wollen wir Transparenz in wirtschaftliche Abläufe bringen, Bürgerbeteiligung möglich machen und Alternativen zur Privatisierung aufzeigen, das heißt, die Stadtbau zu einem sozialen Unternehmen umgestalten, das sich für die Belange derer einsetzt, die es wirklich nötig haben. Wir arbeiten also darauf hin, dass die Stadtbau mit ihren rund 8000 Wohnungen eine kommunale Wohnungsgesellschaft bleibt, die preiswerten Wohnraum zur Verfügung stellt und an die sich alle Wohnungssuchenden wenden können, die auf dem freien Markt oder bei Wohnungsgenossenschaften geringe oder keine Chancen haben.



© Peter Gaymann

Die Kunstauktion – eine Säule der Finanzierung der Bürgerinitiative

Regina Theis-Schwenninger / Klaus-Jürgen Schwenninger

Wie kommt eine mittellose Bürgerinitiative zu Geld für die vielen Maßnahmen, die durchzuführen und eben auch zu finanzieren sind, wie z.B. Informations-Material, Plakate, Veranstaltungen...

Sehr viele Leute haben die Bürgerinitiative unterstützt, aber bei dem Thema Spenden gab es auf einer der ersten Veranstaltungen die lakonische Bemerkung, das sei bereits die „erste Mieterhöhung“, was nur allzu verständlich ist. Für viele Menschen ist ihre Mietzahlung der größte Posten in ihrem Haushaltsbudget.

Mit Peter Gaymann landete der erste Engel in den Finanzen der BI. Danke an denjenigen, der ihn auf unser Anliegen aufmerksam machte. Er überließ uns zum Thema Wohnungsverkauf vier bissig trefende Originalzeichnungen zur Vermarktung. Eine sehr schöne Idee war die Produktion einer eigenen Sektflasche mit einem Motiv von Peter Gaymann. Aber Berge konnten wir damit auch nicht versetzen, geschweige denn einen Bürgerentscheid über einen so langen Zeitraum finanzieren.

Ein befreundetes Künstlerehepaar brachte uns auf die Idee, eine Kunstauktion durchzuführen, sie würden sich auch selbst beteiligen. Der Anfang war gemacht. Die umfangreiche Arbeit begann.

Wie kommen wir an Adressen der KünstlerInnen? Wer führt die Auktion durch? Wie erreichen wir Kunst-Interessierte? Die wichtigste Frage, wie bekommen wir alle unter einen Hut, stellten wir uns zu diesem Zeitpunkt, Gott sei Dank, noch nicht.

Beim Ebnetter Kultursommer 2006 trafen wir Atai Keller, der die Idee gut befand, aber gleich klar machte, dass wir die Kunst-Auktion groß aufziehen müssen. Er wolle Herrn Morat fragen, ob er die Räumlichkeiten des Morat-Instituts für Kunst und Kunstwissenschaft zur Verfügung stellen würde. Herr Morat hat uns nicht nur mit den Räumlichkeiten hervorragend unterstützt, sondern war bis zur Rückabwicklung nicht versteigerten Kunstwerke präsent. Ohne seine ruhige Professionalität hätten wir die Auktion nicht so erfolgreich durchführen können.

Aber zunächst musste eine umfangreiche Liste der Kunstszene von Freiburg und der Regio erstellt, Adressen gesucht, die KünstlerInnen alle angeschrieben und mögliche Auktionatoren gesucht werden. Der Gedanke, dass die KünstlerInnen nicht nur die BI unterstützen, sondern dass sie auch selbst vom Verkaufserlös durch Angabe eines Mindestgebots profitieren sollten, stieß nicht auf allseitige Gegen-



Das Morat-Institut vor der Kunstauktion



Kunstauktion: Besichtigung der Objekte

liebe. Man befürchtete zu geringe Einnahmen, wir konnten am Ende aber sehr zufrieden sein. Außer den Gaymann-Zeichnungen, die bei der Auktion erfolgreich versteigert wurden, mussten ca. 200 abgegebene Arbeiten gesichtet und katalogisiert werden. Erfreulicherweise waren auch Schenkungen von KünstlerInnen dabei. Bei einigen KünstlerInnen holten wir die Kunstwerke direkt ab.

Die kunstinteressierte Öffentlichkeit wurde über Flyer, einer Anzeige in der Badischen Zeitung und Pressemitteilungen informiert. Die Vorbesichtigung und die Auktion trafen auf großes Interesse. Am 22. Oktober 2006 trat das Auktionatoren-Trio Atai Keller, Franz A. Morat, Christian Schaeffer in Aktion und führte mit Bravour zu einem beachtlichen Auktionsergebnis.

Ohne die Mithilfe der vielen Freiwilligen aus der BI wäre die ganze Abwicklung nicht möglich gewesen. Dabei trafen z.T. Welten aufeinander: Profis der Kunstszene, hauptberufliche und Hobby-KünstlerInnen, privat und hauptberuflich sozial Engagierte und schlichte Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. So unterschiedlich ihre Sprachen und Ansichten speziell zur Kunst waren, allen ging es um die gemeinsame Sache. Sie waren gegen den Verkauf der städtischen Wohnungen.

22.10.2006: Die Auktion – ein Erlebnisbericht

Atai Keller, Stadtrat Unabhängigen Listen / Kulturliste Freiburg-kult

Als die Familie Theis-Schwenninger eines Tages den Vorschlag machte, ob man nicht eine Kunst-Auktion zugunsten der WiM-Initiative machen könnte, war ich erst etwas skeptisch, doch dann erinnerte ich mich an andere Versteigerungen, die ich schon erlebt hatte und dachte, wenn BBK und Kunstverein, Schlossberginitiative und Krebshilfe, Künstlerwerkstatt Mehlwaage und andere Institutionen in Freiburg schon erfolgreich Auktionen veranstaltet haben, warum nicht eine Bürger-Initiative, die sich in einem Bürgerentscheid gegen ein Thema wendet, welches viele Menschen momentan bewegt und aufwühlt, nämlich der geplante Verkauf der Freiburger Stadtbau und damit die Veräußerung sämtlicher städtischer Wohnungen. Das war ein Thema, welches immer mehr Menschen als Bedrohung der eigenen Lebenszusammenhänge erkannten und nicht gewillt waren, den Kurs des Oberbürgermeisters und der schwarz/grünen Gemeinderats-Allianz mitzugehen.

Für mich und die Kulturliste war es ein wunderbarer Anlass, die WiM in ihrem Anliegen aktiv zu unterstützen. Bisher war mir persönlich als Aktions-Idee zu diesem Bürgerentscheid noch nicht so viel eingefallen, außer dem Beitrag, als wandelnder Heuschreckendompteur bei einer Demo mit zulaufen. Schließlich waren wir zu zweit, Christian Schäffer vom Kunstverein in Schallstadt und ich, beide unerfahren im Geschäft des Auktionators, aber mit viel Engagement und Spaß bei der Sache. Schnell war klar, vieles hängt vom geeigneten Raum ab, es musste ein eingeführter Ort gefunden werden, möglichst bekannt unter Künstlerinnen und Künstlern. Es lag nahe, die Hallen des Instituts für Kunst und Kunstwissenschaften der Familie Morat in der Lörracherstraße anzufragen, dort wo sich die Kulturliste seit der letzten Gemeinderatswahl regelmäßig trifft. Herr Morat ist ein kenntnisreicher, umsichtiger und sehr erfahrener Kunstliebhaber und Kunstförderer, der schon viele Ausstellungen in seinen Räumen gezeigt hat und dabei die soziale Komponente des Künstlerseins immer vor Augen hat. Etliche junge Künstlerinnen und Künstler hat er in den letzten Jahrzehnten schon unterstützt. Er sagte dann auch dankenswerter Weise zu, die Auktion in seinen Räumen stattfinden zu lassen und war sofort bereit, mit Rat und Tat die Vorbereitungen und auch den Ablauf der Auktion zu begleiten.

Eine kleine Vorbereitungsgruppe hatte die gesamten Aufgaben zu bewältigen und das war sehr viel: Bilder aufnehmen, die Listen zusammenstellen, in die noch bis kurz vor Auktionsanfang Bilder dazu genommen werden konnten, die Erstellung von Flugblättern und Einladungen, die räumliche Aufstellung der Gemälde, Objekte und Drucke zum Besichtigungstermin, die Werbe- und Pressearbeit, die Organisation der Vorbesichtigungen, die Gespräche mit den einliefernden Künstlerinnen und Künstlern, die Festlegung der Preise etc.

Dann kam der Tag der Auktion. Wir standen zu dritt vor einem gut gefüllten Saal. Viele der Anwesenden waren das erste Mal bei einer Versteigerung und hielten sich mehr in Hintergrund auf, so dass sie schnell wieder gehen konnten. Aber auch die vorderen Stuhlreihen waren gut gefüllt, ein jeder wollte ein Schnäppchen machen, für manche hat es auch geklappt, andere steigerten sehr hoch, da ihnen die Sache im Vordergrund stand. Einige klebten förmlich auf ihren Stühlen und warteten geduldig bis ihre Nummer aufgerufen wurde, dann allerdings wurden sie sichtlich nervös durch die Bietgebote im Saal, die den Preis immer höher trieben. Ich gebe zu, wir als Team waren auch nicht ungeschickt, es kreiste der Hammer und – peng! – der Zuschlag wurde gegeben, manchmal enttäuschend, manchmal im Glück! Es waren insgesamt 170 Nummern im Aufruf. Eine breite Palette künstlerischer Größen und Kleinen, Peter Gaymann, der Karikaturist und Hühnerzeichner, ehemals aus Freiburg jetzt in Köln, hatte speziell für diesen Anlass vier farbige Zeichnungen angefertigt und der WiM gestiftet, die reißenden Absatz fanden. Ich kann versichern, die Endgebote lagen in der Nähe der Galeriepreise. Nach der Auktion blieb ein nicht unerheblicher Teil ohne Gebot in der Halle zurück.

Abschließend sei festgestellt, dass der Erlös der Auktion die WiM überaus beglückte. Es kam doch eine stattliche Summe in die Kasse der Bürgerinitiative, die so ihren Haushalt bestreiten konnte und ihr Siegeszug war nicht mehr aufzuhalten. Herr Morat verbrachte noch etliche Zeit mit der Rückabwicklung der nicht weggegangenen Bilder und Objekte aus der Versteigerung, aber laut seinen eigenen Aussagen, hat er über die Auktion einige wenige Künstler und Künstlerinnen kennen gelernt, die er vorher noch nicht wahrgenommen hatte.

Clowns gegen den Wohnungsverkauf

Shiva Grings

„Hallo?“ fragte der Moderator, als er zu uns kam, das Mikrofon an seine Lippen gepresst... „Und Sie sind ...?“ „Wir sind die Investoren“, gaben wir zurück, während wir versuchten, Eindruck zu machen.

Die versammelte Menge brach in Gelächter aus. Diese Erheiterung traf jedoch die Versammelten nicht, welche innerhalb der Halle ihre Häuser zu verkaufen versuchten. Sie gaben ihr Bestes, um dieser Erheiterung der Menge mit kühler Abweisung zu begegnen. Schließlich ging es um etwas Ernstes, womit nicht zu spaßen war; nämlich um Geld.

Der Ursprung des Gelächters, wäre schwieriger zu erklären gewesen, wären wir nicht in unserer besten Kleidung erschienen: verkürzte Tweedhosen, kariertter Mantel und Krawatte meinerseits; beige Bluse zusammen mit einem übergroßen Hut und einem gepunkteten Rock bei Oscara. Gekrönt wurde unsere Erscheinung durch rote Clownsnasen, welche wie Leuchttürme strahlten. Diese sollten der Welt signalisieren, Comedy ist, wenn man einfach lachen muss. Manchmal ist Humor die einzige Waffe gegen das Sortiment unerbittlicher politischer Argumente, welche zur Einschüchterung der Betroffenen dienen sollen.

Oscara und Olso, die zwei Clowns, welche Anita und ich für die Bürgerdiskussion entwarfen, waren bereits während des vergangenen Monats zum Thema in der ganzen Stadt aktiv. Die Idee hierzu wurde geboren, während wir anderen Diskussionen zur Thematik der Freiburger Schulden und deren einziger „Lösung“ beiwohnten. Natürlich war die Angelegenheit sehr ernst, die erbrachten Vorschläge wiederum sehr lustig. Hätten diejenigen, die den Verkauf so überzeugt vertraten, rote Nasen getragen, wäre die Lächerlichkeit ihrer Argumente auf den ersten Blick ersichtlich gewesen. Dies hätte eine erstklassige Komödie ergeben.

Anita und ich entschieden, da keiner der Beteiligten sich seiner belustigenden unterhaltsamen Position bewusst war, dieses Bild aufzunehmen und ein Theater daraus zu gestalten.

Unser erster Versuch fand zwischen Oberlinden und dem Stadttheater statt; ein treffender Platz, dachten wir. Unsere ursprüngliche Idee war es, Clowns zu spielen, welche gezwungen waren ihre Wohnungen zu verlassen. Der folgende Samstag wurde Zeuge, wie wir unsere Koffer und Zimmerpflanzen auf der Suche nach bezahlbarer Unterkunft durch die Stadt trugen. Wir bezogen Passanten in unser Stück ein, indem wir sie fragten, ob sie schöne Wohnungen hätten und ob es zuviel verlangt wäre, uns dort wohnen zu lassen. Dabei erklärten wir, dass unsere öffentlichen Wohnungen privatisiert wurden und da-



„Wir verkaufen die Welt“

durch die Mieten teurer wurden, was uns dazu zwang auszuziehen. Die Reaktion der Zuschauer war sehr positiv. Viele Passanten spielten mit, andere nahmen sich Zeit, die Aufführung anzuschauen. Um uns herum, wurden außerdem Flyer verteilt, welche die Situation genauer erklärten. Durch unseren Humor und unsere Aufführung kamen wir mit vielen Menschen in Kontakt, welche sich normalerweise niemals die Zeit genommen hätten, sich mit diesem Thema auseinander zusetzen bzw. es zu verstehen.

Auf der Hauptstraße hatten die GRÜNEN/Junges Freiburg ihr Schlachtfeld aufgebaut: Ein Stand mit einem großen grünen Schirm, umgeben von einer Gruppe Parteimitglieder, welche darauf angesetzt waren, Passanten von der Notwendigkeit des Verkaufs der Wohnungen zu überzeugen. Wir entschieden uns in der Nähe dieses Standes zu spielen. Der Humor und die Tatsache, dass wir von unserem Standpunkt überzeugt waren, verhalfen uns zum Erfolg. Die entweder gelangweilten, peinlich berührten oder genervten Gesichter am Stand der Grünen, zogen kaum Interessenten an. Deren lieblose Argumentation wurde immer bissiger, während sie mit einer Aufführung konfrontiert wurden, die sich anscheinend über sie belustigte, wogegen sie sich aber nicht wehren konnten.

Später am Stadttheater bekamen die Mitglieder der Gruppe Junges Freiburg die Möglichkeit mitzuspielen, waren aber schnell mit der Situation überfordert. Mit Clowns zu diskutieren ist aussichtslos, da es die eigenen Argumente ins Lächerliche zieht. Uns zu ignorieren, half auch nichts. Bald darauf versuchten Oscara und Oslo der Gruppe „zu helfen“, indem sie deren Argumente verwendeten. Doch irgendwie stellte sich die Sympathie für Junges Freiburg nicht ein...

In den folgenden Tagen diskutierten wir die Optimierung unserer Taktik. Wir waren uns einig, dass die Clown-Suche nach Unterkunft sehr lustig war, aber die größere Wirkung durch die „Unterstützung“ der gegnerischen Argumente erzielt wurde. Durch den Umtausch der Rollen konnten wir leicht die Torheit jener Aussagen aufzeigen. Im Anschluss an die Entscheidungsfindung verschönerten wir unsere Kostüme mit verwelkten grünen Pflanzen und Dollarscheinen. Mit dieser neuen Verkleidung begaben wir uns wieder in die Stadt, dieses Mal als die „Neuen Grünen“; eine Partei mit dem Ziel, all jene zu entfernen, welche die hohen Mieten in Freiburg nicht bezahlen können. Wir befragten Passanten, ob sie reich sind. Traf dies zu, hießen wir sie mit offenen Armen willkommen. Traf dies nicht zu, verwiesen wir sie darauf, woanders hinzuziehen, wo sie sich die Mieten leisten konnten – vorzugsweise den Osten. Unsere Aktentaschen beherbergten nun Fotos von Schlössern und Villen, welche wir in Freiburg, mit dem Gewinn aus dem Verkauf der Sozialwohnungen, zu bauen planten. Im Sortiment hatten wir beispielsweise ein neues Schloss auf dem Schlossberg und die faszinierenden Vorschläge über das neue Bauprojekt am Rotteckring.

Dieses Mal waren die Reaktionen noch besser als beim ersten Mal, die Anderen wussten nicht, mit uns umzugehen, da wir ihre eigenen Argumente gegen sie verwendeten. Das einzige, was diese

Parteien aufbrachte, war, dass man keine Witze über solch eine Situation machen sollte. Die Reaktion der Passanten hingegen zeigte uns, dass sie nicht nur die Art der Aufführung genossen, sondern auch dazu angeregt wurden, ihre eigene Meinung zum Thema zu finden, während sie gleichzeitig Spaß hatten. Alt, jung, reich oder arm, alle genossen das Spiel mit den Clowns und die etwas andere Auseinandersetzung mit dem Thema.

An dem Abend, als wir während der Bürgerdiskussion in Herdern als Investoren auftraten, war das Ergebnis des Bürgerentscheids noch unklar. Die Clowns Olso und Oscara – das Investorenteam, immer noch auf das Ernten von Erfolg durch den lukrativen Wohnungsverkauf in einer Stadt mit Wohnungsnotstand hoffend, rieben sich die Hände, mit dem Gedanken an die vielen mit dem Verkauf zu verdienenden Millionen. Die Hoffnung wurde am 12. November 2006 begraben, das Investorenteam musste die Stadt für fruchtbarere Projekte verlassen und hinterließ uns ein kurzzeitiges Gefühl von Erfolg.

Ich sage „kurzzeitig“, da der Verkauf von Sozialwohnungen sich langsam zu einem landesweiten Trend entwickelt hat, welcher durchaus wieder nach Freiburg zurückkommen könnte. Nichtsdestotrotz ist die Bewegung des Widerstandes gegen Unrecht im gleichen Maße gewachsen und mit ihr das Bewusstsein, dass Humor dabei einen wichtigen Platz einnimmt.

Übersetzt aus dem Englischen von Stefani Krieg

Selbermachen ist besser

Rolf Böhme, Oberbürgermeister Stadt Freiburg 1982 – 2002

Die soziale Wohnungsversorgung gehörte in den Zeiten der Wohnungsnot nach 1945 zum Kernbestand des Sozialstaates. So kam es in der Bundesrepublik zum Mieterschutz, zur Mietpreisbindung und zu den großen Programmen des Staates und der Städte für den sozialen Wohnungsbau. Milliarden öffentlicher Subventionen stecken bis heute in den Neubausiedlungen, die oft wie Trabanten um die Innenstädte gebaut wurden. Die Wohnbedingungen ihrer Bürger zu verbessern, war Teil der Daseinsvorsorge kommunaler Selbstverwaltung.

Gilt diese überkommene öffentlich Aufgabe der sozialen Wohnungsversorgung heute nicht mehr? Die derzeitige Welle von Veräußerungen kommunaler Wohnungen scheint ein Beleg dafür zu sein, dass man diese Frage in Deutschland allgemein verneint. Immerhin wurde vor kurzem eine Studie veröffentlicht, wonach vier von zehn Kommunen ihre Wohnungen verkaufen wollen. Ebenso wollen verschiedenen Landesgesellschaften sich von ihren Wohnungen trennen, etwa in Berlin oder in Nordrhein-Westfalen. (...)

Ein Ausverkauf städtischer Wohnungen zur Finanzierung anderer kommunaler Aufgaben in einer Zeit knapper Kassen schafft zwar kurzfristig neues Geld, kann die Kommunen aber teuer zu stehen kommen. Warum?

Der Markt kann und soll die Nachfrage der Bürger nach Wohnungen und Immobilien in vielfältiger Form und mit unterschiedlichen Angeboten regulieren. Aber die Städte und Gemeinden müssen selbst handlungsfähig bleiben für die Menschen, die auf dem Markt nicht zurecht kommen, für Familien, ältere oder sozial schwache Menschen, für Problemfälle und Minderheiten. Dies gilt besonders angesichts des Alterns unserer Gesellschaft. Hierauf müssen sich die Städte einstellen; die können sich nicht auf den Markt verlassen. Die Proteste gegen Entmietung, Spekulation, Leerstand und Abrisspolitik Ende der siebziger Jahre in Berlin, Frankfurt und anderswo scheinen vergessen zu sein. Aber die Lehre von damals bleibt, dass die soziale Wohnungsversorgung die Nagelprobe für den inneren Frieden einer Stadt ist. (...)

Unerwartet wurden die deutschen Immobilien, vor allem kommunale Wohnungen, in den letzten Jahren attraktiv. Die Gründe sind schnell genannt: Die Mieten sind stabil, die Zinsen moderat und die Grundstücke der städtischen Wohnungen oft günstig gelegen. Der deutsche Wohnungsmarkt wurde deshalb zum Anlagefavoriten und kann durch steuerliche Anreize über spezielle Immobilienfonds (Reits) noch profitabler werden. Die Frage ist, ob und warum die Städte nicht selbst dies Chance nutzen, die jetzt private, zumal ausländische Investoren wittern, wenn sie kommunale Siedlungen und Wohnungen im großen Stil kaufen. Warum verwerten die Städte nicht selbst ihre Vorteile? (...)

Die Frage nach den eigenen Perspektiven kommunaler Wohnungspolitik öffnet den Blick auf die generelle Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung, ihre Innovationskraft und Kompetenz zur Lösung der Probleme unserer Bürger. Das Erbe der europäischen Städtetradition verlangt immer wieder eine dynamische Fortentwicklung der Stadtgesellschaft und ihrer Wirtschaft; diese liegt aber nicht in der völligen Ökonomisierung unseres Lebens. Europäische Stadtqualität braucht auch eine soziale Balance und die kulturelle Würde der Bürgerschaft. Das Wohnen unter sozialen Bedingungen gehört dazu.

Auszüge aus: Süddeutsche Zeitung 11./12. November 2006, Seite 25



Finale furioso



Rezept für einen Bürgerentscheid

Heidrun Maitreau

Aus der Feinschmeckerküche von Menschen, denen Solidarität, Demokratie und Pressefreiheit besonders gut schmecken:

Zutaten

- * viele direkt, emotional oder intellektuell Betroffene, die meinen: so viel Ungerechtigkeit/Dummheit darf einfach nicht sein
- * möglichst breit gefächerte Bevölkerungsschichten und Stadtviertel
- * einige Lichtgestalten, mit dem nötigen praktischen, technischen, politischen, rhetorischen juristischen, journalistischen, Kuchenback- und Kaffeekoch-know how
- * fitte Menschen, die höchst belastbar sein sollten und unendlich viel Zeit zu investieren bereit sind
- * einige lustige, leicht verrückte Gestalten, die mutig genug sind für die verrücktesten Ideen
- * einige gute Laune Macher
- * viele Geldspenden
- * Sachspenden
- * Kunstspenden
- * sympathisierende Druckereien, Designer, Künstler aller Art (z. B. bei uns Peter Gaymann mit seinen ebenso liebenswerten wie radikalen Postkartenentwürfen)
- * Aktionen, Aktionen, Aktionen
- * Flugblätter, Presseinfos, Podiumsdiskussionen, Stände in Stadtteilen.
- * Button-HerstellerInnen, Stoff-BeschafferInnen, Stoff-BedruckerInnen...
- * usw.

Die Zutaten sind wohldosiert, einzeln oder im Verbund, je nach Lust und Laune, nach Wetter, Gesundheit, Kraft und Ferienterminen einzusetzen. Wohl bekomm's!



JA zu einer Stadt, die zu ihrer sozialen Verantwortung steht!

Als Fachleute der Sozialen Arbeit sehen wir den geplanten Verkauf der Freiburger Stadtbau GmbH mit großer Sorge.

Freiburg wird mit gesellschaftlichen Problemen wie Arbeitslosigkeit und wachsender Armut konfrontiert. Immer mehr von sozialer Ausgrenzung betroffene Menschen sind auf die Solidarität des städtischen Gemeinwesens angewiesen. Wer sich nicht auf dem freien Markt bedienen kann, muss auf eine Grundsicherheit durch Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge vertrauen können. Es ist unsozial und unsolidarisch, die Probleme des städtischen Haushalts durch die Privatisierung der öffentlichen Wohnungsversorgung und damit zulasten sozial benachteiligter Menschen lösen zu wollen!

Die Freiburger Stadtbau ist als zentrales Element sozialer Kommunalpolitik unverzichtbar, um Bevölkerungsgruppen mit Wohnraum zu versorgen, die nicht in der Lage sind, eine Wohnung auf dem freien Markt zu finden. Zudem gilt es, einer Aufspaltung der Stadt in „arme“ und „reiche“ Wohnquartiere entgegenzuwirken.

Wir nehmen empört zur Kenntnis, dass in der aktuellen Diskussion suggeriert wird, die Stadt könne sich ohne Verkauf der Freiburger Stadtbau die bisherigen Zuschüsse an soziale Einrichtungen nicht mehr leisten. Das Ziel muss eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung sein, damit soziale Stadtentwicklung und Soziale Arbeit in unserer Stadt eine Zukunft haben!

Andreas Abler Sozialpädagoge · Rebekka Alze Sozialpädagogin, Religionspädagogin · Peter Aspiron Sozialarbeiter, Supervisor · Dr. Clemens Back Stadtteilarbeiter · Maria Baisch Sozialpädagogische Fachkraft · Dorothee Barth Sozialarbeiterin · Christina Becker Sozialpädagogin · Regina Bosler-Hertrampf Erzieherin · Annette Brox Gemeinwesenarbeiterin · Sofia Freitag Studentin · Norman Glaesner Sozialarbeiter · Isabel Grafe Studentin · Jutta Guhl Wissenschaftliche Mitarbeiterin · Robert Halbscheffel Sozialpädagoge · Wiebke Hartmann Sozialarbeiterin · Thomas Haug Sozialarbeiter · Gerlind Heckmann Gemeinwesenarbeiterin · Norbert Held Sozialpädagoge · Wolfram Hertrampf Sozialarbeiter, Supervisor · Volker Hug Sozialpädagoge, Kunsttherapeut · Christa Irion Sozialpädagogin · Dietmar Keilbach Sozialarbeiter · Prof. Dr. Renate Kirchhoff Theologin · Sebastian Klus Gemeinwesenarbeiter · Nina Kuhn Gemeinwesenarbeiterin · Gerald Lackenberger Gemeinwesenarbeiter · Martin Lock Sozialarbeiter · Prof. Dr. Reinhard Lohmiller Kunstpädagoge · Anke Makowka Sozialpädagogin · Prof. Dietmar Müllensiefen Dozent · Maren Naecker Sozialarbeiterin · Elise Pape Wissenschaftliche Mitarbeiterin · Prof. Dr. Günter Rausch Gemeinwesenarbeiter · Stefanie Rausch Gemeindediakonin, Sozialarbeiterin · Peter Sand Jugendhausleiter · Prof. Dr. Ulrich Pfeifer-Schaupp Sozialarbeiter · Mischel Philippi Gefängnisseelsorger · Birgitt Reisenweber Sozialpädagogin · Gabriele Schmalz Sozialpädagogin · Prof. Dr. Wilhelm Schwendemann Theologe, Pädagoge · Susanne Schoen Sozialarbeiterin · Esther Seer Sozialarbeiterin · Lukas Sellinger Sozialarbeiter · Prof. Dr. Rüdiger Spiegelberg Soziologe · Mart Rutkowski Sozialpädagoge · Mathias Staenke Geschäftsführer · Melanie Stange Sozialarbeiterin · Gerhart Steinhart Gemeinwesenarbeiter · Marion Tritschler Gemeinwesenarbeiterin · Christel Tröster Sozialarbeiterin · Arno Tschunke Sozialarbeiter · Elmar Weber Kinder- und Jugendarbeiter · Christel Werb Gemeinwesenarbeiterin · Jörg Wieland Sozialpädagoge · Jörg Winkler Theologe

Stadtkurier, 9. 11. 2006

Es wird Zeit, dass wir zu unserer Stadt stehen!*

Rolf Schädler, Altstadtrat der Grünen

(Miet)Wohnungen sind keine Ware, dafür haben wir uns Anfang der Achtziger Jahre ohne Rücksicht auf persönliche Nachteile und gegen den politischen Trend eingesetzt. Alleine auf die „Idee“ zu kommen, unsere Wohnungen, Wohnungen über die das Privatkapital keine Verfügungsmacht hat und die Grundstücke im Gemeinbesitz an Spekulanten zu verkaufen und die Mieter diesen auszuliefern, ist unfassbar und politisch destruktiv. Es zeigt einen so erschreckenden Verfall des Wertebewusstseins, Aufgabe eines gesellschaftlichen Fortschritts und des Wissens, dass nur Eigentum in unserer Gesellschaftsverfassung Handlungsfreiheit gibt und Macht begründet.

Im Info Nr. 13 der Grünen vom 11.2.1982 wird von der bankrotten Finanzlage Freiburgs, der Rekordverschuldung, der Zinsspirale, aber auch der dringend notwendigen Altschulbausanierung mit eindringlichen Worten berichtet. Vor 24 Jahren! Damals konnten die Grünen nicht aufbegehren, sie waren auch in den Gemeinden und Städten noch zu schwach. Das sollte sich bekanntlich ändern, nicht zuletzt in Freiburg. Und dann gab es ja sogar eine so genannte rotgrüne Regierung! Die Chance, endlich die Interessen der Gemeinden, und damit der BürgerInnen vor Ort nachhaltiger zu vertreten und die zunehmende Diskrepanz von Leistungen und Einnahmen politisch radikaler und auf Bundesebene offensiver offen zulegen, wurde nicht genutzt. Im Gegenteil! Die Grünen wurden in Freiburg stärker und gleichzeitig staatskonform. Sie begannen „zu gestalten“, sie biederten sich an und bis heute hält sich der Streber-Trend, es noch besser bzw. schlimmer zu machen als die „alten Parteien“.

Es ist der Gipfel der Unverfrorenheit und Wählerverdummung jetzt auf die Tränendrüsen zu drücken und Eltern, soziale und kulturelle Gruppen mit Drohungen zu erpressen. „Schulen sanieren!“ heißt es auf diesen Verdummungsplakaten zum BürgerInnen-Entscheid. Die politische und moralische Verkommenheit der Grünen hat unter dem grünen OB einen Höhepunkt erreicht. Eine miese Angstkampagne statt Aufklärung und betrieben von denjenigen, die deutliche Mitverantwortung für das angebliche Desaster haben. Keine Scham über das eigene Versagen und kein Respekt vor dem Erbe der Nachkriegsgeneration. Hätten die Grünen nicht wenigstens soviel demokratischen Anstand haben sollen und nach dem Aufstand in der betroffenen Bevölkerung auf diesen Anschlag zurücktreten und den Weg freimachen können, für eine allgemeine Aufklärung und Diskussion unter Einbeziehung aller interessierten, betroffenen und kompetenten BürgerInnen?

Die FreiburgerInnen haben seinerzeit das Münster erbaut. Quasi aus dem Nichts bauten sie nach dem Krieg zehntausende Wohnungen und u.a. auch viele Schulen. Nun, in der Wohlstandsgesellschaft soll es uns nicht mehr gelingen, dieses Erbe zu erhalten? Und was ist das für eine „Zukunft“, die nur durch die Vermarktung des in der Vergangenheit erarbeiteten Vermögens bewältigt werden könnte?

Es wird Zeit, dass wir zu unserer Stadt stehen!

Privatisierung und Profitmaximierung als Antriebsmotiv, Stadtverwaltung und Gemeinderat als Reparaturmanagement einer den Egoisten ausgelieferten, vermarkteten Stadt?

Mindestens 29.000 Menschen sollen ja mitverkauft werden. Ich weiß nicht, ob die politische Laienschar allein die psychische Belastungen nachzuempfinden vermag, denen diese Menschen seit Beginn der Kampagne ausgesetzt sind. Ihre Zukunft steht in den kapitalistischen Sternen. Aus der Wohlfahrt einer – mit Zustimmung des Gemeinderats auch schon „marktwirtschaftlich“ auffällig – städtischen Gesellschaft in die „Obhut“ einer nicht an den Menschen, sondern ziemlich ausschließlich an der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen interessierten anonymen „Investorgruppe“. (Die Sache mit der menschenfreundlicheren Großgenossenschaft ist auch nur eine Version für Traumtänzer.)

Die Selbstverwaltung, unsere Macht in der Stadt, beruht nur bedingt auf formalen Rechten, die zumindest temporär von weniger Wohlmeinenden ausgehebelt werden können. Uneingeschränkte Handlungsfähigkeit, unsere Stadt zu sein, unsere Allgemeininteressen zu vertreten und durchzusetzen, beruht auf Besitz. Und die Mieter können nur ruhig schlafen, wenn sie die Solidarität einer Stadt, ihrer Stadt als Schutzschild haben. Dies sollte auch das inzwischen akademisch-großbürgerliche Milieu der Grünen begreifen, dass die Infrastruktur der Bedürftigen nicht verscheuert werden darf, um den eigenen privaten Wohlstand und die kulturelle Klientel-Infrastruktur der Besserverdienenden zu sichern.

Die Menschen im städtischen Wohnungsbestand dürfen nicht zu Opfern einer einseitigen und asozialen Finanzpolitik gemacht werden, indem man sie an das spekulative Finanzkapital ausliefert. Der Wert des städtischen, also unseres Wohnungsbesitzes, geht wegen seiner sozialen Ausgleichs- und Sicherungsfunktion weit über seinen materiellen Wert hinaus. Der soziale Frieden würde extrem gefährdet, die Spaltung in Arm und Reich vertieft. Das wollen sicher auch Eigentumsbesitzer und die noch immer reichlichen privaten Wohnungsvermieter nicht.

Es wird Zeit, dass wir zu unserer Stadt stehen und dem abgehobenen Establishment eine Lektion erteilen. In unserer Stadt muss wertkonservativ, historisch traditionell und soziokulturell gehandelt werden und erst dann fiskalisch, nicht andersherum.

* Bei diesem Beitrag von Rolf Schädler handelt es sich um einen stark reduzierten Auszug eines langen offenen Briefes dieses Altkommunals der Grünen an einen früheren Weggefährten. Das Original kann unter http://www.wohnen-ist-menschenrecht.de/dokumente/b_schaedler.pdf nachgelesen werden.



„Spiel nicht mit den Schmu­delkindern ... mach's wie Deine Brüder!“

Ein Leserbrief, den die BZ nie druckte

Gerd Wacker

Endlich, nach langen Jahren der Irrungen und Wirrungen kehren verloren geglaubte Söhne und Töchter bürgerlicher Eltern nach vielen Umwegen wieder in den Schoß ihrer Herkunft zurück. 1968 und danach gehörten sie, wie viele Studenten (keiner sprach damals von „Gendermainstreaming“) aus den oberen Schichten der Gesellschaft, zu den besonders radikalen WortführerInnen einer Rebellion, die scheinbar mit den Werten und Konventionen ihrer Elternhäuser völlig brachen. Sie trugen lange Haare oder trugen kurze Röcke, lebten in Kommunen, rauchten dies und das, schliefen auf Matratzenlagern und manche besetzten auch mal Häuser. Ihre Parole „Häuser besetzen, Mieten nicht bezahlen“ wurde vor allem von Arbeitern und kleinen Handwerkern nicht verstanden. Deren Lebensvorstellungen waren niemals die jener selbsternannten Revoluzzer. In den Augen dieser „Avantgarde“ waren die werktätigen Menschen ohnedies nicht ernst zu nehmende kleinbürgerliche Spießer oder ins System integrierte, mit falschem Bewusstsein ausgestattete Subjekte. Wer das System durchschaut hatte, war frei von all

den dumpfen Verführungen und Verblendungen der Konsumgesellschaft: „Keine Macht für niemand“ und „Unter dem Pflaster, da liegt der Strand“! Alternatives Leben zeigte sich vor allem im Wohnen. Mensch lebte nicht nur im Kollektiv, Mensch wohnte vor allem in angemessenen Häusern, citynah, mit großen Zimmern, Balkon zum Hinterhof und echter Essküche zum Palavern. Jene Proleten dagegen hausten in Karnickelställen bzw. Wohnklos draußen in Landwasser oder Weingarten, gingen Tag für Tag zur Arbeit und drückten noch einen Großteil ihres Lohnes für die Miete ab.

20 Jahre später nun prallen diese Welten wieder aufeinander. Dieses Mal wohnen die Alt-Revoluzzer zwar immer noch in der Wiehre, freilich nun als Besitzer einer eigenen Wohnung und in ruhigen Straßen, mit guter Adresse. Sie sind inzwischen RechtsanwältIn, UnternehmerIn, BuchhändlerIn oder ProfessorIn, also richtig etablierte und arrivierte Bürger und Bürgerinnen! Gänzlich auf Wirtschaft und Politik wollen sie freilich doch nicht verzichten. Irgendwie ist es chic, da oben mit zu mischen und eigentlich hatte mensch ja durchaus einmal Utopien und so... Nicht wenige finden sich deshalb im Gemeinderat wieder.

Und wenn es nun einmal erneut zum Häuserkampf kommt, mischen sie halt wieder mit, stehen sie wieder auf der richtigen Seite, freilich mit etwas anderen Vorzeichen: HausbesetzerInnen entpuppen sich im grünen Freiburg im Jahre 2006 zu (H)ausverkäuferInnen des städtischen Gemeinschaftsbesitzes. Und die damals gescholtenen kleinen Leute sind mal wieder die Dummen. Sie wollen nicht einsehen, dass die alten Revoluzzer es stets gut mit ihnen meinen. Es fehlt noch immer am richtigen Bewusstsein! Wozu sollte man/frau die Stadt als Vermieterin haben wollen, wo dies doch allemal bloß das Privileg einer kleinen Minderheit ist und die Mehrheit der armen Leute schon längst das Glück des freien Wohnungsmarktes zu schätzen weiß? Warum sollte die Stadt über eigene Wohnungen verfügen, wo es der Markt doch viel besser regelt? Und wer einst die Parole an die Wand sprühte „legal, illegal, scheißegal“, der doziert heute das hohe Lied des deutschen Rechtes und die Bedeutung von Treu und Glaube schriftlich fixierter Verträge, wie es die so genannte Sozialcharta ist. Und natürlich würden sich auch Finanzinvestoren oder gar die LEG an diese Vereinbarungen halten. Die Interessen, die Sorgen und Ängste der vielen Mieter und Mieterinnen rauben den neuen Eliten keinen Schlaf. Im Zweifelsfall sind es noch immer jene unaufgeklärten, emotionalen und manipulierten „Sozialmieter“ draußen am Rande der Stadt. Und vielleicht hatte Väterchen Franz mit seinen Schmuddelkindern am Ende gar nicht so Unrecht: „Geh doch in die Oberstadt, mach's wie Deine Brüder ...“

Natürlich haben die einstigen Revoluzzer sich nur aus taktischen Erwägungen in einer „neuen Allianz“ mit dem einstigen Klassenfeind zusammengetan, zumal auch der zu dumm ist, zu merken, dass der lange Marsch durch die Institutionen eines Tages doch zum Sieg der aufgeklärten, kreativen und gebildeten Intelligenz führen wird. Venceremos, ihr lieben Alt-Grünen!

... noch mehr Leserbriefe aus der Badischen Zeitung

„Da kann ich nur lachen“

„Da gibt es doch tatsächlich junge Leute, die glauben mit einer Entschuldung alle Haushaltsprobleme der Stadt lösen zu können. Dann kann ich nur lachen. Ich selber bin auch jung, und ich glaube nicht an eine bessere Zukunft, wenn wir uns Stück für Stück an schwer greifbare, internationale Investmentfirmen verkaufen, die sich völlig unserer Kontrolle entziehen und nur auf unsere Kosten Gewinne machen wollen. (...) Wer glaubt denn, dass sie soziale Verantwortung übernehmen, wenn sich schon der Oberbürgermeister damit schwer tut? Ich glaube es nicht. Deshalb stimme ich mit JA!“

Linda Wenzel, 26.10.2006

„Zeit lassen“

„Wenn einem 14 Tage vor dem Bürgerentscheid noch so „optimale“ Lösungen einfallen, kann man nur den Leuten danken, die den Bürgerentscheid erzwungen haben. Vielleicht hilft längeres Nachdenken doch und eine echte Freiburger Lösung wäre, den Rätinnen drei Jahre Zeit zu lassen.“

Gabi Dierdorf, 8. 11. 2006

„Der Preis entscheidet“

„Deshalb wird im Bieterverfahren der Preis entscheiden. Im Falle einer Bevorzugung einer Genossenschaft müssten die Verkaufsbefürworter Klagen fürchten wegen Veruntreuung von Vermögen und wegen Verletzung des Vergabe- und Wettbewerbsrechts ... es kaum anzunehmen, dass Salomon dazu bereit ist.“

Lucia Butschle-Cordi, 8. 11. 2006

„Widerspiegelung der Stimmung in der Stadt“

„Was für den Grünen-Funktionär Jochen Hefer das Problem darstellt, ist die Tatsache, dass von den jeweils übrigen 200 bis 250 TeilnehmerInnen das Verhältnis noch deutlicher zu Gunsten der Verkaufsgegner war, schätzungsweise drei Viertel den Verkauf der Stadtbau ablehnten. Dies schien auch die Stimmung in der gesamten Stadt widerzuspiegeln. Das scheint auch für die Verkaufsbefürworter schwer zu ertragen zu sein.“

Thomas Thomsen, 8. 11. 2006

„Interessantes Demokratieverständnis“

„(...) Zweitens äußerten Frau Feierling-Rombach (die Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion - Anm. der Redaktion) und GrünenvertreterInnen, möglicherweise sei die Frage zu komplex für ein einfaches Ja oder Nein gewesen. Soll heißen? Die Bürger sind zu dumm für komplexe Fragen, weil sie anders entscheiden als die schlauen Gemeinderäte? (...) Dank Bürgerbegehren und -entscheid ist in Freiburger

aus einem schwarz-grünen „Vermittlungsproblem“ ein „Umsetzungsproblem“ geworden. Der 12. November 2006 wird mir als ein guter Tag für die Demokratie in Erinnerung bleiben.“

Christian Finck, 15.11.2006

„Alternativen“

„(...) Es braucht nun politisch Verantwortliche, die bereit sind, die zahlreichen eingegangenen und noch eingehenden Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung vorbehaltlos und in einem transparenten Verfahren der Bürgerbeteiligung zu prüfen. Wer jetzt immer noch sagt, dass es zum Stadtbau-Verkauf nur die Alternative des sozialen und kulturellen Kahlschlags gibt, ist hierfür nicht die richtige Person. Ich wünsche den Freiburgerinnen und Freiburgern, aber auch Herrn Salomon selbst, dass er die Größe für diesen Kurswechsel aufbringt. Wenn nicht, sollte er gehen.“

Jutta Guhl, 20.11.2006

„Mündige Bürger“

„Hallo BZ, aufwachen bitte! Aus der ganzen Republik kommen Glückwünsche zum gewonnenen Bürgerentscheid und Sie malen die Zukunft schwarz, schwärzer, am schwärzesten? Sind Sie irgendjemandem hörig? Ich stelle fest: Freiburg hat das, was alle suchen: mündige Bürger. Das sind zum Teil sogar Ihre Leserinnen und Leser. Also seien Sie stolz auf sie und wir sind stolz auf uns. (...)“

Heidrun Maitreau, 20.11.2006

Das letzte Bürgergespräch im Theater Freiburg

C. Stephanie Rich

Das war wohl ein Theater im/mit dem Theater!

Ganz selbstlos hatte man im Rathaus während der laufenden Bürgerentscheids-Kampagne vier Termine für Bürgergespräche anberaumt. Triumphaler Abschluss sollte die letzte Versammlung im Theater werden. Fraglich war nur, für wen es ein Triumph werden sollte...

Unser Oberbürgermeister war in der glücklichen Lage, gleich mehrere Rollen in einem miserablen Stück zu spielen! Er sah sich gezwungen, ein dreifaches Engagement abzuliefern. Weil der Moderator angeblich plötzlich erkrankte, führte Herr Salomon die Anwesenden als Moderator durch den Abend und trat zugleich als engagierter Verkaufsbefürworter auf.

Gerne wäre die Menge der Zuhörer weitaus größer gewesen, doch leider wurde mehr als die Hälfte aller Interessierten von einem Besuch des Theaters sprichwörtlich ausgeschlossen. Obwohl der Saal

mehr Zuhörer fassen konnte, wurde vom Befehlsstand (OB und Kollegen) angeordnet, die Türen zu schließen. Selbst der CDU-Stadträtin Frau Feierling-Rombach wurde der Eintritt nicht ermöglicht. Erst als man im Saal heftig protestierte und keinerlei Kommunikation mehr möglich war, wurden noch einige wenige Interessierte eingelassen. Mehr als die Hälfte waren da aber bereits wieder gegangen.



Das Podium beim Bürgergespräch im Stadttheater

Schließlich fand sich der Oberbürgermeister auch noch in der Rolle des 1. Bürgermeisters. Herr Neidek konnte den Abend selber nicht genießen und hatte in OB Salomon nun einen würdigen Vertreter. Die Anwesenden sahen sich somit gezwungen, den Abend hindurch einem unverschämten Monolog des OB zu folgen.

Auch bei der letzten Veranstaltung vor dem Entscheid kam es also nicht zu einer Verständigung, vielmehr machte Herr Salomon mit seinen haltlosen Versprechungen und leeren Prophezeiungen dem Rahmen des Theaters alle Ehre. Bis zum Schluss hat die Stadt Freiburg es versäumt, Bürgernähe zu praktizieren. Zweifel und Ängste der Bürgerinnen und Bürger Freiburgs wurden nicht ernst genommen.

Durch die Art und Weise wie man auch heute noch bei der Stadt über den Bürgerentscheid und dessen Ausgang spricht, wage ich zu bezweifeln, dass ein Lernprozess stattgefunden hat. Die Bürgerinnen und Bürger Freiburgs jedoch haben eine Menge gelernt und hoffentlich erinnert sich ein Jeder an das Vergangene, wenn die nächsten OB-Wahlen anstehen.

Für die Zukunft bedeutet die gemachte Erfahrung: Wir müssen aufpassen, dass der nun anstehende Bürgerhaushalt nicht zu einer reinen Alibi-Veranstaltung wird!

Einstimmig

Hendrijk Guzzoni, Stadtrat Unabhängige Listen / Linke Liste

Nur noch vier Tage bis zum Bürgerentscheid. Bis zum „ersten erfolgreichen Bürgerentscheid in der Geschichte Baden-Württembergs“, wie ich seit Wochen auf jeder Sitzung der Bürgerinitiative behauptet hatte? In vier Tagen würden wir es sehen. Und eigentlich war der „Wahlkampf“ lang genug. Vor zwei Tagen, am Montag, den 6.11. war im Stadttheater die letzte Bürgerversammlung. Eine chaotische Bürgerversammlung: über Hundert Personen werden erst nach unserer massiven Intervention hin in den überfüllten Saal hineingelassen. Die Verkaufsbefürworter lassen als „Sachverständigen“, den für die Verkaufsabwicklung engagierten Anwalt der Beraterfirma auftreten (die schließlich 377.000 Euro erhält). Der Oberbürgermeister „verbürgt sich mit meinem Wort als Oberbürgermeister“, dass das Genossenschaftskonsortium ein Angebot für die Wohnungen abgeben werde, was von dieser Seite schon dementiert worden war. Bei all dem haben wir den Eindruck, wieder gut und besser abgeschnitten zu haben, die Mehrheit der Menschen auf unserer Seite zu haben. Aber wird es reichen, wird unsere Mehrheit so deutlich, wird die Wahlbeteiligung hoch genug, dass wir das Quorum erreichen?

Und noch eine Veranstaltung, eine allerletzte: der Bezirksschülerrat hat zu einer Podiumsdiskussion ins Haus der Jugend eingeladen. Und ich bin ausgeguckt, die Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ dort zu vertreten. Ich habe etwas Bammel. Zum einen, weil die andere Seite von Volkhart Schönberg vertreten wird, dem Ehemann der Grünen Fraktionsvorsitzenden, der in den Bürgerversammlungen mit großer Aggressivität und persönlichen und antikommunistischen Ausfällen aufgefallen ist und zum anderen, weil ich erwarte, dass „Junges Freiburg“, die im Freiburger Gemeinderat mit zwei Sitzen vertreten sind und sich mit den Grünen zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, massiv auf diese Veranstaltung mobilisieren wird. So rufe ich Leona, eine befreundete Schülerin an und bitte sie, zu der Veranstaltung zu kommen, um wenigstens eine Person sicher auf meiner Seite zu haben, mir moralisch den Rücken zu stärken. Und Leona sagt zu, kommt mit ihrem Freund Joschka. Wer nicht kommt, ist „Junges Freiburg“. In der Vorbesprechung und der Einführungsrunde gewinne ich den Eindruck, dass ein Großteil der BesucherInnen sehr offen und wenig festgelegt in die Diskussion geht.

Und noch eine Überraschung: die Frage der Schulsanierungen und der dafür erforderlichen Mittel steht nicht im Mittelpunkt der Debatte, soziale Fragen und welche Entscheidung der Anforderung der Nachhaltigkeit besser gerecht wird, bilden den Schwerpunkt der Auseinandersetzung, auch das „Genossenschaftsmodell“. Die Diskussion verläuft angeregt und für uns Verkaufsgegner ausgesprochen positiv. Irgendwie ein Spiegelbild der letzten Wochen: langsam aber sicher gewinne ich den Eindruck, dass sich die Waage der Zustimmung auf unsere Seite neigt, dass unsere Argumente stichhaltig sind, authentisch, überzeugend und alle Felder der Debatte nachvollziehbar abdecken.

Und so geht die letzte Diskussionsveranstaltung des Wahlkampfs vor dem Bürgerentscheid zu Ende. Und die Veranstalter lassen am Schluss eine Probeabstimmung durchführen. Mit einem sensationellen Ergebnis: einstimmig! Alle BesucherInnen sprechen sich bei wenigen Enthaltungen gegen den Verkauf der städtischen Wohnungen aus!

Das muss doch ein gutes Omen sein. Jetzt kann doch wirklich nichts mehr schief gehen, oder? In vier Tagen würden wir die Antwort wissen. Meine Zuversicht steigt...



Ein Bürger stellt Fragen

Das Wunder von Weingarten

Angelika Wehinger, Altstadträtin SPD, Vorsitzende des Forum Weingarten 2000 e.V.

„Ich glaube nicht, dass wir den Bürgerentscheid gewinnen.“ So dachte ich von Anfang an. Und es gab ja auch Erfahrungen, schließlich waren alle bisherigen Bürgerentscheide in Freiburg gescheitert, weil nie das Quorum erreicht wurde. Nun ja, das Bürgerbegehren war erfolgreich, der Gemeinderat hatte gezwungenermaßen den Bürgerentscheid beschlossen, jetzt mussten die Bürgerinnen und Bürger informiert und überzeugt werden.

Zu meinem Erstaunen war das Interesse in der Bevölkerung riesengroß. Natürlich lehnten die MieterInnen den Verkauf der Stadtbau ab, aber auch Hausbesitzer und Wohnungseigentümer waren überwiegend gegen den Verkauf der städtischen Wohnungen. „Das ist doch ein Unding, dass jetzt auch noch das letzte Tafelsilber verscherbelt werden soll“, war die Meinung vieler aufgebrachter Bürger. Das von den Befürwortern des Verkaufs gebrauchte Argument „wegen der hohen Schulden der Stadt“, oder „totale Entschuldung auf einen Schlag“, überzeugte sie nicht. Die Arbeit am Infostand machte richtig Spaß. Es waren nur wenige, die den Verkauf der Stadtbau gut fanden. Aber auch das änderte nichts an meiner Überzeugung; der Bürgerentscheid würde scheitern. Ab und zu kamen mir ganz sachte Zweifel. Aber die schob ich schnell bei Seite. Ja, sie sind alle dagegen, aber leider gehen sie nicht zur Wahl, das kennen wir doch. Was nicht sein kann, das durfte einfach nicht sein.

Wahltag in der EBW

12. November, Tag der Abstimmung. Ich hatte mich als Wahlhelferin zur Verfügung gestellt. Mein Wahllokal, die Erwachsenenbegegnungsstätte (EBW) in Weingarten. Ich war für die Nachmittagsschicht eingeteilt. Auf dem Weg zur EBW traf ich eine mir bekannte Familie aus der Krozinger Straße, die erzählte: „Wir kommen gerade aus der Reichwein-Schule, wir wollten dort wählen, aber die schicken uns in die EBW“. „Ja richtig, Ihr Wahllokal ist in der EBW“. Oh Gott dachte ich, wenn das noch vielen passiert, dass sie in die Reichwein-Schule statt in die EBW gehen, sehe ich schwarz. Viele haben dann sicher keine Lust mehr, noch in die EBW zu gehen.

Am Mittag beim „Schichtwechsel“ der WahlhelferInnen war die Wahlbeteiligung noch sehr niedrig. Sofort fühlte ich mich bestätigt, hab ich doch gedacht, die Leute in Weingarten, die gehen einfach nicht wählen. Bei der letzten Kommunalwahl lag die Wahlbeteiligung in der Krozinger Straße gerade mal bei 28%. Mein Wahllokal im Erdgeschoss war für das Lindenwäldle und die Haid zuständig. Am Anfang tröpfelte es so dahin mit den WählerInnen. Je später es aber wurde, umso mehr war los in der EBW. Sie platzte zeitweise aus allen Nähten. Ganze Familien, vom Kleinkind bis zum Großvater waren unterwegs, viele Menschen darunter, die sicher noch nie in ihrem Leben gewählt hatten. Im Unterge-

schoss befand sich das Wahllokal für die Krozinger Straße. Dort war wirklich der „Teufel los“, die Leute standen zeitweise wegen Überfüllung des Raumes bis in den Flur. Wahrscheinlich aufgrund der normalerweise schwachen Wahlbeteiligung in diesem Quartier hatte man den kleinsten und dunkelsten Raum zur Verfügung gestellt. Kurz vor 18 Uhr, also kurz vor dem Schließen der Wahllokale, war immer noch Hochbetrieb in der EBW. Drei junge Männer stürzten buchstäblich in letzter Minute herein, um ihre Stimme abzugeben. Schon am Nachmittag, als das Gedränge in der EBW immer größer wurde, kam mir der Gedanke, dass es diesmal vielleicht doch klappen könnte mit dem Quorum. Aber nein, nur nicht zu früh freuen. Obwohl, so viele waren in Weingarten noch nie wählen gegangen. Weingarten ist ja nur ein Stadtteil von vielen, aber wenn selbst hier die Wahlbeteiligung so hoch war, ja da könnte es vielleicht...

Stimmen auszählen

Schnell waren die Stimmen in der EBW ausgezählt. Die Wahlbeteiligung von Weingarten lag bei 46,6%. Also deutlich über der allgemeinen Wahlbeteiligung von insgesamt 39,9%. Und noch eindrucksvoller war das Abstimmungsergebnis: 90,6% Ja-Stimmen und nur 9,4% Nein-Stimmen.

90,6% der abgegebenen Stimmen sprachen sich also für den Erhalt der Freiburger Stadtbau in städtischer Hand aus. Ein toller Erfolg in Weingarten. Meine Zweifel am Gelingen des Bürgerentscheids wurden immer größer. Jetzt nichts wie in den „Goldenen Sternen“, dem Treffpunkt der Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“.

Schon von weitem hörte ich Jubel und Begeisterungsausbrüche. Dicke Luft war im Lokal, als ich eintrat, natürlich „dicke Luft“ von den vielen Anwesenden. Minütlich trafen die Ergebnisse der anderen Wahllokale ein.

Nein, es war nicht zu fassen, der Bürgerentscheid war gewonnen, das Quorum weit übertroffen. Der erste erfolgreiche Bürgerentscheid in Freiburg. 70,5% stimmten für den Erhalt der Stadtbau und nur magere 29,5% dagegen. In keinem Stadtteil gab es eine Mehrheit für den Verkauf.

Hauptsache gewonnen – oder? Ein kurzer Blick auf die Statistik¹

Sebastian Klus

Der Bürgerentscheid zum Stadtbauverkauf war der erste erfolgreiche, den es in der Freiburger Stadtgeschichte gegeben hat. Wie es zu diesem Erfolg kommen konnte, wird in diesem Buch eindrücklich beschrieben. Allerdings lohnt es sich auch, das Abstimmungsergebnis einmal etwas eingehender zu betrachten.

Von 148.313 wahlberechtigten FreiburgerInnen nahmen 59.211 am Bürgerentscheid teil. Die Wahlbeteiligung lag bei 39,9 %. Die Frage „Sind Sie dafür, dass die Stadt Freiburg Eigentümerin der Freiburger Stadtbau GmbH und der städtischen Wohnungen bleibt?“ wurde von 41.581 BürgerInnen mit JA beantwortet. Dies entspricht einem Anteil von 70,5% der Abstimmenden sowie einem Anteil von 28% aller Wahlberechtigten. Das notwendige Quorum von 25%, das für eine bindende Beschlusskraft des Bürgerentscheids notwendig ist, wurde somit relativ klar überschritten.

Bürgerentscheid zum Stadtbauverkauf am 12. November 2006		
	Anzahl	Anteil in %
Wahlberechtigte	148.313	
WählerInnen	59.211	39,9
Gültige Stimmen	58.999	
davon JA	41.581	70,5
davon NEIN	17.418	29,5

Soweit das vordergründige Wahlergebnis. Aus meiner Sicht gibt es allerdings mindestens drei interessante Aspekte, die das Abstimmungsergebnis – über den reinen Erfolg im Sinne der Fragestellung hinaus – zu einem bemerkenswerten machen.

Eindeutiges Ergebnis

Allein das Ergebnis von 70,5% JA-Stimmen ist sehr eindrücklich. Wirklich interessant wird es nun aber, wenn man sich die Ergebnisse in den insgesamt 39 Stadtbezirken vor Augen führt und feststellt,

dass in allen Stadtbezirken die Gegner des Stadtbauverkaufes die absolute Stimmenmehrheit erreicht haben. Ob im Osten oder Westen der Stadt, ob in der Hochhaussiedlung, in den dörflichen Vorortgemeinden oder im Villenviertel – überall haben die Menschen in der Mehrzahl mit JA votiert. Natürlich gibt es Unterschiede in der Höhe der Zustimmung. Vor allem in Bezirken, die über einen hohen Anteil von Stadtbau-Wohnungen verfügen, sind die Ergebnisse besonders eindeutig. In Gebieten, die eher dörflich geprägt sind, ist die Zustimmung schwächer. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass es der Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ nicht nur gelungen ist die betroffenen MieterInnen zu mobilisieren, sondern auch in Gebieten erfolgreich zu sein, in denen es nicht eine einzige Stadtbauwohnung gibt. Die fachlich fundierte Argumentation, die darauf abzielte, die Bedeutung der Freiburger Stadtbau GmbH für die Entwicklung der Gesamtstadt zu verdeutlichen, hat hier offenbar überzeugt. Auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit wiesen offenkundig über die unmittelbare Betroffenheit hinaus.

Hohe Wahlbeteiligung in politisch (häufig) unterrepräsentierten Stadtteilen

Die Wahlbeteiligung von insgesamt 39,9% ist auf den ersten Blick nicht übermäßig hoch. Bei den Kommunalwahlen 2004 hatte sie beispielsweise bei 50% gelegen. In einzelnen Stadtbezirken gab es jedoch deutliche Veränderungen im Vergleich zu Kommunal- oder auch Bundestagswahlen. So gab es in mehreren Gebieten, die bei Wahlen in der Regel unterrepräsentiert sind, eine beeindruckende Beteiligung am Bürgerentscheid. Dies waren vor allem Stadtteile, in denen es vergleichsweise viele Wohnungen der Stadtbau gibt. Der Stadtbezirk Weingarten erreichte beispielsweise mit 49,2% Wahlbeteiligung den zweithöchsten Wert in der gesamten Stadt. Bei der letzten Kommunalwahl hatte die Wahlbeteiligung dort bei gerade mal 28,2% gelegen. Es handelt sich um einen sogenannten „Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf“, manche würden ihn wohl als sozialen Brennpunkt bezeichnen. Es gibt verschiedene ineinandergreifende Deutungsmuster über die Gründe, wie diese hohe Anteilnahme der Bevölkerung möglich wurde. Zunächst wären viele Menschen als MieterInnen selbst unmittelbar von einem Verkauf betroffen gewesen. Der Bürgerentscheid und sein Ausgang hatte somit direkte Auswirkungen auf ihre Lebenswirklichkeit. Hinzu kommt, dass die Aktivitäten der Bürgerinitiative stets auf die Einbeziehung der betroffenen Menschen in den Stadtteilen abzielten. Schließlich erlaubte der Bürgerentscheid als Element direkter Demokratie den BürgerInnen selbst eine bedeutende Entscheidung zu treffen. Von Bürgervotum hing es ab, ob nun verkauft würde oder nicht! Vieles spricht dafür, dass sich die viel zitierte Politikverdrossenheit vor allem auf repräsentativ-parlamentarische Systeme bezieht. Bei den Menschen ist aber durchaus das Interesse vorhanden, Politik aktiv und direkt mitzugestalten und nicht nur ab und an am Wahltag für irgendwelche Politiker ein Kreuzchen zu machen.

Parteiübergreifende Zustimmung

Das Amt für Bürgerservice und Statistik der Stadt Freiburg hat im Rahmen seiner Analyse des Bürgerentscheids jeweils 20 Wahlbezirke ausgewählt, in denen die Zustimmung zu den jeweiligen Parteien bei der Bundestagswahl 2005 besonders hoch war. Dieses ermöglicht eine Analyse des Wahlergebnis in den Partei-Hochburgen:

Abstimmungsergebnis Bürgerentscheid in den Partei-Hochburgen			
	Wahlbeteiligung in %	JA in %	NEIN in %
Grünen-Hochburgen	41,8	66,9	33,1
CDU-Hochburgen	37,2	63,7	36,3
SPD-Hochburgen	40,7	82,2	17,8
Die Linke- Hochburgen	41,9	80,6	19,4

Erwartungsgemäß ist die Zustimmung in den SPD- und Die Linke-Hochburgen am höchsten. Doch selbst in den Hochburgen von Bündnis 90/Die Grünen haben sich über 2/3 der WählerInnen für den Erhalt der Freiburger Stadtbau ausgesprochen, obwohl die grüne Partei und Gemeinderatsfraktion sich massiv für einen Verkauf eingesetzt hatten. Und auch in den Hochburgen der CDU votierten deutlich über 60% mit JA. Dort ist die Wahlbeteiligung allerdings am geringsten gewesen. In den übrigen Parteihochburgen war sie überdurchschnittlich hoch.

Warum haben auch die WählerInnen in den Grünen-Hochburgen einen Verkauf mit so deutlicher Mehrheit abgelehnt? Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass es den Verkaufsgegnern in der Debatte gelungen ist, insbesondere klassische „grüne“ Themen glaubwürdiger zu vertreten, als die Partei selbst. Angesprochen ist hier der Bereich einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik, für die das kommunale Wohnungsunternehmen als Steuerungsinstrument unumgänglich ist. Damit verbinden sich sowohl ökologische (etwa Klimaschutz durch Modernisierung, Niedrigenergiebauweise) wie auch soziale Aspekte (etwa familien- und seniorenfreundliches Wohnen). Vielen Anhängern war es offenbar nicht einsichtig, warum diese Gestaltungsmöglichkeiten mit einem Verkauf aus der Hand gegeben werden sollten.

Genau Hinschauen lohnt sich

Es lohnt sich durchaus, vermeintlich trockene Statistiken einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. Durch die Analyse des Abstimmungsergebnisses erhält man auch Hinweise, um die Ereignisse



Wählen gehen und Ja sagen!

sen Bereich ganz sparen zu wollen. Die BürgerInnen haben ihnen ihre Meinung hierzu mit dem erfolgreichen Bürgerentscheid eindrücklich ins Gedächtnis gerufen.

und das Geschehen im Vorfeld des Bürgerentscheids besser zu verstehen. Statistik kann außerdem wertvolle Erkenntnisse für zukünftiges Handeln liefern. So führt die Stadt Freiburg regelmäßig Bürgerumfragen durch. In der bis dato letzten im Jahr 2003 wurde auch die folgende Frage gestellt: „Wofür soll die Stadt mehr Geld ausgeben, wo soll sie sparen?“ 41% der Befragten waren seinerzeit der Meinung, dass im Bereich „Sozialer Wohnungsbau“ mehr Geld ausgegeben werden sollte. Lediglich 13% wollten hier einsparen.² Im Jahr 2006 entschieden dann Ratshauspitze und schwarz-grüne Gemeinderatsmehrheit, sich die-

¹ Die nachfolgenden Zahlenangaben basieren auf: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung der Stadt Freiburg im Breisgau (Hrsg.): Bürgerentscheid am 12. November 2006 (Beiträge zur Statistik), Freiburg i. Br. 2006, S.2ff.

² vgl. Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung der Stadt Freiburg im Breisgau (Hrsg.): Bürgerumfrage 2003 in Freiburg (Beiträge zur Statistik), Freiburg i. Br. 2005, S.140f.

Freiburg widersteht der Spaltung

Fritz Sprengart

Aus den Fenstern hingen Anti-Heuschrecken-Transparente und die beherrschende Frage auf den Straßen von Haslach und Weingarten lautete: Wie kann der Verkauf verhindert werden?

Oberbürgermeister Dieter Salomon hatte verkündet, er wolle die Freiburger Stadtbau mitsamt ihren Wohnungen verkaufen.

Der linksalternativen Szene schien damit eine Ikone abhanden gekommen zu sein. Zwar deutete sich die neoliberale Ausrichtung Salomons Politik bereits vorher an, aber dieser Vorschlag war auf Grund seiner Radikalität nicht mehr zu verklären. Freiburg stellte sich die Frage, wo er hin ist, der Bürgermeister der 2002 durch die Stimmen der Grünen-, der SPD- und der UL-Wähler ins Amt kam.

Nichts desto trotz, gab es innerhalb der Bürgerinitiative die Befürchtung, Salomons Kalkül könne aufgehen: im wesentlichen würde der Verkauf Weingarten und Haslach treffen, wo die Menschen ohnehin mehrheitlich Wahlen fernbleiben. Es galt aus der Sicht der Grünen somit nur noch im postmaterialistischen Milieu des Vauban, des Rieselfelds und der Wiehre den Verkauf als ökologischen Pragmatismus darzustellen, der nötig sei, um Errungenschaften wie die Regiokarte für den ÖPNV beibehalten zu können. Denn in den konservativ geprägten Wahlbezirken wie Günterstal oder Waltershofen rechnete niemand mit einer nennenswerten Anzahl an Stimmen gegen den Verkauf.

Der Schlachtplan der Bürgerinitiative lautete dementsprechend: Haslach und Weingarten an die Urnen bringen und den Menschen in den linksliberal geprägten Hochburgen der Grünen klar machen, dass es sich hier nicht um einen notwendigen Schnitt handelt, sondern um eine Umverteilung von Unten nach Oben. Schnell wurde klar, dass die Mobilisierung von Haslach und Weingarten erfolgreich sein würde.

Was die grünen Hochburgen betraf, war ich allerdings sehr viel skeptischer. Mein Eindruck war der, dass sich die Postmaterialisten aus der Solidarität mit den Mietern verabschiedet und sich statt dessen voll und ganz auf die Symbolpolitik und den Umweltschutz besannen. Doch erste Ausflüge in das Revier des politischen Gegners brachten überraschendes zu Tage: Beim Flugblätter verteilen in der Oberau klopfen mir Studienräte zustimmend auf die Schulter, beim Auslegen von Bodenzeitungen im Vauban waren vereinzelt Anti-Heuschrecken Transparente zu sehen und auch in der Wiehre wurde ich immer wieder von Passanten angesprochen, die ihre Sympathie zum Ausdruck brachten.

Am Wahltag sollte sich dieser Eindruck bestätigen. Es war nicht nur gelungen die Bewohner der einkommensschwachen Stätte zu mobilisieren, sondern in jedem einzelnen Wahlbezirk stimmten die

Wähler gegen den Verkauf: Die Freiburger haben sich nicht spalten lassen. Salomon erlebte die größte Niederlage seiner Karriere. Es bleibt abzuwarten ob er bei der nächsten Bürgermeisterwahl noch einmal das Vertrauen der wertorientierten Klientel gewinnen kann. Eins sollte ihm aber klar sein: Für den Fall, dass er nach der nächsten Wahl wieder mit einer Verkaufsidee aufwartet: Farbe und Betttücher liegen schon bereit.



Bündnis 9000 – die Spekulanten

Ein Erfolg des außerparlamentarischen Widerstandes

Michael Moos, Stadtrat der Unabhängigen Listen / Linke Liste

Als ich in der Hauptausschusssitzung am 17.09.07 in einem Beitrag für die Unabhängigen Listen (UL) darauf hinwies, dass mit dem erfolgreichen Bürgerprotest gegen die Bebauung des Faulerparks im Sedanquartier dies nun in einem Jahr bereits das zweite mal wäre, dass sich die Bevölkerung gegen die scheinbar übermächtige Verwaltung und eine Gemeinderatsmehrheit durchgesetzt hat, erwiderte OB Salomon, dass ich hier zwei Dinge zusammenwerfe, die nichts miteinander zu tun hätten. Aus der Sicht eines grünen Politikers wie Salomon haben der erfolgreiche Kampf gegen den Verkauf der Stadtbau und die erfolgreiche Verhinderung der Unterbauung und damit Zerstörung eines Stadtteilparks und Spielplatzes nichts miteinander zu tun. Für mich ist unabhängig von den unterschiedlichen Inhalten und Dimensionen dieser Auseinandersetzungen dagegen wichtig, dass wir alle einmal mehr die Erfahrung gemacht haben, wie wichtig der außerparlamentarische Widerstand ist, aber auch, wie nützlich ein parlamentarischer Arm dieses Widerstandes in den Gemeinderat hinein ist.

Eine Geschichte des außerparlamentarischen und demokratischen Widerstandes im Nachkriegs-Freiburg wäre erst noch zu schreiben. So spezifisch und besonders diese Kämpfe auch waren, sie mobilisierten viele Zehntausend Menschen und hinterließen zahlreiche Spuren. Die Proteste gegen die Fahrpreiserhöhungen im Januar 68 und die einsetzende Politisierung vieler tausend Schüler, Lehrlinge und Studenten, die erfolgreiche Verhinderung des AKW Wyhl und der Sturz Filbingers über seine NS-Vergangenheit, der Häuserkampf beginnend 1974 gegen den Abriss der Freiau mit den Höhepunkten im breiten Widerstand gegen die Räumung von Dreisameck und Schwarzwaldhof, die Verhinderung des NPD-Aufmarsches durch Zehntausende auf der Straße und der erfolgreiche Bürgerentscheid gegen die Privatisierung der Stadtbau, das waren Höhepunkte im jahrzehntelangen demokratischen Widerstand. Immer wieder wurden die Interessen der Mächtigen in Wirtschaft und Politik durchkreuzt und so das Bewusstsein gestärkt, dass Einsatz und Kampf für die eigenen Interessen eben nicht sinnlos ist.

Es ist kein Zufall, dass dieser Widerstand Ende der 60er Jahre seinen Anfang nahm. Damals ging in Deutschland die Aufbauzeit nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs zu Ende und in den USA und Europa endete die Epoche einer wohlfahrtsorientierten Industriepolitik, die in den 1920er Jahren als Reaktion auf die Große Rezession begonnen hatte. Die 50er und frühen 60er Jahre waren eine außergewöhnliche Zeit. Der Kapitalismus hatte den Massenkonsum in den westlichen Industrienationen als Wachstumsfaktor entdeckt und die Gewerkschaften konnten beachtliche Lohnsteigerungen für breite Bevölkerungsschichten durchsetzen. Damals kam das Schlagwort von der „nivellierten Wohlstandsgesellschaft“ auf, die alten Klassengegensätze schienen vielen überwunden und die Hoffnung sich zu erfüllen, dass die demokratischen Gesellschaftsordnungen zu mehr Gerechtigkeit für alle führen würden und zu einer Teilhabe aller Menschen an den Wohlfahrtsversprechungen des Kapitalismus.

Es war eine Illusion. Das Kapital zog weiter in die „Dritte Welt“, die Wendung zur neoliberalen Wirtschaftspolitik befreite die Unternehmen und den Kapitalmarkt von letzten Fesselungen und zuletzt sorgte der Zusammenbruch des realsozialistischen Wirtschaftsraumes für das Verschwinden einer möglichen Alternative und Gegenkraft. Seither wird immer klarer, dass unsere Wirtschaftsordnung ungerecht und die Ursache zahlloser Kriege, zunehmender Armut und Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist. Und dass selbst kleine Häppchen von sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe möglichst vieler Menschen am gesellschaftlichen Reichtum immer wieder neu von den Betroffenen durchgesetzt werden müssen. Das gilt für die zur Einheit gewordene Erde ebenso wie für das Leben in den einzelnen Nationalstaaten wie für das Leben in einer, in unserer Stadt. Wir können stolz darauf sein, dass die dafür notwendigen Auseinandersetzungen bei uns bereits in den späten 60er Jahren angefangen haben und seither eine zusammenhängende Kette bilden. Nicht alle diese Widerstandshandlungen waren erfolgreich, aber ohne sie wäre unsere Stadt sehr viel weniger lebenswert, als sie es ist. Zu dieser Stadt gehört, dass wir den Gemeinbesitz an Häusern und Grundstücken, den Generationen vor uns aufgebaut haben, pflegen und weiterentwickeln und ihn nicht in die Hände privater Verfügungs-gesellschaften geben, die nur ihr Eigeninteresse und das ihrer anonymen Kapitalgeber kennen.

Der Ausverkauf an städtischem Grund und Boden

Seit die „Grünen“ mit Unterstützung der CDU und der Freien Wähler in Freiburg das Rathaus beherrschen, hat die Kommerzialisierung öffentlichen Raumes, die Vermarktung öffentlichen Eigentums zu den Bedingungen der Investoren einen weiteren Schub bekommen. Soziale Aspekte rangieren unter ferner liefen, städtischer Grund und Boden wird an den Meistbietenden und damit an Bauinvestoren und Bauentwickler verkauft, die Stadt verliert immer weiter an Gestaltungsmöglichkeiten zur Realisierung dringend notwendiger kommunaler Projekte. Städtische Wohnungen werden in Tranchen verkauft, von privaten Investoren hochwertig saniert und an zahlungskräftige Käufer weiterveräußert. Der öffentliche Raum wird von Reklamesäulen der Wall AG beherrscht, früher wichtige Aspekte der Gestaltung von Bauprojekten durch die kommunale Stadtplanung rangieren jetzt unter ferner liefen hinter den rein kommerziellen Anliegen der Investoren. In diesem politischen Klima war der Verkauf aller städtischen Wohnungen nur folgerichtig. Was sollte sich die Stadt mit Wohnungsfragen und Mietern rumärgern, das können – aus dem Blickwinkel neoliberaler Politik betrachtet – private Investoren ohnehin viel besser.

Der erfolgreiche Bürgerentscheid, die überwältigende Mehrheit, die gegen den Verkauf quer durch alle Stadtteile stimmte, haben dieser Politik einen gewaltigen Schlag versetzt. Hatten im Gemeinderat noch rund 2/3 der Mitglieder für einen Verkauf gestimmt, so kehrten sich in der Entscheidung der Bevölkerung die Mehrheitsverhältnisse geradezu um: von den 59.211 Bürgerinnen und Bürgern, die ihre

Stimme abgaben, stimmten 70,5% für den Verbleib der Stadtbau in öffentlicher Hand. So groß unser Erfolg auch war, die grün-konservative Mehrheit hat nach einem kurzen Schock ihren politischen Faden wieder aufgenommen. Es wird nichts unversucht gelassen, um den Mietern der Stadtbau zu zeigen, dass es bei einem Verkauf nicht hätte schlimmer kommen können. Ausgerechnet das städtische Wohnungsunternehmen Stadtbau GmbH soll nun hohe Profite für den städtischen Haushalt erwirtschaften, die durch Einsparungen beim Personal, Verschlechterung der Dienstleistungen und vor allem satten Mieterhöhungen stadtwweit erzielt werden. Dazu kommt die 20%ige Grundsteuererhöhung, die auf die Mieter umgelegt wird. Und dies in einer wirtschaftlichen Gesamtsituation, in der nach den Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums die Nettodurchschnittslöhne auf dem Stand von 1986 sind. So werden die wirtschaftlich Schwachen verstärkt zur Kasse gebeten, um die Stadtkassen zu füllen und Investitionen von allgemeinem Interesse wie die Schulsanierungen zu finanzieren. Der von der Unabhängigen Liste vorgeschlagene Weg einer dauerhaften Erhöhung der städtischen Einnahmen durch eine Gewerbesteuererhöhung, die nicht den kleinen Gewerbetreibenden, sondern die großen mit Gewinn arbeitenden Unternehmen getroffen hätte, wurde von derselben schwarz-grünen Mehrheit abgelehnt.

Gleichwohl: dass wir gegen die Privatisierung der städtischen Wohnungen einen so breiten Widerstand aufbauen und halten konnten und damit erstmals einen Gemeinderatsbeschluss mithilfe eines Bürgerentscheides gekippt haben, das hat vielen in der Stadt Mut gemacht und wird ein wichtiger Meilenstein im demokratischen Leben Freiburgs bleiben. Er ist ein Stück wirklicher Bürgerbeteiligung und zeigt, dass ein gerechtes Anliegen, wird es nachhaltig vertreten, Erfolg haben kann.

Der Tag X und die Tage danach

Heidrun Maitreau

Am Abend des unerträglich langen Wahltages, als ich fiebrig, krank und dämmrig ohne Radio oder TV auf der Couch döste, kam ein Anruf aus Stuttgart: Herzlichen Glückwunsch! Ihr habt gewonnen! Etwas später ein zweiter aus Bayern: Wir freuen uns mit Euch über den Wahlausgang! Juhu! Da war ich doch gleich ein bisschen gesünder!

Aber schon am nächsten Morgen beim Aufschlagen der lokalen Presse, eng und treu verbunden mit des OB'S Chefetage, kam die erste kalte Dusche durch eine mehr als einseitige Berichterstattung. Wer hat da soviel Angst vor einer, für manche Machtbesitzer unangenehmen Realität, dass nicht einmal ausgewogen und neutral über sie berichtet werden kann?

Eine zweite kalte Dusche, die mich sprachlos machte: für die Gemeinderats-Sitzung direkt nach dem Bürgerentscheid war eine Debatte über den Abstimmungsausgang angesetzt. Viele Schüler, Presse und Fernsehen waren anwesend. Unserem OB und seiner schwarz-grünen Gefolgsmannschaft gelang es, kurzerhand die Debatte als kontraproduktiv und inopportun abzusetzen.

Die Hoffnungen auf gemeinsame Diskussionen mit allen Beteiligten um gute Entschuldungskonzepte im Konsens zu finden verflogen schnell. Ein kommunales Trauerspiel in Sachen Demokratie-Verständnis.

Ein Trauerspiel in Sachen Verständnis für nicht so betuchte Mieterinnen und Mieter waren die darauf folgenden gnadenlosen Mieterhöhungen für die Stadtbau-Wohnungen. Die dritte kalte Dusche.

„Warm-Duscher“ ist bekanntlich ein Schimpfwort für so genannte Weichlinge und angepasste Duckmäuser. Zumindest bei mir haben die kalten Duschen tatsächlich dazu geführt, noch wacher und noch entschiedener für die Bürgerrechte einzutreten.

Epilog



Eine besondere Erfahrung

Ute Guzzoni, Altstadträtin der Friedensliste

Ich habe das jetzt schon zweimal erlebt: Du bist weit weg von zuhause, „in der Ferne“, Freiburg mit seinen kleinen und großen, privaten und politischen Belangen und vielleicht Problemen ist für Dich kaum mehr real, gleichsam jenseits des Horizonts.

Und plötzlich erreicht Dich etwas von dort, etwas, was Dich trifft und mit Freude erfüllt – die Verbindung ist auf einmal wieder da, Du fühlst Dich zugehörig über die Ferne hinweg.

Das erste Mal war das vor vielen Jahren, als ich mit dem Auto eines Abends in Umbrien unterwegs war und so nebenbei das Radio angeschaltet hatte. Plötzlich drang eine Name und mit ihm eine Nachricht an mein Ohr, die mich wie elektrisierte und meine ganze Aufmerksamkeit auf sich zog: Filbinger war zurückgetreten, hatte zurücktreten müssen. Es traf mich wie ein Blitzstrahl, und ich musste alsbald irgendwo einkehren, um dieses Ereignis mit einem Glas Wein zu feiern, gleichsam mit mir selbst darauf anzustoßen.

Das zweite Mal – und weswegen ich dies überhaupt erzähle – war im letzten Jahr in Brasilien. Ich hatte einen Vortrag in Natal an der nördlichen Küste gehalten und machte danach noch ein paar Tage Ferien am Strand. Die Ferne war hier noch viel fremder – Palmen und Wellenreiter, Kokosnüsse und Caipirinhas und ein exotisches Strandleben auf der einen, hohe weiße Dünen, schwarzrotes Vulkangestein, einsame Weite auf der anderen Seite. Und auch in anderem Sinne war die Situation eine ganz verschiedene: die Nachricht traf mich nicht unversehens und unvermittelt, ich wartete ihr entgegen und suchte zum frühestmöglichen Zeitpunkt das Internetcafé auf. Aber dann war es doch ähnlich wie damals: Die Freude über den phantastischen Ausgang des Bürgerentscheids traf mit überwältigender Wucht, Freiburg und das Glück derer, die einen so großen Erfolg ihrer monatelangen Bemühungen feiern konnten, waren auf einmal ganz nah – ich war fast zu Tränen berührt. (Ehrlich gesagt, schwang auch ein wenig Schadenfreude mit gegenüber denen, die ihrer Sache so sicher gewesen waren.)

Man meint, ganz weit weg zu sein von allem zuhause, ist inzwischen nicht einmal mehr Freiburger Bürgerin, die Gemeinderatszeit liegt weit zurück – aber im Grunde hat es damit auch wenig zu tun. Da ist plötzlich ein gemeinsames Glücksgefühl, eine Mit-Freude, irgendwie – ganz unverdient – ein Mit-Sieg. Und das so ungeheuer wichtige, aber viel zu seltene Bewußtsein: der demokratische Kampf gegen die selbstherrliche Macht kann sich lohnen ...

Im Spiegel der Presse

Nach dem Bürgerentscheid ...

Salomon: Nichts geht mehr: Freiburger OB spricht nach Bürgerentscheid von einer „Katastrophe für die Stadt“ / Kein Haushalt?

Badische Zeitung, 14. November 2006

„Alles auf dem Prüfstand“: Freie Wähler erwarten zahlreiche Streichungen und Kürzungen

Badische Zeitung, 17. November 2006

Stellenstopp und Investitionen auf Eis: Erste Folgen des Bürgerentscheids/ Regierungspräsident sieht darin „richtiges Signal“

Badische Zeitung, 18. November 2006

... sprudelten plötzlich die Millionen

Über Nacht verkleinert sich das Haushaltsloch: Sprudelnde Steuereinnahmen bescheren unerwarteten Geldsegen / In den nächsten beiden Jahren fehlen 26 statt 70 Millionen Euro

Badische Zeitung, 30. November 2006

Botschaft mit Sprengkraft: „(...) Monatelang hatten Oberbürgermeister Dieter Salomon und Finanzbürgermeister Otto Neideck der Bevölkerung die Finanznot in düstersten Farben geschildert. Haben sie schwarz gemalt, um ihren geplanten Wohnungsverkauf argumentativ zu flankieren? (...)“

Uwe Mauch, Badische Zeitung, 30. November 2006

„Peinlicher Mehreinnahmen-Schock“: Fraktionen diskutieren die neue Haushaltslage – und sind bemüht, die Gräben nach dem Bürgerentscheid zu überwinden

Badische Zeitung, 6. Dezember 2006

Aus dem Nachruf auf Babsi Bank am 8. März 2007

Günter Rausch, für den Geschäftsführenden Ausschuss der Bürgerinitiative WiM

Die „Bürgerinitiative Wohnen ist Menschenrecht“ nimmt heute Abschied von Alraune Bank. Wir haben alle immer nur „Babsi“ gesagt. Dabei war der Name „Alraune“ vielleicht gar nicht so unpassend. Alraune ist eine geheimnisumwitterte Pflanze, die seit dem Altertum in allen Kulturen zu vielerlei Ehren und Verwendung kam. Schließlich dichtete man im Mittelalter den sogenannten „Hexen“ die Kunst zu, mit Hilfe von Alraune Zauberkräfte hervorrufen zu können. Man wollte auf diese Weise unliebsame Menschen diskreditieren und möglichst aus dem Weg schaffen.

Babsi wurde im wahrsten Sinne des Wortes mitten aus einem außergewöhnlich engagierten Leben und aus unserer Mitte gerissen. Babsi war vom ersten Tag an bis wenige Stunden vor ihrem Tod eine der eifrigsten und entschiedensten Mitstreiterinnen unserer Bürgerinitiative. Ihr plötzlicher Tod ist unfassbar, durch nichts zu erklären und schon gar nicht zu verstehen.

Und sie hatte noch so viel vor: Gerade heute am Frauentag wollte sie einmal mehr die Interessen der Mieterinnen und Mieter, der Frauen, der Kinder und der Jugendlichen deutlich und öffentlich vertreten. Wenn die hiesige Zeitung dieser Tage reüssierte, der Frauentag werde mehr und mehr „zum Wohlfühltag“ der Frauen, dann hat sie mal wieder all jene Frauen übersehen, die wie Babsi, weder die Zeit noch das Geld und schon gar nicht den Sinn für derlei kleinbürgerlichen Schnickschnack haben.

Babsi hat nicht wie so viele andere über Emanzipation und Gleichberechtigung nur akademisch debattiert. Sie hat sich konkret für Fraueninteressen und eben nicht nur für diese engagiert. Über solche Frauen wie Babsi berichten freilich jene Zeitungen nicht. Noch nicht einmal ihre Leserbriefe wurden gedruckt, worüber sie sich noch einen Tag vor ihrem Tod furchtbar aufregen konnte...

Babsi gehörte eben nicht zu den ewigen Bedenkenträgern, die alles tausendmal hin und her diskutieren, um dann doch nichts oder nur wenig zu unternehmen. Sie hatte längst verinnerlicht, was Brecht einmal geschrieben hatte: „Dass Du Dich wehren musst, wenn Du nicht untergehen willst, das wirst Du doch einsehen“.

Babsi war immer zuversichtlich, gut gelaunt und hat nie resigniert oder sich gar verbittern lassen. Ihre spontane witzige Art war so belebend und ansteckend, dass wir trotz Stress und Hektik immer wieder mit ihr lachen mussten.

Besonders zeichnete sie ihre mutige, wohldosierte Respektlosigkeit vor vermeintlichen Autoritätspersonen aus. Sie nahm kein Blatt vor dem Mund, war keine Leisetreterin und scheute sich nie – auch

ohne auf der Rednerliste zu stehen, laut und deutlich ihre Meinung zu sagen! Sie war eben gerade heraus und ging einen aufrechten Gang. Giaconda Belli, eine dichtende Freiheitskämpferin aus Nicaragua schrieb einmal:

„Wir suchen den Zeitpunkt nicht aus,
zu dem wir die Welt betreten,
aber gestalten können wir diese Welt,
worin das Samenkorn wächst,
das wir in uns tragen.“

Babsi hat diese Welt – auch wenn Freiburg nicht der Nabel der Welt ist - tatkräftig mitgestaltet. Sie hat viele Samenkörner gepflanzt und sie hat ein Stück der Geschichte Freiburgs mitgeschrieben: Sie war an dem sensationellen Erfolg gegen die Privatisierung des öffentlichen Wohneigentums maßgeblich beteiligt. Folgeschwerer Schaden konnte für unsere Stadt nicht zuletzt durch ihren bedingungslosen Einsatz (und an dieser Stelle möchte ich ihren Mann Arno einbeziehen) verhindert werden. Viele tausend Menschen haben dies als großen Triumph des politischen Engagements von unten und der Demokratie im Ganzen gefeiert. Das hat auch in vielen anderen Städten Deutschlands Bürgerinnen und Bürgern Mut gemacht, aufzustehen und sich gemeinsam zu wehren. Das Beispiel Freiburg macht Schule.

Und Babsi war ein Mensch von dem wir alle sehr viel lernen konnten! Ohne eine Frau wie Alraune Bank ist Freiburg jetzt ein ganzes Stück ärmer geworden. Danke Babsi!



Die Gruppe ‚Heuschreckenschreck‘ in Aktion. Obere Reihe, zweite von rechts: Babsi Bank

Organisierte Bürgermacht – Wider die Arroganz der Macht

Günter Rausch, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses WiM

510 Millionen Euro sollte der Ausverkauf der städtischen Wohnungen mindestens in die Stadtkasse bringen. Bei dieser Summe könnte man glauben, dass nichts dem Zufall überlassen bliebe. Hochbezahlte Strategen und Manager würden diesen Deal schon in trockene Tücher bringen. Solide Mehrheiten im Gemeinderat und zuverlässige Beziehungen zu den Medien sollten eine verlässliche Basis sein.

Die Landtagswahl war gerade vorbei, die CDU konnte ihre alte Regierungsmehrheit feiern und die Grünen hatten in Freiburg ein Rekordergebnis eingefahren, da wurde im Übermut die Katze offensichtlich zu früh aus dem Sack gelassen. Das Unglaubliche bestätigte sich hartnäckig. Doch über Nacht fanden sich zum Teil alte Weggefährten zu einer ersten Kerngruppe, die entschlossen war, den Widerstand zu organisieren. Wenige Tage später waren es schon rund 50 Leute, die notfalls auch über einen Bürgerentscheid den Stadtbauverkauf verhindern wollten. Vor dem Hintergrund der bislang stets am Quorum gescheiterten Plebiszite, waren die Gefühle und Einschätzungen durchaus ambivalent. Erstaunlich schnell fand sich ein Name. Unter „Wohnen ist Menschenrecht“ (WiM) sollte die neue Bürgerbewegung firmieren. Name und Programm waren identisch.

Bald darauf erweckten mehr als 150 Leute offiziell die Bürgerinitiative. Endloses Diskutieren und Debattieren, wie es der traditionellen Graswurzelbewegung zu eigen war, fanden hier keinen Raum, auch blinder Aktionismus nicht. Stattdessen standen „Ziele, Maßnahmen und Strukturen“ auf der Tagesordnung. Drei Stunden lang wurden Ziele diskutiert, Aktionen erwogen, konkrete Vereinbarungen getroffen, Verantwortlichkeiten festgelegt und Arbeitskreise gegründet. Einige wollten sich kreative und lustige Aktionen einfallen lassen, andere Öffentlichkeitsmaterialien erarbeiten und wiederum andere die notwendigen Finanzen organisieren. Außerdem wählte man einen Sprecherrat (auch „Geschäftsführender Ausschuss“ genannt), der die Kampagne strukturieren, koordinieren und die Bürgerinitiative in der Öffentlichkeit vertreten sollte. Später folgte ein „Koordinationskreis“, zur Abstimmung der Arbeitskreise untereinander. Selbstverständlich wurde auch an regelmäßige Dokumentation und Controlling gedacht. All dies waren Eckpfeiler eines Projektentwicklungsplanes, wie man es sonst aus professionellen Handlungsabläufen kennt. Den allermeisten machte diese Herangehensweise Mut. Einigen war es zu „bürokratisch“ oder gar „zentralistisch“. Für manche waren es zu viele Fremdworte und die Diskussionen schienen abgehoben. Angesichts hochorganisierter Gegner, die über immense Geldquellen, einen mächtigen Verwaltungsapparat und einflussreiche Beziehungen verfügten, schien dies jedoch unumgebar.

Vielleicht war das eines der Erfolgsgeheimnisse von WiM: Trotz der unübersehbaren Widersprüche in politischen oder beruflichen Rollen und Positionen, der weltanschaulichen Differenzen und der ge-

mischten Milieus bestand ein vordringliches Interesse an gemeinsamen Lösungen. Untereinander diskutierte man zwar mitunter heftig, nach außen galt es freilich, gemeinsam und geschlossen aufzutreten.

Ein erstes Beispiel war die strategische Debatte über die Frage, wann mit dem Bürgerbegehren begonnen werden sollte: Vor oder nach der über den Verkauf entscheidenden Gemeinderatssitzung? Die Mehrheit entschied, sofort mit der Unterschriftensammlung zu beginnen. Das war riskant und umstritten. Dennoch legten alle gemeinsam los. Dass die maßgebliche Formulierung des Begehrenstextes nicht wirklich auf alle juristische Auslegungsspitzeinheiten hin durchleuchtet worden war, schien niemanden zu stören. Die notwendigen 15.000 Bürgerunterschriften stellten eine große, aber irgendwie machbare Herausforderung dar. Als es schließlich rund doppelt so viele waren, hätte die Gemeinderatsmehrheit eigentlich hellhörig werden müssen. Das hatte es zuvor in Freiburg nie gegeben. Doch die ehemals basisdemokratischen „Grünen“ und die verbündeten CDU/FWV ignorierten diese gewaltige Petition aus der Bürgerschaft. Noch hätten sie das Heft des Handelns an sich ziehen können und zum Beispiel von sich aus einen Bürgerentscheid beschließen können. Stattdessen wurde in beispielloser Selbstherrlichkeit der Verkaufsbeschluss durchgezielt und zudem eine Agentur beauftragt, für 370.000 Euro sofort mit den Verkaufsabwicklungen zu beginnen (wohl wissend, dass erst die Bürgerschaft endgültig entscheiden würde!). Zeitgleich beschlossen die Mehrheitsfraktionen im Gemeinderat heftige Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich, obwohl ja 510 Millionen Euro in die Stadtkasse fließen sollten.

WiM musste nun die zweite, finale Phase des Kampfes einfädeln. In einer Klausurtagung wurden z.B. Schwäche-Stärke-Analysen durchgeführt und die ersten Monate kritisch evaluiert. Dazu kamen Überlegungen zu strategischen und taktischen Alternativen und man dachte planmäßig über mehrstufige Kampagnen nach. Der Oberbürgermeister und VertreterInnen der Schwarz-Grünen-Koalition übten sich indessen in Selbstzufriedenheit und Siegesgewissheit („es gibt keinen Plan B“). Zugleich malte die Verwaltung Horrorszenarien an die Wand für den Fall des Nichtverkaufs. Vor allem die seit Jahrzehnten vernachlässigten Schulgebäude mussten für eine Angstkampagne herhalten (als ob die Schulbürgermeisterin nicht der Partei des OB angehörte). Und phasenweise schienen urplötzlich alle Schuldecken auf einmal auf alle Kinder herabzustürzen zu drohen, falls man einigen Journalisten Glauben schenkte. WiM nahm die Sorgen der Eltern und Schüler ernst. Es sei schon ein Skandal, dass diese langjährige Misere überhaupt bestünde, aber stattdessen steckte die schwarz-grüne Mehrheit die Millionen zum Beispiel in den Bau neuer Messegebäude, hieß es in Flugblättern. Überhaupt hatte sich WiM dafür entschieden, die beliebten „JedeR gegen JedeN“ - Egospiele unserer Konkurrenzgesellschaft nicht mitzumachen. Solidarität und Verständigung sollten an die Stelle von Eigennutz und Ellenbogenmentalität treten. Nicht „entweder oder“ sondern „sowohl als auch“ sollten möglich sein. Wege, dies alles zu finanzieren, ohne auch nur eine einzige Wohnung zu verkaufen, würden der Bürgerschaft schon einfallen, so man sie erst einmal fragen und ernst nehmen würde, erklärte WiM gebetsmühlenartig. Bürgerhaushalt war die Forderung der Bürgerinitiative WiM! Stadtkämmerer und Oberbürgermeister hatten erklärt, alle nur denkbaren Alternativen

seien hinreichend geprüft und „leider“ alle als untauglich verworfen worden. In einer einzigen Woche habe man vergeblich 300 Alternativen „gründlich unter die Lupe genommen“. Bürgerbeteiligung sieht anders aus, sagte dagegen WiM. Tatsächlich kamen in der Folge viele ernstzunehmende Überlegungen und kreative Entwürfe aus der Bürgerschaft, die von Schwarz/Grün bestenfalls belächelt wurden. WiM argumentierte, komplexe Haushaltsprobleme, die über Jahrzehnte entstanden seien, könne kein seriöser Mensch mit einer einzigen Hauruck-Aktion gewissermaßen über Nacht bewältigen. (Dagegen Salomon wörtlich: „Wir müssen uns wie Münchhausen am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen!“)

WiM vertraute auf die klassischen Methoden der Straßen- und Haustürgespräche, von BürgerIn zu BürgerIn auf gleicher Augenhöhe! Letztlich hatten sich rund 800 Personen auf den Mitgliederlisten von WiM eingetragen. Zugleich entwickelte sich auch über das Internet ein Netzwerk. Mehrere tausend Teilnehmer konnten sich über alles Neue informieren, austauschen und organisieren. Phantasievolle Aktionen und neue Öffentlichkeitsformen wurden ausgeheckt. Längst hatte das „Heuschrecken-Verbotsschild“ die „Luftthoheit“ im städtischen Erscheinungsbild gewonnen.

Es dauerte fünf Monate bis eine „Gegen-Bürgerinitiative“ ins Leben gerufen wurde, die sich leicht anmaßend „Zukunft für Freiburg“ nannte. Augenscheinlich wurde hier der Freundes- und Familienkreis von schwarz-grünen StadträtInnen aktiviert. Dieses Geflecht und die gesamte Vorgehensweise wirkten von Anfang an nicht besonders überzeugend. So hieß es unter anderem in einer vertraulichen Mitteilung, man solle sich bei Kontakten mit der örtlichen Presse stets nur an einen bestimmten Journalisten wenden. In der Öffentlichkeit setzte man darüber hinaus auf Hochglanzbroschüren und den Amtsbonus mit allem, was dazu gehörte. Gleichzeitig gab es persönliche Attacken gegen einzelne WiM-Sprecher und Aggressionen gegen die aktive Belegschaft der Stadtbau.

OB Dr. Salomon jedoch beschwerte sich noch Monate später, dass er von aufgebrachten Bürgern als „Lügner“ und „Betrüger“ beschimpft worden sei. Vergessen zu haben schien er, dass er noch wenige Monate vor dem beabsichtigten Ausverkauf schriftlich erklärt hatte, es würden keine Wohnungen mehr verkauft werden. Natürlich war ihm auch entfallen, dass er vor seiner Wahl schriftlich versprochen hatte, im Falle seiner Wahl, gäbe es keinen Verkauf der Stadtbau.

Wer auf die Vergesslichkeit der BürgerInnen spekuliert, wer ihre Sorgen und Ängste nicht ernst nimmt und wer meint, über ihre Köpfe hinweg vermeintliche Macht gegen sie ausspielen zu können, muss sich nicht wundern, wenn die BürgerInnen es mit der Demokratie ernst nehmen. Die organisierte Bürgermacht von WiM ist in ganz Deutschland mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Vielen Menschen hat das Mut gemacht. Und nicht wenige Politiker haben inzwischen den Spaß an diesem „Wohnopoly“ verloren. „Alle Macht geht vom Volke aus“, heißt es im Grundgesetz. Wo kämen wir hin, wenn Freiburg Schule machte?

Anhang

Chronologie der Ereignisse

2005	Geschäftsbericht 2004 der Stadtbau GmbH, darin ein Interview mit OB Salomon zur Bedeutung der Freiburger Stadtbau GmbH (FSB)
Herbst 2005	Verkauf von 750 Wohnung an die Gagfah
November 2005	Brief des Oberbürgermeisters Dr. Salomon an Frau Christa Donat (Vorsitzende des Mieterbeirats), mit der Versicherung, dass es keine weiteren Wohnungsverkäufe geben werden
1. April 2006	Interview OB Salomon in der Badischen Zeitung, dass die Stadt Freiburg über einen Verkauf der FSB und deren Wohnungen nachdenke, um die Stadt langfristig zu entschulden
5. April 2006	Stadtteilbüro Weingarten: Erstes Treffen, erste Planungen interessierter BürgerInnen
10. April 2006	Alte Schule Haslach: Treffen interessierter BürgerInnen
20. April 2006	Stadtteilbüro Weingarten; erste Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative; Namensgebung: Wohnen ist Menschenrecht WiM
25. April 2006	Personalversammlung FSB
29. April 2006	Eröffnung der neuen Straßenbahnlinie 5 (Vauban)
1. Mai 2006	Demonstration zum 1. Mai
4. Mai 2006	Alte Schule Haslach: Mitgliederversammlung WiM
8. Mai 2006	Augustinermuseum: Öffentliche Grundsteinlegung
10. Mai 2006	Betriebsversammlung FSB
11. Mai 2006	Bürgerverein Brühl-Beurbarung: Bürgergespräch mit OB Salomon. Start der Unterschriftenaktion zum Bürgerbegehren zur Erlangung eines Bürgerentscheids

15. Mai 2006	Rathaus: öffentliche Hauptausschuss-Sitzung; Einbringung der GR-Druckvorlage zum Verkauf
16. Mai 2006	FSB: „Maulkorberlass“
16. Mai 2006	Bürgerverein Weingarten: Bürgergespräch mit OB Salomon; Ankündigung einer Sozialcharta zum Schutz der MieterInnen
17. Mai 2006	Die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) kündigt ein Angebot zum Kauf der FSB an
17. Mai 2006	Staudinger Schule: Hearing der Unabhängigen Listen mit Kiersch (Mieterbund Kiel), Rügemer (Uni Köln)
22. Mai 2006	Rathausplatz: Demonstration mit ca. 500 Teilnehmern
23. Mai 2006	Holbeinpferd: Umwandlung und Bemalung
24. Mai 2006	Erwachsenenbegegnungsstätte Weingarten (EBW): Mitgliederversammlung WiM
26. Mai 2006	Die CDU verlangt einen „Freiburger Weg“
31. Mai 2006	Vorderhaus: DGB Fabrikgespräch „Freiburger Wohnungsmonopoly“
1. Juni 2006	AG Bürgerbegehren; dieser Termin als Beispiel für viele AG's und viele Aktionen
1. Juni 2006	Herdern: SPD-Ortsverein zum Thema Wohnungsverkauf. Es folgen in den Stadtteilen viele Veranstaltungen der einzelnen Parteien zum Thema; diese wird hier exemplarisch erwähnt
12. Juni 2006	EBW: Mitgliederversammlung WiM
Mitte Juni 2006	ca. 300 Alternativvorschläge zur Entschuldung der Stadt liegen vor
13. Juni 2006	EBW: Hearing; und der SPD-Gemeinderatsfraktion und SPD-Kreisverbandes mit Freitag (Präs. d. Verbandes dt. Wohnungsunternehmen), Rips (Dt. Mieterbund), Runde (Bürgermeister a.D.)

19. Juni 2006	Bürgerverein Stühlinger: Bürgergespräch mit OB Salomon
20. Juni 2006	Badische Zeitung: Podiumsdiskussion mit Rausch (WiM), Blinkert (Uni Freiburg), OB Salomon, Neideck (Finanzbürgermeister), Rügerner (Publizist), Hauser und Mauch (BZ)
21. Juni 2006	Eröffnung der Neuen Messe
22. Juni 2006	Bürgerverein Haslach: Bürgergespräch mit OB Salomon
22. Juni 2006	Bauverein stellt das Genossenschaftsmodell als Alternative vor
23. Juni 2006	Rathaus: Übergabe von mehr als 23.000 Unterschriften zum Bürgerbegehren, 1. Rate; schließlich werden es mehr als 28.000 Unterschriften sein
24. Juni 2006	Die Grünen: Ankündigung, dass 1000 Wohnungen bei der Stadt Freiburg verbleiben sollen; die geplante Sozialcharta soll besser als die in Dresden werden
27. Juni 2006	SWR-Studio: Bürgerversammlung östlicher Stadtteile
29. Juni 2006	EBW: Mitgliederversammlung WiM
29. Juni 2006	TV-Südbaden „Pawelek fragt nach“: Streitgespräch OB Salomon und SPD-Gemeinderat Krögner
1. Juli 2006	Sternmarsch. Ziel Augustinerplatz mit zentraler Kundgebung, ca. 1000 TeilnehmerInnen
1. Juli 2006	Eckpunkte einer Sozialcharta werden veröffentlicht
1. Juli 2006	FDP setzt sich für ein Genossenschaftsmodell ein
2. Juli 2006	Runder Tisch Freiburger Jugendinitiativen zum Thema Wohnungsverkauf
11. Juli 2006	Klausurtagung der Bürgerinitiative
18. Juli 2006	Gemeinderatssitzung: Beschluss, die Freiburger Stadtbau GmbH und deren Wohnungen zu verkaufen, obwohl mit über 28.000 Unterschriften ein

- Bürgerbegehren den Bürgerentscheid fordert. Dieser wird auf den 12. November 2006 gelegt; gleichzeitig wird ein Bieterverfahren (kostet € 370.000) eingeleitet.
20. Juli 2006 CDU-Stühlinger: Bürgergespräch zum Wohnungsverkauf
22. Juli 2006 LEG Stuttgart gibt ein Angebot für 8.900 Wohnungen ab; über den Preis wird Stillschweigen gewahrt
22. Juli 2006 Seeparkgelände: 24-Stunden-Lauf
- 22./23. Juli 2006 Flohmarkt (regelmäßig, zur Aufbesserung der Finanzen)
25. Juli 2006 Stadtteilbüro Weingarten: Mitgliederversammlung WiM. Neu-Organisation der verschiedenen AK's: Öffentlichkeit, Orga&Finanzen, Kreativ, Stadtteil-AK's
3. August 2006 Bürgermeister Neideck gibt bekannt, dass Genossenschaften mitbieten werden
5. August 2006 Fortress will höheres Angebot als LEG abgeben; Sozialcharta soll besser als die der LEG werden
9. August 2006 Kuchenverkauf (wöchentlich, zur Aufbesserung der Finanzen)
11. August 2006 Gaymann-Postkarten: die ersten zwei Motive; Start des Verkaufs
11. August 2006 Stadt Freiburg will vorrangig an eine Genossenschaft verkaufen
17. August 2006 Gründung der Bürgerinitiative „Zukunft für Freiburg“; sie steht für den Verkauf der FSB und deren Wohnungen
18. August 2006 Stadtbau legt Jahresabschluss vor: Mehreinnahmen von €10,7 Mio (2004: €3,9 Mio)
20. September 2006 Stadtteilbüro Weingarten: Mitgliederversammlung WiM. Start in den heißen Herbst

22. September 2006 Palladium Hauptbahnhof: Benefiz-Salsa-Abend für WiM
23. September 2006 Die Stadt Freiburg gibt bekannt, dass die Gewerbesteuererinnahmen ca. 16 Mio € zusätzlich betragen werden
24. September 2006 Seeparkgelände: Weltkindertag
27. September 2006 Uni: Diskussion mit Prof. Häußermann (Humboldt-Univers. Berlin)
29. September 2006 Wahlkampfauftakt: Es wird vier Bürgergespräche geben; WiM startet die Plakataktion; WiM-Zeitung erscheint
- September 2006 OB Salomon erklärt, dass es Schulsanierungen nur bei erfolgreichem Wohnungsverkauf geben kann; die Zuschüsse für die Bürgervereine sollen gekürzt werden, wenn sie sich nicht aus der aktuellen Diskussion heraushalten
3. Oktober 2006 Netzwerk in Freiburg/DKP-Diskussion mit Köbele (BI Essen gegen Wohnungsverkauf)
4. Oktober 2006 SPD-Gutachten: FSB soll städtische Wohnungen kaufen
4. Oktober 2006 Bürgerhaus Seepark: 1. Bürgergespräch
7. Oktober 2006 Aufbau des Wahlkampfcontainers
11. Oktober 2006 EBW: Mitgliederversammlung WiM
14. Oktober 2006 Platz dem Stadttheater: Basar der Zukunft
15. Oktober 2006 Ver.di: Aufruf zur „Maulkorb-Demonstration“
17. Oktober 2006 Gasthaus Schützen: Hearing mit Förster (Gemeindebau Wien), Conradi (Ex-MdB), Kuklinski (Karlsruhe), Rips (dt. Mieterbund)
18. Oktober 2006 Maria-Hilf-Saal: 2. Bürgergespräch

20. Oktober 2006	Verteilung der proFSB-Broschüre
20. Oktober 2006	Kabarett Die Hetzlacher
20. Oktober 2006	WiM-Kulturabend
21. Oktober 2006	Ehem. OB Böhme verurteilt den Wohnungsverkauf
22. Oktober 2006	Kunstauktion im Morat-Institut
22. Oktober 2006	Ausgabe der Wahlbenachrichtigungen für den Bürgerentscheid
24. Oktober 2006	Demonstration vom Karlsplatz zum Rathaus: Stadtbauangestellte und RentnerInnen
24. Oktober 2006	Aula Weiherhofschulen: 3. Bürgergespräch
24. Oktober 2006	Bauverein legt einen Entwurf für ein Genossenschaftsmodell vor; Umsetzung wird erheblich mehr Zeit in Anspruch nehmen
25. Oktober 2006	EBW Weingarten: Mitgliederversammlung WiM
3. November 2006	Bürgerinitiative „Ja zum Beteiligungsmodell“ tritt an die Öffentlichkeit
4. November 2006	Sandwich-Demonstration („Parade der Plakate“) und Samba in der Innenstadt
6. November 2006	Winterer-Foyer im Stadttheater: 4. Bürgergespräch
7. November 2006	Mehrere Sandwich-Demonstranten im Berufsverkehr
7. November 2006	Veranstaltung mit Lutz Freitag, Verband Dt. Wohnungswirtschaft
8. November 2006	Haus der Jugend: Podiumsdiskussion des Schülerrates
8. November 2006	Fritz-Hüttinger-Haus: Podiumsdiskussion Bürgerverein Mooswald
9. November 2006	Mehrere Sandwich-Demonstranten im Berufsverkehr

- 10. November 2006 Stühlinger: Kneipentour mit Flugblattverteilung
- 11. November 2006 Sandwich-Demonstranten in der Innenstadt
- 12. November 2006 Bürgerentscheid, ab 18.30 Wahlparty im „Goldenen Stern“ (Brühl-Beurbarung)





An die Mitglieder, Beschäftigten
und Einrichtungen der AWO-Freiburg

JA – Für den Erhalt des städtischen Wohnungsbestandes

**Die AWO-Freiburg spricht sich dafür aus, dass die Stadt Freiburg Eigentümerin der
Freiburger Stadtbau GmbH und der städtischen Wohnungen bleibt.**

Am 12. November 2006 entscheiden die wahlberechtigten Freiburger Bürgerinnen und Bürger
darüber, ob die Freiburger Stadtbau mit all ihren Wohnungen und Grundstücken im städtischen
Besitz bleiben oder verkauft werden wird.

Die Absicht, den städtischen Haushalt durch den Verkauf des städtischen Wohnungsbestandes zu
saniieren, erfüllt die AWO-Freiburg mit großer Sorge. Aus unserer täglichen sozialen Arbeit kennen
wir die Probleme, vor denen vor allem die Bevölkerungsgruppen mit geringen Einkommen stehen,
wenn sie sich in Freiburg mit Wohnraum versorgen müssen. Der dorthin immer enger werdende
Bestand an öffentlich geförderten oder preiswerten Wohnungen führt bereits heute zu einer
Konzentration sozial belasteter Bevölkerungsgruppen in bestimmten Wohnquartieren, deren
Problemen nur schwer begegnet werden kann.

Entscheide Bevölkerungsschichten mit beschränktem Wohnraum zu versorgen, war und ist ein zen-
traler Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge in Deutschland. Durch eine entsprechende
kontinuierliche Sozial- und Wohnungspolitik konnten so Verhältnisse verhindert werden, wie sie in
lediglich ausgewählten Städten zum Teil zu beklagen sind. Die Freiburger Stadtbau, ehemals
Siedlungsgesellschaft, hat in all den Jahren einen wichtigen Beitrag zur sozialen Stadtentwicklung
geleistet. Wir befürchten, dass mit dem Verkauf der Freiburger Stadtbau dieses wichtige
Instrument für die Zukunft aus der Hand gegeben wird.

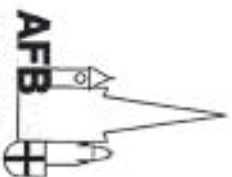
Der Verkauf der städtischen Wohnungen betrifft, ebenso wie vor allem die Menschen, die besonders
auf preiswerten und öffentlich geförderten Wohnraum angewiesen sind. Der Bürger-
entscheid am 12. November bietet die Möglichkeit den beschiedenen Verkauf zu stoppen, um
dann mit ausgewogeneren Alternativen den kommunalen Haushalt zu sanieren.

**Die AWO-Freiburg empfiehlt deshalb beim Bürgerentscheid am 12. November 2006
mit einem JA für den Erhalt des kommunalen Wohnungsbestandes zu stimmen.
Nutzen Sie die Möglichkeit der Briefwahl!**

Freiburg, 30. Oktober 2006

AWO-Freiburg
Der Vorstand

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



am Sonntag, den 12. November 2006 findet der Bürgerentscheid über den geplanten Verkauf der Freiburger Stadtbau, der 9000 Wohnungen im Freiburg gehören, statt. Die Stadt Freiburg will mit dem Erlös des Verkaufs ihre Schulden tilgen.

Arbeitsgemeinschaft
Freiburger Bürgervereine
Freiburg, 30.10.2006

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Freiburger Bürgervereine (AFB), in der Bürgervereine aus 16 Stadtteilen zusammengeschlossen sind, hat sich bereits im April gegen den Verkauf dieser Wohnungen an private Investoren ausgesprochen. Für uns ist bestenfalls ein Verkauf an die Mieter der Freiburger Stadtbau denkbar.

Wir haben die Sorge, dass private Investoren alles versuchen werden, um möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Dies kann nur zu Lasten der Mieter gehen und nicht im Sinne der Bevölkerung unserer Stadt sein.

Mit dem Bürgerentscheid haben Sie die Möglichkeit, sich aktiv an dieser für unsere Stadt sehr wichtigen Entscheidung zu beteiligen. Nutzen Sie diese Chance und nehmen Sie an der Abstimmung teil. Die Fragestellungen des Bürgerentscheids finden Sie auf der Rückseite dieses Schreibens.

Arbeitsgemeinschaft der Freiburger Bürgervereine (AFB)

Martin Kotterer

1. Vorsitzender

Ernst Lavori

stellvertretender Vorsitzender

AFB Freiburg, Martin Kotterer, Holtenauerstraße 74, 79117 Freiburg, www.afb-freiburg.de
Mitgliedsvereine der AFB Freiburg: BV Sozialmusen Elisabethen, BV Brühl-Bewachung,
Chauvonne Dattendorf, Lokalkreislauf Haslach, BV Herden, Lebensnetz Innenstadt, BV Landwasser,
BV Untermühl, BV Mipfel- und Untermühl, BV Mooswald, BV Oberwiesbach-Waldsee, BV Riedelsdorf,
BV St. Georgen, BV Sulzhagen, BV Welschgen, BV Zähringen

Uwe Rolker

August-Göthe-Str. 12A
79117 Freiburg i.Br.
Tel: 0761 - 49 45 41
Mobil: 0170-9500439
Mail: urolker@t-online.de

Liebe Freunde,

die Vertagung beim benötigten Bürgerrecht ist gerüstet JA - NEIN - Ja was ruft
Wenn ich gegen den Wohnungsvorstoß bin muss ich mir JA, wenn ich für den Verkauf bin mit
MEIN stimmen (Ja ist es) - doch wenn ich die gemeinschaftliche Lösung will? JA? NEIN?
Oder gar JA/NE? Hier herrscht Verwirrung - vielleicht von manchen gern in Kauf genommen?

Ich befürchte, dass ich voller Überzeugung für eine gemeinschaftliche Lösung stehe. (Aber
es gibt es natürlich nicht nur einen). Dabei war ich auch in Freiburg einer der ersten, die sich in
der Zeit dem 1. April 2005 mit einem Demotext der Stadt entgegen emotionalem Druck mit
dem Vorstoß: „wenn kein Verkauf - dann als Eigentümerlösung“ ermassen. Ich habe
mich dazu beteiligt, weil ich über 20 Jahre in Aufsicht der Bauvereins Briefe eingeleitet
bin, der seit über 100 Jahren endlich für seine Mieter und auch für den sozialen Frieden der
Stadt arbeitet und ich nicht akzeptieren kann, dass Wohnungen im Grunde von 3000 Stück wie
Schrott, Geraher oder Fasern verkauft werden sollen.

Als ich mich erhaschte war noch kein Gemeinderatsbeschluss gefasst worden. Die Beschluss-
vorlage der Vertagung für Gemeinderäte (03.07.05.1) beantragt Wohnungsgemeinschaften
sogar knapp um nicht zu tagen/tafel. (Den ermittelten Teil stelle ich auf Antrag gern zur Ver-
fügung.)

Der Gemeinderat hat am 18. Juli dennoch beschlossen, ein gemeinschaftliches Modell vor-
zuzug zu prüfen. Leider wurde gleichzeitig eine Ausschreibung beschlossen.

In den vergangenen Tagen waren von fast allen Parteien Reaktionen: für ein Gemein-
schaftsmodell zu nicht - in nahezu entsprechender Emsigkeit. Grund zu Genugung? Leider
nicht denn in diesen drei Monaten ist das gemeinschaftliche Modell noch nicht gegeben und der
2. Teil des Beschlusses (Ausschreibung) ist aber nicht aufgegeben worden. Wenn aber eine öf-
fentliche Ausschreibung erfolgt muss - in E. zu Recht - wenn kein wichtiger Arbeitsgrund
vorliegt, dass solche Angebote zum Zuge kommen. Gegebenenfalls der Gleichheit wie
FORTREDD (zusätzl. Aussteller von 750 Freiburg hat vor kurzem mit dem Bürgergang Kap-
re gemacht und LEO (noch im Besitz des ebenfalls verschuldeten Landes Baden-Württemberg)
wird mit sehr großer Wahrscheinlichkeit eine zu gründende Gemeinschaft nicht mitbauen kön-
nen. Allerdings ist es auch nicht zwingend notwendig, die Wohnungen zu verkaufen.....

Um sicher zu gehen muss daher ein neuer Gemeinderatsbeschluss her, der zum klaren hat,
dass gemeinschaftliche Lösungen ernsthaft geprüft werden und erst nach reglementärem Ergeb-
nis eine Ausschreibung erfolgt

Der Bürgerentscheid bietet die Gelegenheit, die Stadtverwaltung aufzuwecken, ein Konzept zu
erarbeiten, das eine Umwandlung der Situation in eine Gemeinschaftlichkeit zum Ziel hat.
Daher gilt:

liebe JA - Stimme am 12. Nov. bringt uns diesem Ziel näher.

liebe JA - Stimme mit, wie am 1. April ausgenommen Orten erhalten.

Den vielen Liebesgrüßen über Wohnungsgemeinschaften, die in den vergangenen Tagen er-
schienen sind, danke ich nicht mehr herzlich, unter 15. 000 Mitglieder des Bauvereins
leben den Gemeinschaftsgeistgeheim:

- o Wohnen ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf
- o Wohnungen sind mehr als ein Finanzanlage
- o Lebenslanges Wohnrecht, wie es die Gemeinschaftsmittelgeber gefordert, ist in
einem Angebot nicht mit Geld zu bezahlen

